

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Rollen-  
zelle oder deren Raum 40 Pfg., für  
polizeiliche und gemeindefällige Vereins-  
und Besammlungs-Anzeigen 35 Pfg.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (Seit-  
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Interate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.  
Eingelie Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preislifte. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich 1,10 Mark,  
für das übrige Ausland  
2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Machen, D. B. 10.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 3. Kreis 1000.—, 4. Kreis (Ost) 1000.— (darunter Gastwirt Sommer 3.—, Uebererschulz der Kranzspende des 190. Bezirks 3,85, v. B. der Maurer (Ost I), Honorar einer Festschreibung der Genossin B. 10.—, Sezessionsklub „Fraternitas“ vom Uebererschulz des Arb.-Sportf. 15.—, Albrecht Maurer —90, Köppen durch Misch 5.—, 6. Kreis 4300.— (darunter Buhnerkolonne Gg. Kühner 10.—, Bezirk Leptin, Omnibus 5.—, A. S. Rister 1.—, Spar- und P. Bräder von Schäfer u. Rosenfeld D. R. 3.—, Vierprozentige Bauschulerei Martiner, Turmstr. 58 12.—, S. d. Arbeiter der Berliner Genossenschaftsbäder (Nachtmitgl.) 34,50, von Mitgl. der Berliner Genossenschaftsbäder 250.—, 2 Kahlbogen aus der Genossenschaftsbäder 4.—, Berlin, div. Beiträge: Raabes 5.—, Dr. L. A. 100.—, Berliner Genossen bei Landpartie in Jittau 2,10, vom Bau Kahlbachstr. 23 b, Schröder 13,30, R. R. 5.—, Vierprozentige der Firma F. P. Krüger, Horkstraße 59 30.—, D. —50, Gefangenen „Gemeinlichkeit“, A. S. A. 10.—, S. G., Dramenstraße 186 3.—, 2 u. S. B. 10.—, Entschuldig der vereinigten Bauern Berlin O 7,90, Fr. Ludwig 19.—, Kranzüberschulz v. Bezirk 596 d. Bezirksführer Heilmann 10,85, Die Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Zigarrenfabrik R. Schulz, Friedrichsfelderstraße 6.—, Dr. Pl. 6,50, Frau Scham, Markthalle II 5.—, Jule, Ritterstr. 88, 4. Quartal 1904 27,10, Buchdrucker-Gilfsarbeiter im „Vorwärts“ (Rotationsaal) 5.—, von Patienten in Grabowsee durch Th. 11,20, Uebungs 1.—, „Vorwärts“-Leser des Sanatoriums Veesth i. R. 4,50, Gutenberg 37,50, zum Andenken an Dr. C. F. 200.—, Hoch 5.—, R. R. 0,50, J. R. 1.—, Mitgl. d. U. Dr. 4.—, C. D., Suhrstr. 1.—, Weissteigs Bierlaffe 5,00, Arbeiter der Fabrik von Höfner u. Ränge 6.—, von Mitgl. des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 300.—, Winkler, zurückgegebener Honorar 25.—, Dr. A. F. 20.—, Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 5.—, Bernburg, vom Wahlkreis Anhalt II 25.—, Burgheide, von den Alten durch Weber 3.—, Wüstel, deutscher Arbeiterverein 16,94, Vant i. D., v. Joz, Wahlkreis 4. Quartal 04 202.—, Bern 50.—, Beuthen (Oberschl.), von den Parteigenossen 5.—, Bremen, von den Parteigenossen 500.—, Breslau, sozialdemokratischer Verein 150.—, Bremerhaven, sozialdemokratischer Verein von Bremerhaven und Umgegend 200.—, Chemnitz, 16. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 1500.—, Charlottenburg, 12 rote Brüder der Firma J. Zimmermann u. Sohn 18.—, Charlottenburg, für Wohnlagitation in Hof von Müller 16.—, Charlottenburg, Ewald 2,05, Dresden, vom 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreis 1000.—, Fallenberg (Oberschl.) 2.—, Jürth, Wahlkreis 20.—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30.—, Gera (Neuf), vom sozialdemokr. Verein für Neuf j. 2. 150.—, Hamm i. W., v. sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 10.—, Hirschberg-Schönan i. Schl., v. sozialdemokr. Wahlkreis 10.—, Hamburg, im Monat Dezember in der Expedition des „Echo“ eingegangen 140,85, Hagen i. W., Ausgenosse 4.—, Karlsruhe i. B., sozialdemokr. Verein 200.—, Kattowitz (Oberschl.), vom sozialdemokr. Verein 5.—, Königshütte (Oberschl.), von Parteigenossen 5.—, Kiel, R. 3.—, Linden i. B., rote Postzeit 1,50, Ludwigshafen a. Rh., sozialdemokr. Verein 50.—, Lengsfeld i. B., durch A. G. 1.—, Leisnig, von einem guten Freunde 16.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Leipzig, 12 u. 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 3000.—, Mühlberg a. E., Wahlkr. Torgau-Liebenwerda 30.—, Mürden i. W., Halbjahresbeitrag d. Wahlkreises Linden-Ribbecke 20.—, Münden, Waldbauer 5.—, Münden, A. R. 10.—, Münden, Dr. R. 10.—, Remel, C. B. 10.—, Neustadt Harz, Cob. 5.—, Niederbarnimer Wahlkreis 1000.—, Potsdam-Spandau-Orhavelland, sozialdemokr. Kreis-Wahlkreis durch Schm.-Welten 100.—, Rahnitz (Oberschl.), von den Parteigenossen 5.—, Raudorf, R. Quartalsbeitrag 5.—, Solingen, vom Kreisomitee 60.— (darunter Sperre aufgehoben, Leichlingen 10.—), Stuttgart, G. U. 10.—, Sachsen-Weimar, Landesorganisation 100.—, Schm., C. v. St. 5.—, Lango Island, Rahn 4,60, Vorwärts-Wachhandlung 25 000.—, Warnemünde 50.—, Berlin, den 18. Januar 1905.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstraße 69.

### Die preussische Regierung als Anwalt des Zehnkapitals.

Die in der Dienstagnummer mitgeteilte Begründung der Antwort des Bergbauvereins auf die Anträge der Bergarbeiter ist ein Meisterstück kapitalistischer Sophistik und eine für die Regierung wohlverdiente Verhöhnung. Die Herren beklagen sich, daß die Arbeitervertreter so wenig Autorität haben, daß der Streik trotz Abmahnung der Führer ausgebrochen und trotz des Beschlusses der Delegierten aller Verbände vom 12. d. M. weitere Ausdehnung gewonnen hat. Hier zeigte sich, daß die Provokationen der Unternehmer stärker waren, als alle Vernunftgründe der Führer. Die Unternehmer wollten den Streik. So sehr sonst jeder Arbeiter an seiner Arbeit hängt und es als ein Unglück betrachtet, sie zu verlieren, so gibt es doch Momente, in denen die Fortsetzung der Arbeit unmöglich wird. Wenn die Arbeiter die Befreiung und eventuell die Entlassung der Beamten fordern, welche die Arbeiter mißhandeln, dann ist damit bewiesen, daß geradezu grenzenlose Zustände herrschen müssen. Können sich die Arbeiter nicht anders der Mißhandlung entziehen als durch Verlassen der Arbeit, dann sind doch diejenigen die Schuldigen, welche die Mißhandlungen verübt haben. Da aber Mißhandlungen nicht in dem Arbeitsvertrag oder in der Arbeitsordnung vorgehoben sind, so liegt der Vertragsbruch auf seiten derjenigen, die mißhandelt haben oder Mißhandlungen dulden. Das Syndikat kann erst dann behaupten, daß es den Streik nicht gewollt hat, wenn es jetzt die Kohlenpreise festsetzt und die Preise gegen das Vorjahr nicht erhöhen würde. Will aber ein Unternehmer einen Streik, um einen Einfluß auf den

Markt auszuüben, dann ist keine Macht der Erde ausreichend, die Arbeiter bei der Arbeit zu halten, weil ein roher Patron jederzeit an Mißhandlungen mehr bieten kann, als selbst der Geduldigste zu ertragen vermag.

Wertwüridig klingt der Hinweis auf die Vertrags-treue, die im Interesse des Geschäfts gehalten werden muß. Die Arbeiter machen es ja gerade den Zehnkapitalisten zum Vorwurf, daß diese systematisch die Verträge brechen. Wie wenig gerade Grubenbarone sich um die Innehaltung geschlossener Verträge kümmern, dafür war der erste Anschlag auf der Zeche „Bruchstraße“ ein drastischer Beweis. Soll aber einmal ein Hymnus über die Tugend der Vertragstreue der Grubenbarone gesungen werden, dann möchten wir folgende Leitmotive mit empfehlen. 1901 hatte das Syndikat wie gewöhnlich zum 1. April die Preise für das Jahr festgesetzt. Der Vertrag galt also für das ganze Jahr. In der Herbstversammlung des Syndikats klagte Herr Kirdorf: „So fände sich in verschiedenen Zeitungen, unter anderem in der „Kuren-Zeitung“, vom 23. Oktober ein Artikel, der angeblich die Stimmung von Gewerkschaften des Bezirks zum Ausdruck bringe und in dem es heiße, in den Kreisen der Gewerkschaften sei die Ueberzeugung durchgedrungen, daß die übertriebene Mißgung in den Preisen ein wirtschaftlicher Fehler war. Die Mißgungswort wären in Wirklichkeit wohlwollende aber unwirtschaftliche Streber.“ Diese Gewerkschaften, die das Innehalten der Verträge für eine „wohlwollende, aber unwirtschaftliche Streber“ erklären, sind es doch, mit denen die Arbeiter zu rechnen haben. Und wenn einmal das Lied von der Vertragstreue gesungen werden soll, dann wäre es auch wünschenswert, einen Vers darüber zu hören, weshalb denn das Kohlsyndikat für den Kohls, den es für das Jahr 1900 für 14 Mk. für die Tonne verkauft hatte, sich 17 Mk. bezahlen ließ! Der sogenannte Fusionspreis wurde doch dem Syndikat nicht von den Abnehmern aufgedrungen, sondern das Kohlsyndikat war es doch, welches unter Anwendung nicht ganz schöner Preismittel die Abnehmer zwang, die geschlossenen Verträge eis nicht bestehend anzuerkennen.

Eine bittere Ironie des gestreichten Herrn Kirdorf ist es, daß er über das Thema der A c h t u n d e n s c h i c h t den Bericht der Bergverwaltung vor Saarbrücken von 1890 sprechen läßt. Damals war eben das Wort gefallen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten werden sollten. Aber die Leiter der fiskalischen Werke verstehen unter Musteranstalten Muster im Stimmensinn: Muster in Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter sowohl wie der Abnehmer. Das Syndikat brauchte sich nie über die Konkurrenz der fiskalischen Werke zu besorgen, denn diese forderten immer mehr als selbst das Syndikat, und in der Arbeiterausbeutung war der Fiskus auch dem Syndikat überlegen. Als in den Jahren 1891 bis 1894 die Preise der Kohle in Saarbrücken um 6,3 Proz. zurückgingen, kürzten die Leiter der Musteranstalten den Lohn der Arbeiter um 19 Proz., und als in den Jahren 1899 bis 1901 die Kohlenpreise um 21,8 Proz. stiegen, entschloß sich der Fiskus zu einer Lohnerhöhung von 2,25 Proz. Der Fiskus unterdrückt jede Organisation im Interesse der Disziplin und nutzt die Organisationslosigkeit der Arbeiter so aus, daß er immer größere Ueberschüsse macht. Eine Disziplin, die so den Adel der Unternehmer füllt, haben die Syndikatsherren auch gern.

Ueber das Bagennullen läßt der Herr Kirdorf den Geheimen Oberbergrat Reihner sprechen, der ja im Reichstagsstag im Namen des Handelsministers Möller die Kohlenbarone verteidigte. Als man 1889 durch das viele Rullen den großen Streik provoziert hatte, wurde im Auftrage des Kaisers eine Untersuchung eingeleitet. In der damals herausgegebenen Denkschrift heißt es: „Aberdings bleibt trotz alledem der Prozentsatz der genullten Wagen, welcher auf einigen Zehnen im Durchschnitt bis 2,5 auf Hundert betragen hat, auffallend hoch.“ Daß jetzt auf 5 Gruben mit 10 000 Mann Belegschaft mehr als drei vom Hundert genullt sind, findet man ganz in Ordnung. Die Erbitterung steigt aber, wenn auf einer Grube, wie es im März 1903 auf „Königsgrube“ geschah, 1424 Wagen genullt wurden, oder gar einer Kamerodschaft auf „Achenbach“ von 835 Wagen 358 mit der ominösen Null ausgezeichnet wurden. Aber Herr Kirdorf ist klug, er macht eine Antwort, die es der Regierung unmöglich macht, eine andere Stellung als auf seiten der Unternehmer einzunehmen, wenn sie sich nicht selbst schlagen will. So schlagend wie in dieser Begründung der Antwort ist selten der Nachweis erbracht, daß die preussisch-deutsche Regierung nur die Vertretung der Kapitalisten ist.

Will ein Kapitalist die schlimmsten Ausbeutungspraktiken rechtfertigen, dann braucht er nur hinreichende Kenntnis der Kämpferungen der Minister und deren Vertreter zu haben, er kann diese zitieren und ist der Mühe überhoben, seine eigenen Gedanken in Sätze zu formulieren.

Die Herren vom Syndikat sind königstreue Männer und tun nur, was die Leiter der „Musterbetriebe“ und die Minister für richtig anerkannt haben. Dadurch, daß die Begründung statt mit der Feder mit der Schere zusammengefeilt wurde, ist dem Herrn Möller jeder Seitenprung unmöglich gemacht. Hat Möller erst mit anderen Worten wiederholt, was seine Vorgänger gesagt haben, dann werden die Rednerbesitzer seinen Weisungen folgen. Sie werden so lange nicht nachgeben, so lange noch irgendwo Kohle zu haben ist. Jede Woche Streik bringt einen Ausfall von 1/2 Millionen Tonnen Kohle. Gar bald werden die Vorräte verdrängt sein, und dann kann das

Kohlsyndikat die Preise zum 1. April so feststellen, daß auch die Gewerkschaften, die ihre Gedanken in der „Kuren-Zeitung“ drucken lassen, Kirdorf nicht wieder als „Mißgungswortapostel“ und „wohlwollenden, aber unwirtschaftlichen Streber“ bezeichnen. Das Publikum muß eben an Preise, wie das Jahr 1890 hatte, gewöhnt werden. Jede Mark Kohlenpreis bringt eben für die Aktionäre von „Arenberg“ 26 Proz., für „Nordstern“ 13,2 Proz., für „Garpener“ 12,06 Proz., für „Gelsenkirchen“ 11,16 Proz., für „Gibernia“ 10,12 Proz. usw. Eine bis zwei Mark Erhöhung des Kohlenpreises wird die Kurve der Bergwerksaktien so in die Höhe treiben, daß Herr Möller die Verstaatlichungsgedanken vergehen werden. Dieses Treiben muß der Regierung und den Kapitalisten gegenüber entschuldigt werden und da wird Kirdorf schon so viel Bitate in amtlichen Bekanntmachungen und Ministerreden finden, daß er getrost sagen kann, daß nur die preussischen Minister und Behörden sie veranlaßt haben, so zu handeln. Der schließliche Effekt des ganzen Treibens wird ja nur die Verwirklichung des Bismarckschen Satzes sein: „Es müssen mehr Millionäre gezüchtet werden.“

### 240 000 Bergarbeiter

befinden sich nunmehr im Streik. Im schwarzen Reich herrscht ein gewaltiger Kampf im Frieden. Diese Tat ist stumm, diese Tapferkeit der 240 000 ringt mit der Zwingherrschaft des Kapitals, nur mit der Kraft der Organisation. Kein Heilmittel auf blutströmendem Schlachtfeld reicht heran an diese stille und kluge Entschlossenheit. So kämpft die Armee der sozialen Befreiung ihre Schlachten.

Die deutsche Arbeiterbewegung kennt keinen Streik, der so fest das gesamte Proletariat eines Gebietes, eines Gewerbes zusammen-schmiebet hat. So tief und so nachhaltig ist die Empörung über die Herrschaft des Kohlsyndikats, daß die streikenden Arbeiter kaum notwendig haben, Arbeitswillige abzuhalten. In diesem Reich der Unterdrückung war längst niemand zur Arbeit willig.

Die Arbeitswilligen existieren fast nur noch in der blutigen Phantasie der zum Mißgunggang verurteilten Syndikatsbeamten und Syndikatsreporter; jene scheinen die freie Zeit nur noch mit der Erfindung von Streikerzessen auszufüllen; in Wirklichkeit wird dabei aber niemand totgeschlagen, wie die Zeit und die Wahrheit. Man scheint sich ein paar russische Kriegsberichterfasser zugelegt zu haben, um alles recht grafisch zu schildern. Der bergbauliche Streik veröffentlicht, weil er sonst nichts zu tun hat, durch Schweinburg eine ungeheuer lange Liste von solchen „Ausfreitungen“.

Das Spiel ist gewiß kindisch, aber es verrät doch auch die geheimsten Absichten des Syndikats. Man hat den Streik provoziert, jetzt will man Blut fließen sehen. Man hat auf das leidenschaftliche Temperament der fremden Arbeiter gerechnet, aber man hat, fremd dem Leben der Arbeiter, aus dem die Herren ihr Gold schürfen, den ungeheuren erzieherischen Einfluß der Organisationen nicht in die hollische Rechnung gesetzt; eine falsche Spekulation!

Die Regierungskommissare haben am Donnerstag wieder mit dem Ausschuss der vier Bergarbeiterverbände unterhandelt. Die Vertreter der Staatsregierung erklärten, daß diese Besprechungen noch einmal schriftlich dem Oberbergamt unterbreitet werden möchten, worauf die Untersuchungskommission die „wirklich vorhandenen“ Mißstände feststellen und die betreffenden Zehnkapitalisten zur Abstellung derselben ersuchen solle. — Die ganze Vermittlungsaktion ist also lässlich gescheitert.

Am Freitag wird nun endlich die Volksvertretung sprechen, der Reichstags!

#### Die Lage.

Am Donnerstag abend telegraphiert unser Z-Vorbericht-erstatte aus Oberhausen:

Aus dem hiesigen Revier sind keinerlei Ereignisse zu melden. Die Streikenden verhalten sich musterhaft ruhig und nüchtern. Während zwölfstündigen Heruntwanderns in den Arbeiterhöfen habe ich einen einzigen Betrunknen gesehen. Unruhen entstehen nur in der Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Die massenhaft auf den Zehnkapitalisten stationierte Polizei hat nichts zu tun.

Auf „Deutscher Kaiser“ sammelten sich gestern und heute bei der Ausfahrt der Arbeitswilligen einige hundert Frauen und Kinder und schimpften und johlten etwas. Die paar Arbeitswilligen kamen in einigen Trupps zu fünf bis zehn Mann, je ein Reittener hinten und vorn, und jeder Trupp wurde mit etwas Kindergeschrei empfangen. Auf die Aufforderung der Gendarmen gingen die Leute wieder auseinander.

Die Einwirkung der Organisation auf die bunt zusammengewürfelte Menge ist unerkennbar. Es werden massenhaft neue Mitglieder in die Organisationen aufgenommen. In den zahlreichen Streikbureaus widelt sich die Arbeit in ruhigster Weise ab.

Die Belästigung der Arbeitswilligen durch Kindergeschrei ist eine fürchterliche Erscheinung, welche beim Kohlsyndikat und beim preussischen Polizeiminister gewiß Verständnis für den bethlehemitischen Kindermord auslösen wird.

Von unserem Dortmund-E-Korrespondenten erhalten wir folgendes ergänzende Privat-Telegramm:

Heute haben sich von den gestrigen Arbeitswilligen noch eine große Zahl den Streikenden angeschlossen, so daß sich die Zahl der Streikenden auf ca. 240 000 beziffert.

Für die Sicherheit möchte wirklich etwas mehr getan werden. In West wurde eine Sammelliste samt dem vorhandenen Gelde beschlagnahmt und trotz Protestes nicht



wieder herausgegeben. In Aplerbeck überritten Gendarme beinahe die Streikposten. Diese mußten sich in Gräben und hinter Hecken flüchten. Die Gendarmerie sagte dabei, nachdem sie die Personalien der Leute festgestellt hatte: „Ihr bekommt 60 M. Strafe und wenn Ihr ein bißchen frech seid, so drücken wir auf den Knopf und dann ist Militär hier“.

Auf Zeche „Preußen I“ sind unter polizeilichem Schutz 30 Gefangene als Streikbrecher beschäftigt worden.

Was die Zahl der Streikenden anlangt, so geben auch die Unternehmermeldungen 200 000 Streikende zu. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt nach Mitteilung des Oberbergamtes, daß schon am Mittwoch morgen nur noch 11 Zechen mit etwa 5000 Mann Belegschaft vom Auslande unberührt waren. Auf den vom Auslande betroffenen Zechen führten zu dem gleichen Zeitpunkt 45 518 Mann über und unter Tage an, während 200 200 ausständig waren.

Danach kann man annehmen, daß am Donnerstag das ganze Ruhrrevier still lag. Die Unternehmerzahlen sind tendenziös falsch, was schon aus dem Vergleich mit den offiziellen Zahlenangaben des Oberbergamtes hervorgeht.

### Nachmittage der Regierung.

Aus Dortmund schreibt unser E-Korrespondent vom Donnerstag morgen:

Die von der Regierung angebahnten Vermittlungsversuche hatten besonders in den Kreisen der Bürgererschaft große Hoffnung auf Beilegung des Kampfes geweckt. Um so größer ist die Mißstimmung über die prozig ablehnende Haltung des Kohlen-Junkertums. Man kann solche Provokation nicht begreifen und sagt sich: wenn die Regierung gegenüber solchem Uebermut, gegenüber solcher Privolität, gegenüber solcher rücksichtsloser Gefährdung des Gemeinwohles, vollständig machtlos ist, obwohl die Grubenmagnaten gar keine Eigentumsrechte an den Kohlen haben, dann muß sich die Regierung in irgend einer Weise der Gesellschaft verpflichtet haben.

Die Annäherung der Dividendenratte hat die Regierung tatsächlich in eine unangenehme Situation gebracht. Sündt sie vor dem Grubenfeld zu kommen, dann hat sie in weite Kreise das Mißtrauen gegen sich selbst getragen. Man glaubt nicht mehr, daß die Regierung die Macht hat, objektiv zu urteilen und dem Rechte zum Siege zu verhelfen; man hat jeden Glauben verloren, daß die Regierung das Wohl der Gesamtheit gegen die Angriffe einer kleinen übermächtigen Sippe schützen kann.

Man kann auch nicht sagen, die Regierung habe keine Handhabe, den Herrschäften Käse betäubigen. Hätte die Regierung die Ruhrmagnaten nicht seit Jahrzehnten nach Belieben schalten lassen mit dem Volkseigentum und den Grubenproletariern, dann hätte sie sich auch nicht jedes moralischen Einflusses begeben. „Ich mache mit meinem Eigentum was ich will!“ sagt Herr Stinnes und die Behörde mußt nicht! Die Grubenherren wissen, daß sie nichts zu fürchten haben. Und doch könnte die Regierung, ohne die Eigentumsfrage aufzurollen, den Kirdorf und Genossen ganz ordentlich die Zähne zeigen. Die Organe der Regierung haben es für nötig gehalten, mit vielem Nachdruck den Arbeitswillensschutz zu betonen. Und die Kapitalisten brauchen sich nicht zu beklagen, die Staatsanwälte gehen leicht über den Buchstaben des Gesetzes hinaus — gegen Streikführer! Wie wäre es, wenn die Regierung nun auch einmal dieselbe Genauigkeit verlangte in bezug auf Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften? Bis jetzt haben die Vorschriften meist nur einen platonischen Wert, sie sind da, um nicht zu werden. Gibt die Regierung Anweisung, die Beachtung der Vorschriften bis auf das Kleinste zu verlangen und durchzusetzen, die stolzen Herren vom bergbaulichen Verein würden sicher starr gemacht. Unterläßt die Regierung es, den Herrschäften gründlich den Text zu lesen und ihnen ein: Entweder — Oder! zu stellen, dann hat sie vollständig vor dem Grubenmagnatentum kapituliert — und alles Vertrauen bei der Bevölkerung verloren.

### Wer sorgt für Ruhe und Ordnung?

Unser E-Verichterstatter schreibt: Die Unternehmerrichter geben sich wie toll in Sorge um die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Das sagt man wenigstens. Selbst Behörden zweifeln nicht mehr daran, daß die Ruhe nach Militär einen anderen Zweck haben, als die Ruhe und Sicherheit zu garantieren. Man sieht sich nach Kutschen und mit dem Einrücken von Militär wird die Gefahr, daß Straßkrawalle hervorgerufen werden — eine Gefahr, die infolge der Bewaffnung von Zechenbeamten schon ganz bedenklich gestiegen ist — noch weiter erhöht. Von verschiedenen Seiten wird schon lebhaft über aggressives Vorgehen seitens bewaffneter Zechenbeamten geklagt; in Cornay schoß ein Betriebsführer auf Streikende, das gab natürlich Unruhe; in Vorbeck übten sich Zechenbeamte in Handhabung des Kleinkalibers auf öffentlicher Straße.

Gerade dieser Streik beweist, daß die Arbeiterbewegung die allerbeste Erzieherin ist, am besten Ruhe und Ordnung garantiert.

Welch ein Unterschied zwischen heute und dem Streik 1889! Wer die Bewegung von damals kennt und verfolgt die Ereignisse jetzt, der findet heute leicht einige Entschuldigungen für die damalige Revolutionsität bei verschiedenen Zivilbehörden, eine Revolutionsität, die, leider viel, viel Unheil im Gefolge hatte.

Das beste Argument gegen die Heranziehung von Militär ist die Tatsache, daß dort, wo 1889 kein Militär war, auch die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gestört worden ist. Der Oberbürgermeister von Essen erklärte damals, er habe kein Militär notwendig — Essen blieb von Militär, von Gendarmen und Reveteilen verschont.

Heute kann man die Revolutionsität einiger Behörden, die weniger den Charakter der Bevölkerung kannten als der Essener Oberbürgermeister, verstehen, um so frivoler ist aber das jegliche Geschrei nach Pulver, Wei und Säbel. Damals gab es in den Versammlungen zuweilen wirklich etwas turbulent her, aus Mangel an Schulung und Disziplin. Manche Redner lehnten sich nicht an parlamentarische Ordnung und die Zuhörer noch weniger. Kruppweie zog man vor die Redaktionen der ultrantontanen Blätter, die damals die „Geyblätter“ waren, andere Tausende postierten sich vor den Klats- und Amtshäusern, man wollte Nachrichten haben. Niemand wußte, wie die Bewegung stand, Schwindelnachrichten, die der einzelne nicht kannte, vergrößerten die Verwirrung. Aber auch damals, wo die Polizei dem Treiben in aller Gemütsruhe zusah, verließ sich die Menge auch jedesmal bald wieder.

Das Bild änderte sich urplötzlich, als das Scharfmachergeschrei bei den Polizeiorganen eine krankhafte Ordnungslust hervorrief. Das Auseinanderreißen begann! Junge Burschen aus dem Hintergrund schrien Hurra! Dann wurden die Sicherheitswächter ganz kopflos, der Säbel flog aus der Scheide, zunächst mit flacher Klinge hob man auf die vorderen Reihen ein. . . . Nun gab es Tumult, es folgten scharfe Hebe, einige Leute widersetzten sich, Steine flogen. . . . Der Krawall war fertig. . . .

Am nächsten Morgen rückte Militär ein. Das kostete verschiedene Menschenleben und für manchen ganz Unbeteiligten böse Verletzungen. Ich sah, wie ein einzelner, hilflos am Boden liegender Mensch von vier oder fünf Infanteristen mit dem Gewehrkolben verarbeitete wurde. Mit Gewehrkolben und Säbeln schlug man in Haustüren hinein, geschlossene Türen wurden bombardiert, angeblich, weil aus einem Hause ein Ruf ertönt sei. . . .

Auf der Bahnhofstraße in Bochum standen tausende Menschen und sahen dem Vorbeimarsch einer Infanterietruppe zu. Ein blutjunges Leutnant, 18 Jahre alt, führte den Zug. Plötzlich kommandiert er: Feuer! nochmals: Feuer! und abermals: Feuer! — — — Starr stand die Menge! Vom Bahnhof strömten hundert Menschen dem Standort des Militärs zu. Unter diesen Menschen plötzlich ein: Panik, sie hörten die Kugeln pfeifen. . . . ein Schrei, noch einer. . . . Eine Kugel hatte einen Menschen durchbohrt und war dann noch tief in den Leib des Hintermannes eingedrungen. . . . Koch ein anderer, ahnungslos vom Bahnhof kommender Passant erlitt Verletzung durch einen Streifschuß!

Unabsehbar wäre das Unglück gewesen, hätten nicht die Essener Vorführer in die Luft gefaßt. Weshalb waren da hunderte Menschenleben aufs Spiel gesetzt, mit dem Tode bedroht? . . . Der junge Leutnant wollte von einem Steinchen getroffen worden sein. . . .

Heute ist das Bild im Auslandsgebiet ganz anders, und es wird so bleiben, wenn die maßgebenden Stellen nicht auf das Geschrei der Scharfmacher hören. Kaum merkt man, daß eine Viertel Million Menschen im Streik sich befinden. Nichts Ungehörliches. — — — Doch, halt! — Der Oberbürgermeister von Dortmund sorgte dafür, daß jeder Straßenbummler merkt, was los ist. In Niesenplätzen an den Vorfahrten garantiert er den Arbeitswilligen ausreichenden Schutz — durch bewaffnete Zechenbeamte. „Böse“ Jungen behaupten, Herr Schmieding habe die Plakate nicht auf städtische Kosten, sondern als Aufsichtsrat der Harpener Bergbau-Gesellschaft anfertigen lassen.

Das Straßensbild ist fast überall gleich. Ich war heute in Herne, Krauel, Castrup, gerade wie in Essen, Bochum, Dortmund, leere Straßen, nicht stärker bevölkert als zu anderen Zeiten. Die Streikenden haben gar nicht mehr das Bedürfnis, auf die Straße zu gehen, höchstens daß die Zeit der Ruhe einmal zu einem Spaziergang benützt wird. Durch die Lokalspreiße, die in den letzten Jahren im Industriegebiet eine ungewöhnliche Ausbreitung gefunden hat, bleiben die Streikenden über den Stand der Bewegung auf dem laufenden. Das übrige besorgen die Organisationen, sie haben die Masse nicht nur gekühlt und diszipliniert, sondern auch aufgeklärt über das, was zu tun ist. Die Streikenden eilen in die Versammlungen, gehen zum Streikbureau, holen sich hier ihre Informationen und wandern dann ruhig nach Hause.

Albert ist es zu sagen, die Führer ständen verlassen da. Daß der Streik über die Köpfe der Führer hinweg aufsteigende, ist nur ein Beweis für die elementare Kraft der Bewegung. Nun aber folgen die Massen wieder der Parole, parieren Order. Ein Beweis: Die Delegiertenkonferenz beschloß, auf Zeche „Luise-Ziesbau“ darf nicht gestreift werden! Am anderen Tage fehlte kein Mann der Belegschaft! Alle anderen Anordnungen werden prompt befolgt, und das von einem Niesenbeer von über 200 000 Mann!

Und welch verändertes Bild in den Versammlungen: Die Ruhe und Ordnung ist frappierend. Die aktive Mitwirkung der Versammlungsbesucher beschränkt sich auf einzelne Zustimmung- und Protestrufe und Abstimmungen. Ruhig hört man die Redner an. Selten sieht man ein Schnapsglas, in manchen Versammlungen wird überhaupt kein Alkohol genossen. Ist die Versammlung geschlossen, geht alles ruhig nach Hause. Vielfach organisieren die Verbände selbst einen Sicherheitsdienst — und die Behörden machen damit die besten Erfahrungen. . . .

### Bewilligte Forderungen.

Somburg, 19. Januar. (Eig. Ber.)

Herr Daniel-Mühlheim hat für seine Zeche „Abeinpreußen“ — die Zeche gehört nicht zum Ober-Bergamtsbezirk Dortmund — die Forderungen bewilligt. Eine Gewerkschaftsversammlung beschloß daraufhin, die Arbeit wieder aufzunehmen. Was Herr Daniel kann, werden die anderen Grubenherren auch können. Man kann wohl, man will nur nicht.

### Notstandstarif für Kohlentransporte.

Der Regierung scheint vor der Gefahr, die der deutschen Industrie aus dem der Bergarbeiterschaft aufgezwungenen Ausstand droht, allmählich ängstlich zu werden, in ihrer Verwirrung aber zu allerlei sich direkt widersprechenden Maßregeln zu greifen. Das preussische Verkehrsministerium hat für sämtliche Direktionsbezirke der preussischen Staatsbahnen bis auf weiteres einen Notstandstarif für Kohlenbeförderungen aus dem oberchleisischen Revier (Eisenbahn-Direktionsbezirk Kattowitz) in Kraft treten lassen. Die neuen Tariffätze sind beträchtlich billiger als die bisherigen. 100 Kilogramm Steinkohlen kosten z. B. nach Kassel-Oberstadt ab Zeche Emanuel-segen 1,45 M., ab Hillebrandshacht 1,44 M.

Dagegen meldet das „Wolffsche Bureau“ aus Saarbrücken:

Saarbrücken, 19. Januar. Hier verlautet, die industriellen Werke im Kohlenauslandsgebiete an der Ruhr würden Kohlen vom Saargebiet nicht bekommen. Es heißt, das Handelsamt der königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken hätte auf Anfrage verschiedener Kohlenhändler, die die günstige Konjunktur ausnutzen wollten, mitgeteilt, daß es Kohlen nach dem Auslandsgebiet nicht versende. . . .

Also die Versendung von Kohlen aus dem entfernteren oberchleisischen Revier nach den rheinisch-westfälischen Industriebezirken wird durch Ausnahmetarife gefördert, die Versendung von Saarkohlen aber erschwert. Ein sonderbarer Widerspruch!

### Wirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben.

Der lähmende Einfluß des Streiks auf das deutsche Wirtschaftsleben nimmt immer größere Dimensionen an. Ein Gebiet der deutschen Volkswirtschaft nach dem anderen wird in Mitleidenschaft gezogen, klemten die Kohlenmagnaten, die so leicht in den Ausstand heraufbeschworen haben, ein anderes Gefühl als das der Herrschaft, hätten sie für etwas anderes Verständnis als für die Mehrung ihres Profits, es müßte ihnen Angst werden vor der Verantwortung, die sie frivoll auf ihre Schultern geladen haben. Am stärksten betroffen wird natürlich der rheinisch-westfälische Bezirk selbst, und in diesem die Eisenindustrie. Die vor dem Ausbruch des Generalstreiks von der Unternehmerrpresse ausgelegte Nachricht, daß nicht nur die Zechen, sondern auch die Eisen- und Stahlwerke große Kohlen-Reservevorräte aufgebaut hätten, scheint sehr übertrieben zu haben. Aus dem Düsseldorf-Bezirk meldet jetzt das offiziöse Zechenblatt, die „Abein-Weiß. Ztg.“, selbst, daß die Befürchtung besteht, daß bei weiterem Andauern des Streiks eine große Anzahl Werke zu Einschränkungen oder Stilllegungen ihres Betriebes werden greifen müssen. Die Düsseldorf-Eisenhütten-Gesellschaft hat bereits einen Teil ihres Betriebes mangels Kohlen stilllegen müssen. Von dieser Anordnung sind rund 100 Arbeiter betroffen worden. Die Düsseldorf-Röhrenindustrie Akt.-Ges., die rund 300 Arbeiter beschäftigt, hat noch bis Ende dieser Woche Kohlenvorräte. Vermehrt sich bis dahin der Bestand nicht, so wird das ganze Werk stillgelegt werden müssen. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft läßt nur noch an fünf Wochentagen statt der bisherigen sechs arbeiten. Die Aktien-Ges. Düsseldorf-Eisenbedarf-Düsseldorf-Oberbill teilt mit, daß sie mit Kohlen für ihre Schmiedewerkstätte noch auf ca. 8 Tage versehen ist. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Kohlenvorräte keine Vermehrung erfahren, so wird die Stilllegung der Schmiedewerkstätte in Düsseldorf-Reichholz eintreten müssen. Die Mannesmann-Röhrenwerke haben ebenfalls nur noch für einige Tage Kohlen für ihre Werke in Rath und Remscheid. Der Bedarf soll durch belgische und englische Kohlen ergänzt werden.

Nicht viel günstiger steht es um die bergische Stahl- und Klein-eisenindustrie. Die großen Werke: Bergische Stahlindustrie, Aktiengesellschaft Alexanderwerk, Hessebruch-sche Walzwerke und Lindenbergs Stahlwerke, haben zwar noch Kohlen für 1 bis 3 Wochen, müssen aber demnächst zu Betriebseinschränkungen greifen, da in jenen Abteilungen, wo nur mit frischer Kohle gearbeitet werden kann, das Ausbleiben der Kohle ein Weiterarbeiten nicht mehr gestattet. Weit schlimmer als die Lage der großen Betriebe ist jedoch jene der zahlreicheren mittleren Betriebe, die den Kern der bergischen Klein-eisenindustrie darstellen. Da es ihnen meist an Lagerplätzen mangelt, um größere Vorräte aufspeichern zu können, pflegen sie ihren Bedarf von Woche zu Woche bei den Kohlenhändlern zu decken. Weib die Zufuhr aus, muß diese Industrie binnen kurzem stillstehen.

Auch aus Hagen in Westfalen wird gemeldet, daß dort sich bereits Kohlenmangel bemerkbar macht. So müssen in dem Hagen-Stahlwerk der Firma Eiden u. Co. 1180 Mann feiern. Im Ruppel- und Walzwerk von Fünde u. Ebers sind vorläufig zwei Walzstrahlen und eine Anzahl Ruppelöfen stillgelegt worden. Bei eingeschränktem Betriebe kann noch 2-3 Tage gearbeitet werden, dann müssen 350 Arbeiter feiern. Die Hagen-er Gussstahlwerke haben den Betrieb auf sieben Stunden täglich beschränkt, in wenigen Tagen muß der Betrieb eingestellt werden. Das Gasper Eisen- und Stahlwerk hat einen Teil des Betriebes stillgelegt. Ebenso hat die Johannes-Hütte (Ruppel, Cramer u. Co.) bei Dortmund die Stilllegung des Betriebes beschlossen und femer sollen morgen die Westfälischen Drahtwerke in Hamm stillgelegt werden.

Selbst in der niederchleisischen Textilindustrie beginnt sich Kohlenmangel einzustellen. Verschiedene Spinnereien und Webereien im Münster-Glabbecker Bezirk haben vorläufig die Arbeitszeit verkürzt; wahrscheinlich werden aber einzelne schon in nächster Zeit den Betrieb ganz einstellen müssen.

Eine weitere Folge des durch die Kohlenbarone provozierten Streiks wird wahrscheinlich der Verlust eines bedeutenden Teils des Absatzgebietes sein, den die Ruhrkohle bisher in Holland und England hatte. In den englischen Hafenplätzen, die für den Kohlen-transport besonders in Betracht kommen, herrscht eine fast fieberhafte Tätigkeit, um die Gelegenheit zu benutzen, nicht nur das verlorene Absatzgebiet in Holland zurückzuerobern, sondern in den deutschen Küstengebieten neues Terrain zu erobern. Selbst nach dem am Rhein gelegenen Industrie-Orten schickt England Kohlen. So meldet die „Duisburger Zeitung“, daß in den nächsten Tagen 175 000 Tonnen englische Kohlen in Ruhrort für Rechnung holländischer Firmen eintreffen und diese Kohlen, welche bereits in der vorigen Woche in England verladen wurden, sind bereits sämtlich im Duisburger Industriebezirk verkauft worden.

Aber auch Böhmen und Belgien denken die günstige Situation für sich auszunutzen. Aus Mons (Belgien) wird telegraphisch gemeldet: „Der Zustand im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier hat eine große Tätigkeit auf den hiesigen Kohlenzechen hervorgerufen. In den letzten Tagen ist eine große Anzahl von Spezialzügen mit Kohlen nach Deutschland abgegangen. Vorgangenen Montag 42 Züge aus Jamape; am Dienstag 11 Züge; gestern 12 Züge; jeder der Spezialzüge umfaßt 35 Wagen. Der Bestimmungsort ist Düsseldorf, Eberheim usw. Ein Grubenbesitzer erklärte den Zeitungsvertrauten, der Zustand im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier würde für die belgische Kohlenindustrie von großem Vorteil sein. Infolgedessen würden sich die Arbeitsbedingungen bedeutend bessern. Bis jetzt wurde nur fünf Tage in der Woche gearbeitet. Die Bergarbeiter verhalten sich ruhig und denken an keinen Streik, sie haben im Gegenteil Schritte unternommen, damit die Arbeit während der ganzen Zeit fortgesetzt wird.“

### Solidaritätskundgebungen.

Es geht uns folgender Aufruf zu:

#### Parteienoffizian!

Die Ursachen des Niesenkampfes im Ruhrkohlenrevier sind Euch bekannt. Ebenso habt Ihr die Aufrufe des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften gelesen. Es bedarf daher keiner nochmaligen besonderen Darlegung des Sachverhalts, um die politisch tätigen wie gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen aufzufordern, sich überall eifrig an den Sammlungen zu beteiligen.

Jede Proletarierin muß ihr Scherflein beitragen, sei auch ihr Verdienst noch so gering, um die Streikenden in diesem wahren Kulturkampf, ihrem Kampfe um menschlicheres Leben zu unterstützen. Den Hausfrauen ganz Deutschlands wird bald klar werden, daß die maßlose Ausbeutung der Arbeiterschaft die Habgier der Kohlenbarone nicht befriedigt, sondern durch Erhöhung der Kohlenpreise die gesamte kohlenverbrauchende Bevölkerung aufs höchste gefährdet werden wird.

Genossinnen! Sorgt dafür, daß in diesem gewaltigen Ringen das weibliche Proletariat in Scharen mit auf den Plan tritt. Veranlaßt Volksversammlungen. Wo dies nicht zweckmäßig erscheint, rufst die Frauen zum massenhaften Besuch der von den Genossinnen arrangierten Versammlungen auf, damit der Protest der Arbeiterschaft ein gewaltiger werde und die Regierung der Forderung der Volksmassen nach Verstaatlichung der Kohlengruben nachzukommen gezwungen wird.

In der Ueberzeugung, daß dieser Hinweis genügt, um die Genossinnen zur höchsten Tätigkeit anzuspornen zum Beweise ihrer Solidarität grüßt

Titilie Saader,

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Aus London wird telegraphiert: Der Ausschuß des englischen Bergarbeiter-Verbandes tritt nächste Woche zusammen, um zu beraten, in welcher Weise die ausständigenden deutschen Bergleute zu unterstützen sind.

Ferner wird aus Brüssel gemeldet: Der sozialistische Abgeordnete Maroville, Sekretär des belgischen Grubenarbeiter-Verbandes, erklärte, wenn der Generalstreik begonnen habe, so sei der Augenblick gekommen, um unter den belgischen Arbeitern Propaganda zu machen und sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch zu erklären.

### Schmod in holdem Wahnsinn.

Die „Post“ schreibt folgenden Polizeibericht:

„Wenn übrigens Anarchisten in der Annahme, daß sie schnitter-reife Saat genug in dem Ruhrgebiet finden würden, die Erregung der Gemüter und die Herdenlosigkeit der Führer über die Masse auszunutzen versuchen sollten für ihre Zwecke, so könnte man sich darüber nicht wundern. Die beiden fesselnommenen Personen, welche als Anarchisten verächtlich waren, sind ja, wie wir im Morgenblatt berichten, zu Unrecht für solche gehalten. Ob sich aber sonst noch an anarchistisches Geklächter gezeigt hat, ist immerhin nicht ganz ausgeschlossen.“

Tante Hof philosphiert aus dem Koffeefah über den Kohlenarbeiterstreik. Am Abend wie am Morgen stellt sie juristische Erwägungen über den Kontraktbruch an. Die größte Arbeiterbewegung, die Deutschland je erleben gemacht hat, erweckt in ihrem juristischen tantenhafte Gemüt kein anderes Bewußtsein, als die Weltanschauung des — Betselrechtes. Die ganze sittliche Weltordnung, meint Tante, beruht darauf, daß der Mensch das Wort, das er gegeben hat, hält, und daß der, dem das Wort gegeben worden ist, sich auf dieses Wort verlassen kann. Darum betrachtet Tante eine Arbeitseinstellung, die unter dem Vertragsbruch begangen wird, als ein schweres Unrecht, und sie hat es nie gebilligt, wenn man ein solches Unrecht hat bemänteln wollen.

Wenn die ganze sittliche Weltordnung darauf beruht, daß man sein Wort hält, dann haben die Kohlenbarone seit 1889 beständig die sittliche Weltordnung verlegt; denn kein von den Worten, die man damals gegeben hat, hat man eingelöst. Aber wenn die „Wolffsche Zeitung“ mit dieser Kamegeherci belagen will, daß das „Recht“ unter allen Umständen verbindlich sein soll für die ihm Unterworfenen, so setzt diese Folgerung eine sittliche Weltordnung voraus. Erst wenn eine sittliche Weltordnung existiert, muß Recht unter allen Umständen gelten, muß das gegebene Wort gehalten werden.

Eine absolute Rechtsverbindlichkeit kann nur dann anerkannt werden, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft sich dem Rechte freiwillig unterworfen haben, indem sie sich den Mehrheitsbeschließen unterordnen. Wenn das Arbeitsverhältnis nicht wie bisher ein Ausdruck brutaler Willkür des Stärkeren ist, die sich in leere Formeln von Rechtsparagrafen kleidet, dann, aber erst dann



würde man den Vertragsbruch unter allen Umständen verteidigen. Der sogenannte freie Arbeitsvertrag aber, den heute der Arbeiter mit dem Unternehmer schließt, ist die Karikatur eines Rechtes. Der Arbeiter geht nicht freiwillig, sondern dem Zwange des Hungers weichen das Vertragsverhältnis ein, und wenn er es hält, so kann er doch durch keine sittliche Pflicht gebunden werden, sondern durch die soziale Gewalt. Der Vertragsbruch von Proletariet in der kapitalistischen Gesellschaft ist das soziale Notwehrrecht, das auch die juristische Zante, welche die „Vossin“ über den Streik orakeln läßt, kennen müßte. Der sogenannte Arbeitsvertrag ist ein Diktat des Unternehmers und damit eben nur solange verbindlich, als die Arbeiter diese ihnen zwangswise auferlegten Bedingungen erdulden können und ertragen wollen.

Die Zante Wof hat wirklich trotz ihres hohen Alters immer noch nicht die elementaren Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft erkannt; sie redet immer noch vom „freien Arbeitsvertrag“ und hält diesen sogar für die Grundlage der sittlichen Weltordnung.

Die geistige Höhe, welche die gebildete Bourgeoisie, deren Sprachrohr die Vossin sein will, erklümt, offenbart sich übrigens fast in jedem Satze dieser Kontrastbruderspaubereien. Da wird z. B. sehr richtig bemerkt: „Einen ausgebrochenen Streik wieder beizulegen, macht unter allen Umständen sehr viel größere Mühe, als den Zwist herbeizuführen“, womit beifällig die Zante leichtfüßigweise das Kohlenindikat beschuldigt, daß es sich Mühe gegeben habe, den Zwist herbeizuführen. Ferner sieht Zante in dem Streik eine ernste Warnung auch für spätere Fälle, insbesondere eine Lehre für die Sozialdemokratie, deren Hauptes sich einbilden, bei dem von ihnen prophezeiten Zusammenbruch nach ihrem Belieben den Zukunftsstaat einrichten zu können.

Zante hat wirklich eine komische Auffassung von der Gewalt und Aufgabe von Führern. Die Führer in der Demokratie, so sollte Zante doch auch wissen, sind nicht die absoluten Monarchen, welche nach eigener Willkür die Völker und die Heere kommandieren, sondern die nur den Willen der Masse und der Mehrheit verwalten.

Mit der moßlich veredelten „Berliner Volks-Zeitung“ können wir uns aus Raumrücksichten erst morgen besorgen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar.

### Eine Kanonade gegen den Jaren.

Aus Petersburg meldet „Wolfs Bureau“ vom 19. Januar: Während der Zeremonie der Wasserweihe wurden gleichzeitig mit dem zweiten Salutschuß Fenster des Nikolaissaales des Winterpalais von mehreren Kartätschentugeln zertrümmert, die, wie es heißt, vom Bösewichte her kamen; an der Börse waren zum Zwecke des Salutschießens Geschütze aufgeschossen. Der Vorfall ist bisher unauferklärt. Ein Polizeibeamter soll getötet worden sein. Eine weitere Meldung besagt:

Amlich wird bekanntgegeben: Während der Rewa-Wasserweihe in Anwesenheit des Kaisers ereignete sich, als der übliche Salut begann, ein Unfall. Eines der bei der Börse aufgestellten Geschütze schloß anstatt einer Pulverladung eine Kartätschladung ab. Die Kugeln erreichten den Boden beim Jordan-Kai. An der Fassade des Winterpalais wurden die Scheiben von vier Fenstern zerbrochen. Ein der Petersburger Stadtpolizei angehöriger Polizist wurde verwundet. Nach den bisherigen Ermittlungen sind keine weiteren Unfälle vorgekommen; die Untersuchung dauert fort.

Solange man auf Nachrichten aus amtlich-russischer Quelle angewiesen ist, wird sich näheres über den eigenartigen Unfall nicht ermitteln lassen. Sicher ist nur soviel, daß sich jetzt dem Jaren gegenüber ein ganz ähnlicher Vorgang abgespielt hat, wie jener von der Doggerbank, der einige englische Fischer das Leben kostete. So wenig wie bei der Affäre von Hull ist bei der neuesten von der Rewa zur Stunde klar, ob ein beabsichtigter Anschlag vorliegt oder eine Verletzung unglücklicher Umstände, unter denen auf alle Fälle die russische Unfähigkeit die Hauptrolle spielt, zu dem blutigen Ergebnisse geführt hat.

Die amtliche russische Meldung neigt sichtlich der zweiten Auffassung zu, nicht der ersten. Sie hält es bei den in der russischen Armee herrschenden Zuständen nicht für ausgeschlossen, daß gelegentlich in Anwesenheit des allerhöchsten Kriegsherrn eine scharfe Ladung statt einer blinden losgeht.

Der Schauplatz des Ereignisses liegt zu beiden Seiten der großen Rewa. An ihrem rechten Ufer liegt die Börse, auf dem linken ihr etwas schräg gegenüber das Winterpalais, das kaiserliche Schloß. Die Schloßbrücke verbindet beide Ufer. Die Börse selbst bildet die Spitze eines stumpfwinkligen Dreieck, an dessen Basis sich rechts das Winterpalais, links die auf einer Insel befindliche berühmte Peter-Pauls-Feste erhebt. Die Fenster des Winterpalais gehen — ein beruhigender Anblick für seine Bewohner — direkt der Festung zu.

Hoffentlich wird, was sich zwischen der Börse und dem Winterpalais entspann, nicht an jenem dritten Punkte enden!

### Wachsende Aufregung in Petersburg.

Inzwischen scheint der Zustand der Petersburger Arbeiter immer weiter um sich zu greifen. Den Streikenden von den Putilowfabriken haben sich die 8000 Arbeiter der Rewaspinnerei angeschlossen. Nach einer Meldung des „Lokal-Anzeiger“ sollen sich „veranlaßt von den Sozialisten“, die Arbeiter der Kolskien, Dnchow- und Baltischen Werks dem Streik angeschlossen haben. Nach einer polnischen Meldung haben die ausländischen Arbeiter eine Petition vorbereitet, in der sie die Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtslosigkeit und Armut der Bevölkerung des Reiches und der Bedrückung der Arbeit durch das Kapital fordern. Aus diesen Hauptforderungen leitet die Petition im einzelnen folgende Forderungen ab: Garantien der persönlichen Sicherheit, Freiheit des Wortes, Versammlungsrecht, Gewissensfreiheit, obligatorischen Schulbesuch auf Staatskosten, Volksvertretung, Gleichheit aller vor Gericht, Verantwortlichkeit der Minister, Beseitigung der Ablösungszahlungen der Bauern, Verbilligung des Kredits, allmähliche Verteilung der Staatsdomänen unter das Volk, Einführung der Einkommensteuer. Für die gewerblichen Arbeiter im besonderen wird verlangt gesetzlicher Schutz der Arbeit, Freiheit der Konsumvereine und anderer Vereine, Achtungsendtag, Zulassung des Kampfes der Arbeit gegen das Kapital, staatliche Arbeiterversicherung.

Nach einer „Laffan“-Meldung vom 18. Januar streikten an diesem Tage im ganzen 44 800 Petersburger Arbeiter. Am Abend desselben Tages wurden in einer Versammlung, der der Korrespondent des „Daily Express“ beiwohnte, folgende Forderungen an die Regierung formuliert: Beendigung des Krieges, Einderung einer konstitutionellen Versammlung, Pressefreiheit, Redefreiheit, Freilassung der politischen Gefangenen.

Vom 19. Januar berichtet der Pariser „Petit Parisien“: Man stehe in Erwartung erster Ereignisse. Morgen würden wahrscheinlich 100 000 Arbeiter ausständig sein. Die Behörden haben alle Maßregeln getroffen, die Truppen bleiben konzentriert. Die Polizei hat besondere Maßnahmen für die Sicherheit des kaiserlichen Palastes getroffen (die sich inzwischen trefflich bewährt haben! Die Red.), in welchem sich die kaiserliche Familie angesichts der bevorstehenden kirchlichen Feste aufhält. Vier große Werkstätten, in welchen Tag und Nacht Munition und Waffen hergestellt wurden, liegen insolge des Ausstandes still. Auch zwei Schmelzereien haben geschlossen und morgen werden weitere folgen. Die Arbeiter verfügen über genügende Streik-

gelder, um den Ausstand vier Wochen aushalten zu können. Bis jetzt sind keine Zwischenfälle zu verzeichnen gewesen, aber man befürchtet, daß der Konflikt durch politische Verwickelungen kompliziert wird.

Auch die Schiffsbauten, die von der Regierung auf der Newski-Werft in Auftrag gegeben sind, erleiden durch den Streik vollständigen Stillstand.

### Reichstag.

Der Reichstag erklärte in seiner heutigen Sitzung zunächst die Wahl des Reichsparteilers Naul, der mit einer ziemlich beträchtlichen Majorität in der Stichwahl gegen unseren Kandidaten in Mecklenburg-Strelitz gewählt worden war, debattelos für gültig.

Dann trat das Haus in die zweite Lesung des Etats der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung ein, die vom Abg. Trimbörn mit einer beinahe zweiündigen Rede eröffnet wurde. In den Vorjahren ist im Reichstage von allen Parteien der Linken und der Mitte, insbesondere auch von unseren Genossen, an den Dienstverhältnissen der Postbeamten und Unterbeamten scharfe Kritik geübt worden. Sie hat den Erfolg gehabt, daß am 13. August des vorigen Jahres der Staatssekretär in einer allgemeinen Verfügung einige kleine Verbesserungen anordnete. Die Entschädigung für den Nachdienst wurde auf einige späte Abend- und frühe Morgenstunden ausgedehnt, die Sonntagsarbeit und die wöchentliche Dienstzeit auf das Maß zurückgeführt, das sie nach dem Regulativ von 1899 haben sollte. Diese an sich sehr unbedeutlichen Fortschritte, die mehr ein Zeugnis guten Willens als wirkliche Leistungen sind, veranlaßten den sozialpolitischen Leuchtturm des Zentrums, sein Licht in hellstem Glanze strahlen zu lassen. Er konnte sich in den Dankesbeteuerungen an den Staatssekretär Krätke gar nicht genug tun, und die kleinen Wünsche, die er noch vorzubringen hatte, verschwanden vollkommen unter den Freudenäußerungen darüber, daß wir es doch so herrlich weit gebracht. — Ein wenig weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit durch Einstellung des Geld-, Nachnahme-, Drucksachen- und Paketverkehrs, ein wenig weitere Einschränkung der Arbeitszeit und einige spezielle Forderungen ganz untergeordneter Bedeutung hat das Zentrum in Resolutionen gefordert. — Herr Trimbörn fügte noch andere Wünsche hinzu: Die Postämter nach französischem Muster besser auszustatten, den Landbriefträgern im Sommer eine Drillischleideung zu gestatten und — ein seltlicher Punkt — auch einmal statistische Auskunft über die Lage der 31 000 nichtständigen Arbeiter im Postbetriebe zu geben.

Genosse Singer prägte die Rehrseite der Medaille: Noch immer haben 77 Proz. der Postunterbeamten eine mehr als 10stündige Arbeitszeit, 20 Proz. erhalten überhaupt keinen Erholungsurlaub, von den übrigen die Hälfte nur 5 Tage im Jahre. Die „gehobenen Stellen“ werden nach Willkür und Liebedienerei vergeben, und die Ostmarkenzulage, die im vorigen Jahre vom Reichstage abgelehnt worden ist, soll in den zukünftigen Etat unter der Aufschrift: Einmalige Unterstützungen eingeschmuggelt werden. So zeigt das ganze System der Postverwaltung deutlich das Bestreben, die Unterbeamten gegenüber den höheren zu benachteiligen, verleitet die höheren Beamten geradezu zum Mißbrauch ihrer Stellung als Vorgesetzte. Nach alledem konnte Genosse Singer der Verordnung des Staatssekretärs, die nur die Vorschriften von 1899 endlich zur Durchführung bringen will, aber keineswegs Garantie dafür bietet, kein so übermäßiges Lob sollen wie Herr Trimbörn. Er mahnte den Staatssekretär, energischer als es bisher geschehen sei für die Besserstellung der unteren Postbeamten zu sorgen. An einem praktischen Beispiel zeigte Genosse Singer noch, wie leicht sich das ermögliche ließe. Nur aus Schlandrian wird der starke Andrang an den Paketaltern kurz vor Schaltereschluß zugelassen. Kein Verkehrsinteresse würde durch eine Beschränkung der Postzahl und einen früheren Schaltereschluß verletzt werden, während den zahlreichen Postbeamten und Handlungshülfsarbeitern eine wesentliche Erleichterung in ihrem schweren Verufe verschafft werden könnte.

Vergeblich suchte der Staatssekretär der scharfen Kritik Singers die Spitze abzubrechen, daß er die von ihm selbst soeben vorgelegte Statistik über die Lage der Postbeamten als veraltet, von der Entwicklung bereits überholt hinzustellen suchte. Nichts Durchgreifendes ist seit ihrer Aufstellung für die Beamten getan worden.

Vergeblich suchte auch Herr Krätke abzuleugnen, daß die einmaligen Unterstützungen der Erfah für die im Vorjahre abgelehnten Ostmarkenzulagen sein sollten. Daß die Regierung in diesem Jahre eine geringere Summe verlangt, ist bei der ablehnenden Haltung des Reichstags durchaus verständlich.

Der Nationalliberale Dr. Bahig versuchte wirklichere Argumente gegen die Ausführungen Singers zu finden. Mit langatmigen finanziellen Berechnungen suchte er den Nachweis dafür zu führen, daß die Postverwaltung keine Plusmacherei triebe, überhaupt kaum nennenswerte Ueberschüsse erziele. Zu seinem Schmerze mußte er es erleben, daß der Staatssekretär selbst ihn in allen Punkten widerlegte und da Herr Bahig selbst ausgeführt hatte, daß die erzielten Ueberschüsse nur durch Ueberanstrengung und schlechte Entlohnung der Arbeiter ermöglicht würden, dürfte der Beweis für Singers Behauptungen schlüssig erbracht sein. — Im übrigen beschränkte sich der nationalliberale Redner wie der ihm folgende freisinnige Abgeordnete Vlell darauf, einige technische Fortschritte anzuregen.

Morgen soll die Debatte über den Postetat durch die endliche Beratung unserer Interpellation über den Vergarbeiterstreik unterbrochen werden.

### Preussisches Abgeordnetenhau.

Das Abgeordnetenhau beendete am Donnerstag die zweite Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Seuchengesetz. Von den zahlreichen Anträgen ist nur ein konservativer Antrag zu erwähnen, der auch den Gutsbezirken, jenen eigenartigen rüchständigen Gebilden, auf denen der Gutsbesitzer unumschränkt schaltet und waltet, die Wohltaten des Gesetzes zuteil werden lassen will; wie auf dem Gebiete des Schulwesens und des Armenwesens, so sollen jetzt auch auf dem des Sanitätswesens die armen „Notleidenden“ auf Kosten des Staates beschente erhalten. So wollen es die Konservativen, und sie beharrten auf ihrem Antrag, obwohl die Regierung erklärte, daß er für sie unannehmbar sei. Mit Hilfe eines Teils des Zentrums setzten sie ihre Forderung durch, unbekümmert, ob dann ein so wichtiges kulturelles Gesetz scheitert. Die Regierung, die die Konservativen verhäßlichst, läßt sich von dieser Sippchaft ruhig ihre Gesetze durch die Zähne werfen. Die Freundschaft erleidet dadurch keine Einbuße.

Angenommen wurde auch die von der Kommission beantragte Resolution, wonach in den Kultusetat ein Betrag von einer halben Million Mark zu Verfügungen an leistungs-

unfähige Gemeinden bei Durchführung dieses Gesetzes angestell werden soll.

Freitag findet mit Rücksicht auf die Wünsche der Budgetkommission keine Sitzung statt.

Am Sonnabend beginnt die zweite Lesung der Gibernia-Vorlage.

Die weiteren Dispositionen gehen dahin, daß die nächste Woche für den landwirtschaftlichen Etat reserviert bleibt. Am übernächsten Montag soll dann mit der zweiten Lesung der Kanalvorlage begonnen werden.

### Schöne Zustände.

Die Budgetkommission des Reichstags hat, wie aus dem Berichte hervorgeht, am Donnerstag wieder einmal gerade 1 1/2 Positionen des Nachtragsetats für Südwestafrika erledigt. Wenn die Arbeiten in dem bisherigen Tempo weitergehen, dann kann eine Erledigung dieses Nachtragsetats mit Sicherheit etwa für — — Ostern erwarten. Woher soll da die Zeit zu einer gründlichen Durcharbeitung des Hauptetats und zu der notwendigen Fertigstellung von Beratungsmaterialien für das Plenum des Reichstags kommen? Erwägt man ferner, daß schon wieder ein neuer Nachtragsetat für Südwestafrika von den verbündeten Regierungen vorbereitet wird, dann kann man sich der Ansicht nicht verschließen, daß auch in diesem Jahre der Etat nicht rechtzeitig vor dem 1. April fertiggestellt werden kann.

Ganz falsch wäre es, die Schuld an diesem unhaltbaren und verhängnisvollen Zustande dem Reichstage zuzuschreiben: die Verantwortung fällt vielmehr ausschließlich auf die Regierung. Sie hat nicht nur, wie wiederholt schon getadelt wurde, die Verufung des Parlaments in ungehöriger Weise verzögert, sondern auch sonst ihre Pflicht vernachlässigt; in der Budgetkommission ist von allen Seiten die lebhafteste Klage darüber laut geworden, daß die Vorlagen — im besonderen der Nachtragsetat — ganz ungenügend begründet worden sind. Die Abgeordneten müssen der Regierung das zur Beurteilung der Verhältnisse notwendige Material geradezu erst abringen; Millionenforderungen, bei denen das Etatrecht des Reichstags offensichtlich verletzt worden ist, weitläufig greifende Projekte, die späterhin außerordentlich große Mittel in Anspruch nehmen werden, sind geradezu leichtfertig behandelt worden.

Dabei stellt sich heraus, daß die Regierung sich über ihre Forderungen selbst gar nicht klar ist: der eine ihrer Vertreter ruft „Gott“, der andere „Hü“; der eine sagt, die Vorarbeiten für einen Bahnbau bedeuteten noch keine Festlegung für den Bau selbst, der andere aber sagt, am besten sei es, man beginne sofort mit dem Bau selbst; der eine schiebt wirtschaftliche, der andere militärische „Gründe“ in den Vordergrund. Kurzum: es ist ein unerträgliches, peinliches Lohwobohu, aus dem man erkennen kann, wie sehr wir bereits russischen Zuständen nahe gekommen sind.

### Der ostasiatische Krieg und die Flottenpropaganda.

Ueber „Kriegstheorien“ wird gegenwärtig unter Zugrundelegung der Vorgänge im ostasiatischen Kriege sehr viel zusammengeflüßelt. Heute stellt auch Major Keim im „Tag“ über diesen Gegenstand allerhand Betrachtungen an. Diese Betrachtungen sind keineswegs objektiv theoretische, sondern es handelt sich bei allen diesen „Theorien“ darum, für die deutsche militaristische Politik Propaganda zu machen. So kommt man z. B. immer wieder darauf zurück, daß der ostasiatische Krieg bewiesen habe, daß bei einem modernen Kriege die Beherrschung der See eine ausschlaggebende Rolle spielt. Von diesem Ergebnis bis zu der Folgerung, daß deshalb auch Deutschland seine Flotte zu einer solchen ersten Ranges machen müßte, ist dann nur ein kleiner Sprung. Daß für den ostasiatischen Krieg die Seebeherrschung allerdings von größter Bedeutung war, haben wir selbst zahllose Male nachgewiesen; aber aus diesem konkreten Fall generaliter ableiten zu wollen, daß nun für alle Kriege die Flottenfrage eine so wichtige wäre, ist ganz unsinnig. Allerdings, wenn Deutschland einmal in einen Krieg mit England verwickelt werden würde, so würde es selbstverständlich nichts anfangen können, ohne eine der englischen Flotte überlegene Kriegsmarine. Bei einem Kriege mit einer Landmacht aber, z. B. mit Frankreich oder Rußland, würde die Flotte eine ebenso untergeordnete Rolle spielen, wie in den Kriegen 1870/71 oder 1866. Die Entscheidungen würden dann eben auf dem Lande fallen und nicht zur See. Auch die Wegnahme unserer „loftbaren“ Kolonien durch die Franzosen und die Störung des deutschen Handels würde absolut keine Rolle spielen, wenn es Deutschland gelänge, die Landmacht Frankreichs zu zertrümmern. Es ist deshalb ein geradezu unsinniges Verfahren, den ostasiatischen Fall, wo es sich um ganz besondere Umstände handelte, als eine Art Musterbeispiel für die Kriegsführung überhaupt hinzustellen.

Auf der Höhe dieser Betrachtungen stehen auch die anderen. So erklärt beispielsweise Major Keim, daß die Belagerung Port Arthurs bewiesen habe, daß diejenigen, welche den Festungen überhaupt keine große Rolle mehr beimäßen, vollständig im Irrtum seien. Auch diese Folgerungsweise ist eine geradezu kindische. Port Arthur ist doch keine Landfestung, sondern eine Seefestung, in der fast die ganze ostasiatische Flotte Rußlands Zuflucht gesucht hatte. Aus diesem Grunde und lediglich aus diesem Grunde mußte Japan alles daran setzen, Port Arthur zu erobern, um dadurch gleichzeitig die Stille-Ozeanflotte Rußlands zu vernichten. Wäre Port Arthur nur eine Landfestung gewesen, so würde Japan geradezu blödsinnig gehandelt haben, wenn es die ungeheuren Opfer zu dessen Eroberung gebracht hätte, die es gebracht hat. Japan hätte es dann sehr einfach gehabt. Es hätte sich einfach auf der Landenge bei Amshou mit etwa 40 000 Mann verschanzen können. Die Festung wäre dann abgeschnitten und unschädlich gemacht gewesen. Seine übrigen Truppen hätte Japan dann ruhig dazu verwenden können, um seine Angriffe gegen die Mandchurien-Armee zu konzentrieren.

Alle diese Betrachtungen also beweisen nichts, als die grenzenlose Oberflächlichkeit, mit der viele unserer militarischen „Sachverständigen“ militarische Fragen zu erörtern belieben. Alle ihre geistreichen Folgerungen sind vollständig hinfällig. Der ostasiatische Krieg hat durchaus nicht bewiesen, daß eine Landmacht einer starken Flotte bedarf, sondern im Gegenteil, daß es ungeheurer gefährlich ist, sich auf die koloniale Eroberungspolitik einzulassen. Die Erfahrungen, die Rußland in Ostasien gemacht hat, könnte auch Deutschland noch einmal in derselben struppelosen, unbesonnenen Weise sich in weltpolitische Abenteuer zu stürzen wie bisher! —



# Deutsches Reich.

## Die Wahrheit über das Hüssener-Bild.

Man schreibt uns vom Rhein:

Als die sozialdemokratische Presse das Hüssener-Bild veröffentlichte, da war ein Teil der bürgerlichen Presse mit dem Urteil fertig: daß hier eine Mystifikation, eine Fälschung, ein Schwindel vorliege, wie derlei schon zu den Gewohnheiten der Sozialdemokratie gehöre. Ein anderer Teil war etwas vorsichtiger; diese Blätter stellten sich, als ob solche Vorurteile, wie sie auf dem Bilde geschildert wurden, nicht möglich seien; sie forderten eine eingehende Untersuchung des Falles und baldige Bekanntgabe des Ergebnisses.

Von der Kommandantur in Koblenz, die der Kriegsminister zur Untersuchung angewiesen hatte, drangen dann Mitteilungen in die Öffentlichkeit, die ihren schärfsten Ausdruck in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ fanden. Danach war das in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichte Bild eine „Fälschung“, die angefertigt worden war auf Grund einer willkürlich komponierten Vorlage; namentlich war alles, was außer den drei Personen auf dem Bilde war: Bilder, Blumen, Vorhang, Weinflaschen usw. frei erfunden; die Originalaufnahme sei gar nicht im Besitze der sozialdemokratischen Presse, sondern befände sich in den Händen der Kommandantur. Es tauchten dann weitere mit dem militärischen Stempel versehene Mitteilungen auf, die aber immer gehäher klangen, immer mehr zugeben und immer weniger abstreiten. Jetzt ist die Mitteilung des Ergebnisses der amtlichen Untersuchung erfolgt. Und was entfällt sie? Die Bestätigung zunächst der Echtheit des in sozialdemokratischem Besitze befindlichen Originals, und weiter der Übereinstimmung des von der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Bildes mit der Originalaufnahme.

Dar heißt es in der amtlichen Mitteilung, „daß die Darstellungen einer gewissen Presse über den vielbesprochenen Fall Hüssener nicht der Wahrheit entsprechen; die Tatsachen sind entsetzt und, wo es nur irgend möglich war, übertrieben und aufgebauscht worden.“

Und womit wird das bewiesen? Die Aufnahme ist zwischen 8-9 Uhr abends und nicht um Mitternacht gemacht worden; die Staffage — leere Limonade- und Weinflaschen — stammen nicht von einem Trinkgelage, sondern sind für die Aufnahme zusammengetragen worden; die Zimmerdekoration auf dem Bilde ist vollständig erfunden, die Tapeten und Palmen sind eingezichnet.

So die amtliche Mitteilung. Zunächst wird hier zugegeben, was anfangs noch Herr Lemmann bestritt, daß die Batterie Flaschen bei der Aufnahme vorhanden war und in dem Bilde richtig wiedergegeben worden ist. Sodann wird nicht mehr bestritten, daß der Vorhang, das Bild und Blumen vorhanden waren — was ebenfalls noch die militärischen Mitteilungen leugneten. Als Beweis, daß die Zimmerdekoration vollständig erfunden ist, führt der amtliche Bericht an: „die Tapeten und Palmen sind eingezichnet.“

Wir haben schon gesagt, daß der Zeichner, verführt durch die Unklarheit des Bildes, einen Teil des Vorhanges als Tapete angesehen und diese willkürlich nach links über die Wand ausgebreitet hat. Von „Palmen“ aber haben wir weder etwas geschrieben, noch befinden sich auf unserem Bilde solche. Genau in Übereinstimmung mit dem Original sind rechts und links Topfgewächse mit palmenwedelartigen Blättern angebracht, und diese wird auch die mit der Untersuchung betraute Stelle nicht abstreiten können.

Ganz das Gegenteil dessen, was der amtliche Bericht sagt, trifft zu: die Darstellung der sozialdemokratischen Presse hat sich nicht der Übertreibung und Aufbauschung, sondern der Abschwächung der Situation schuldig gemacht. Nicht um der Kommandantur einen Gefallen zu erweisen, sondern weil der Zeichner durch allzuviel Einzelheiten die Ueberzeugbarkeit nicht fördern wollte. So befindet sich auf dem Blumenbänder im Original eine Zigarettenkiste, die bei uns fehlt; das Original zeigt sechs Bilder an der Wand, unsere Zeichnung nur eins; das Original hat zwei Blumenstöcke, während wir nur zwei wiedergegeben haben.

Was die übrigen Mitteilungen des amtlichen Berichtes betrifft, so beruhen sie auf den Aussagen des Hüssener und seiner Mitgefangenen. Daß diese Leute sich nicht allzusehr belasten werden, versteht sich von selber.

Alles in allem ist auch in diesem Falle die Wahrheit bei der sozialdemokratischen Presse, die „Fälschung“ und der „Schwindel“ bei denen, die diese leichtfertigen Vorwürfe wider uns erhoben haben.

Übrigens ist Hüssener von dem fideles Ehrenbreitstein nun nach dem weniger gemüthlichen Weichselmünde strafverurteilt worden. Die amtliche Rundgebung über diese Verurteilung hat Selbstenmutter genug, daß sie als Grund der Maßnahme im wesentlichen die vorchriftswidrige Einführung des Photographenapparates angibt. Die Photographie hat allerdings das ganze Unheil verschuldet.

**Kommen Sie nur zu mir!** So oft sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage Beschlüssen über Soldatenhändlungen vorbrachten, äußerte der Kriegsminister v. Goltz und sein Nachfolger Herr v. Einem seine Bewunderung darüber, daß man solche Dinge in die Öffentlichkeit trage, statt sich mit ihm darüber vertraulich auszusprechen.

Solche Aufforderungen zum Vertrauen mögen den Sattlermeister Deymann aus Schleswig veranlassen haben, dem Kriegsminister am 26. Februar 1904 brieflich mitzuteilen, daß sein Bruder, der in der 11. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 79 diene, von seinen Vorgesetzten wie ein Verbrecher behandelt werde; wenn keine Besserung in der Behandlung erfolge, könne der Tod eintreten.

Dieser Akt der Bruderliebe und des Vertrauens zur obersten Behörde fand seine Antwort in einer — Strafanzeige gegen den Briefschreiber wegen Verleumdung der 11. Kompagnie des 79. Infanterieregiments. In der Verhandlung, die am 10. Januar vor der Strafkammer in Flensburg geführt wurde, gab nach dem Bericht der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ der Angeklagte zu, das Schreiben an den Kriegsminister gerichtet zu haben. Er wolle aber nicht damit gesagt haben, daß sein Bruder durch die Behandlung getötet werden könne, sondern daß er zum Selbstmord gezwungen würde. Er sei aus Anlaß seines schweren Blasenleidens beschimpft und verhöhnt worden. Der Leutnant habe einmal zu ihm gesagt: „Sie Schwäne sind wie aus der Latrine gezogen.“ Von Kameraden sei er „major“ geschimpft worden. Der Arzt habe ihn, als er auf dem Lazarett einige Tage gelegen habe und sein Urin plötzlich wieder getrübt gewesen sei, gefragt, ob er hineingespuht oder etwas hineingebracht habe. Eine ganze Reihe Zeugen sind kommissarisch vernommen worden, deren Aussagen verlesen werden. Der Kompagnieführer, Hauptmann Herold, hat Veranlassung genommen, die Mannschaften und Unteroffiziere zu warnen, den Soldaten Deymann wegen seines Leidens nicht zu verspotten. Der Leutnant bestritt, die Auspeinigung zu Deymann getan zu haben. Der Arzt glaubt nicht, den Verdacht gegen den Soldat geäußert zu haben. Allenfalls könne er gefragt haben, ob jemand etwas in den Urin geschüttet habe. Alle anderen Zeugen wissen von Missethungen und Beschimpfungen nichts, bis auf den Fall mit dem Gefreiten, den sie vom Hörensagen kennen. (Der Gefreite hatte den Rekrut Deymann eines Sonntagsnachmittags bei 10 Grad Kälte auf dem Kasernenhofe, zum Spott des ganzen Regiments, das Nachgeschirr eine Stunde lang scheuern lassen.) Der auch kommissarisch vernommene Soldat Deymann hält seine früher gemachten Aussagen aufrecht und schränkt sie nur insoweit ein, als es sich um den genauen Wortlaut der ihm zu teil gewordenen Beschimpfungen handelt. Ein als Zeuge geladener Bruder des Angeklagten erklärt, er und der Angeklagte hätten ihren Bruder einmal besucht. Bei dieser Gelegenheit habe in einer Wirtshausstube ein anderer Soldat derselben Kompagnie dabei gewesen. Im Gespräch habe dieser geäußert: „Wenn es bekannt wird, daß ich mit Ihnen verkehrt habe, werde ich bestraft.“

Schließlich wurde der Angeklagte unter Zustimmung des § 133 zu 100 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Daraus geht hervor, daß man im mündlichen und brieflichen Verkehr mit Exzellenzen Vorsicht üben muß, die sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber nicht nötig ist.

**Bücker.** Aus Hlogau wird vom 10. Januar gemeldet: Vor dem hiesigen Landgericht stand heute gegen den Grafen Bücker Termin wegen Rötigung an. Der Graf war nicht erschienen. Er hatte sich mit völliger Nervenerrüttung entschuldigt, wofür er ein ärztliches Zeugnis beibringen wollte. Auf eine telephonische Anfrage erklärte das Berliner Polizeipräsidium, Graf Bücker habe gestern abend einer öffentlichen Versammlung beigewohnt, habe aber nicht gesprochen. Der Gerichtshof beschloß, einen neuen Termin anzuberaumen und den Grafen vorführen zu lassen.

Der Herr Graf will verurteilt sein, wanns ihm paßt, und die Behörde, die ihm das öffentliche Sprechen verbietet, läßt ihn verurteilt sein, wenns ihr paßt. So können sie nicht zusammen kommen.

## Die Vernichtung der Hereros.

Wie wir bereits gestern im telegraphischen Teil mitteilten, wird über Südwestafrika durch Trotha mitgeteilt, daß die Hereros so gut wie ausgerieben sind. Zahlreiche Hauptlinge und der weitaus größte Teil der Eingeborenen ist in den Sandwüsten der Omahele dem Hunger und dem Durst erlegen, nur noch einige wehrlose Banden sind übrig geblieben, die hungrig im Lande umherstreifen.

General Trotha hat also erreicht, was er erreichen wollte. Er hat den zahlreichsten Volksstamm der so dünn bevölkerten Südwestafrikas fast vollständig vernichtet. Wenn noch einige tausend Menschen übrig geblieben sind, so werden sie doch bei weitem nicht ausreichen, um die Nachfrage nach schwarzen Arbeitskräften befriedigen zu können. Das Deutsche Reich wird also teures Geld ausgeben müssen, um nunmehr nach der Niederwerfung des Aufstandes die Kolonie wiederum mit schwarzen Arbeitskräften zu versorgen. Die Strategie Trothas stellt sich also als die schwerste kolonialpolitische Fehler dar, der sich denken läßt. Die bürgerliche Presse erhebt denn auch Klage über diesen Ausgang des Hererokrieges. Sie empfiehlt, wenigstens noch zu retten, was irgend zu retten ist, und alles zu versuchen, die noch umherstreifenden Haufen zur Ergebung zu bewegen. Zu einer Verurteilung der Trothaschen Strategie vom Standpunkte der Humanität und des Christentums schwingt sich nicht ein einziges Blatt auf. Und doch stellt dieser Vernichtungskrieg Trothas gegen die Hereros eines der entsetzlichsten kolonialpolitischen Verbrechen dar, die die Geschichte zu verzeichnen hat. Wenn eine andere Nation derartig gegen Eingeborene vorgegangen wäre, so würde sich wahrscheinlich in der deutschen Presse ein Sturm sitzlicher Entrüstung erhoben haben. Die paar Jahrzehnte deutscher Kolonialpolitik haben aber das Sittlichkeitsgefühl unserer Bourgeoisie bereits abgestumpft, daß sie in der Ausrottung eines ganzen zahlreicheren Volkes absolut nichts Ungeheuerliches mehr sieht.

Als während der Kriege mit den Kabylenstämmen in Algier der französische General Bédier einmal einen ganzen Stamm von 1500 Köpfen, der ihm viel zu schaffen gemacht hatte und der sich seinen Nachstellungen immer wieder zu entziehen wußte, dadurch vernichtete, daß er den in eine Höhle geflüchteten Stamm durch Rauch erstickte ließ, erob sich in ganz Europa ein Sturm der Entrüstung. Und doch war die Vernichtung dieser 1500 Menschen, so barbarisch sie auch war, bei weitem nicht so entsetzlich, wie die Strategie, die Zehntausende von Menschen, darunter in der Mehrzahl Frauen und Kinder, dem Tode des Verhungerns und Durstens überlieferte. Die 1500 Araber starben in einigen Minuten den Erschöpfungstod, die Zehntausende der Hereros aber endeten unter den unglücklichsten Qualen in der wasserlosen Wüste unserer Kolonie. Trotz alledem vermag sich nicht ein einziges Blatt unserer deutschen Presse über dieses ungeheuerliche Verbrechen aufzuregen. Diese schauerliche Thatsache beweist die sittliche Entwicklung unserer Bourgeoisie und den humanisierenden Einfluß des Christentums!

**Berlin, 10. Januar.** Amtliche Meldung. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Im Gesicht bei Gochas am 5. Januar 1905 gefallen: Sekreter Gustav Grassow, geboren am 22. Juni 1883 zu Löwenberg in der Mark; in den Gesichteten bei Groß-Rabas vom 2. bis 4. Januar 1905 leicht verwundet: Sanitätsgefreiter Richard Möbius, geboren am 8. Januar 1883 zu Vorna; Reiter Robert Verger, geboren am 21. Oktober 1882 zu Berlin. — Im Gesicht bei Garchas am 3. Januar 1905 leicht verwundet: Sekreter Wilhelm Pöhl, geboren am 6. September 1883 zu Waldau, Kreis Hildesheim; Oberstleutnant — An Typhus gestorben: Reiter Franz Thiemick, geboren am 17. November 1882 zu Köthen, Anhalt, am 18. Januar 1905 im Lazarett Windhuk.

## Ausland.

### Schweiz.

#### Ein Erzdub.

**Zürich, 10. Januar.** (Fig. Ver.) In unserem Großen Stadtrat erlebte man am Sonnabend zum erstenmal einen Erzdub. Als der Demokrat Kollbrunner die schon in der früheren Sitzung besprochene Affäre einer nahlen Dirne, die nur in den besten Kreisen verkehrt, und deren öffentliche Wohnstube ihren hochgestellten Freunden unangenehm war, wieder zur Sprache brachte, verließen die Liberalen bis auf einen kleinen Rest den Sitzungssaal, denn sie waren in ihren heiligsten Gefühlen verletzt. Unser Genosse Pfarrer Bülger rief den Ausreißern nach: „Geht zum Teufel!“ Nach den Ausführungen Kollbrunners könnte man glauben, daß die Polizei die Schutztruppe der so sehr geschätzten Dame ist. Der Stadtrat wird nun die ganze Geschichte untersuchen und bis zu deren Erledigung ist auch die Erhöhung der Gehälter für den Polizeinspektor und den Adjunkten um je 200 Frank ausgeföhrt worden.

Die vielfach wegen verschiedener Defizite verdachte „Dame“ ist eine Deutsche und sie konnte trotzdem merkwürdigerweise ein gutes Zeugnis von der deutschen Gesandtschaft in Bern beibringen. Es handelt sich dabei offenbar um einen Irrtum, allein der Züricher Polizeichef Stadtrat Dr. Welli, auch ein Liberaler, verweist sich gerade auf dieses Zeugnis, um die Dame vor dem Schicksal der Ausweisung, dem sonst alle niederen Dirnen unrettbar verfallen, zu verschonen. Die nötige Aufklärung der deutschen Gesandtschaft in Bern, um sie zur Zurückziehung des ertümelten Zeugnisses guten Leumundszeugnisses zu veranlassen, scheint für Herrn Dr. Welli außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen.

### Frankreich.

Ministerpräsident Combes hat einem Redakteur des „Nation“ im Laufe einer Unterredung gestern mit größter Entschiedenheit erklärt, kein Dissidentenradikal dürfe dem nächsten Ministerium angehören; das würde unmoralisch und überdies eine Prämie auf die Fahnenflucht und den Verrat sein. Die Presse bespricht das heute im „Journal officiel“ veröffentlichte Demissions schreiben des Ministerpräsidenten. Die Organe der Nationalisten, der gemäßigten Republikaner und Dissidenten beurteilen das Schreiben in schärfster Weise. So erklärt der „Figaro“, dies Schriftstück sei von eminenter Gewissenhaftigkeit. Es sei Sache des Präsidenten der Republik, entsprechend seinem verfassungsmäßigen Rechte die Ministerreise zu lösen. Das neue Ministerium werde sich bezüglich seines Programmes mit der Kammer und nicht mit Combes auseinandersetzen. Der „Gaulois“ sagt, der Brief Combes' sei die Verzerrung eines absolutistischen Erlasses. „Siècle“ erklärt, das Schriftstück mühe fast wie das Werk eines Staatsstreichunternehmens an. Die radikalen und sozialistischen Blätter sprechen ihre Befriedigung über das Demissions schreiben aus und sagen, es habe im ganzen Lande großen Eindruck gemacht.

### Amerika.

Zum Konflikt zwischen Venezuela und der Union. Die Beziehungen zwischen Amerika und Venezuela waren in den ersten Tagen des Monats sehr gespannt. Castro beabsichtigte sogar, dem amerikanischen Vertreter seine Pässe zu schänden; schließlich

fühlte sich aber Castro zu Anerbietungen bewegen. Der amerikanische Vertreter antwortete mit einem Vorschlage, die Streitfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten; er schlägt ferner vor, Venezuela solle jährlich fünf Millionen Bolivars statt drei Millionen zahlen und nach Ablösung der Forderungen Englands, Deutschlands und anderer Mächte mit der Zahlung dieser Summe an die englischen und deutschen Bondholders fortfahren. Der Präsident nahm den Vorschlag an bis auf das Schiedsgericht, das er nur für amerikanische Forderungen zugestehen will. Erst, als sehr energisch gedroht wurde, gab er auch in diesem Punkte nach. Man glaubt, daß das vorgeschlagene Abkommen Verwicklungen verhindern wird.

## Eine erzbischöfliche Streifgabe?

Das Zentrum kann sich immer noch nicht entschließen, für die christlichen Bergarbeiter Sammlungen zu veranlassen. Dagegen scheinen unsere ständigen Nahruse auf den Erz bischof von Köln ihre Wirkung nicht ganz verfehlt zu haben. Dr. Fischer hat, wenn auch mit diplomatisch-neutraler Begründung, eine kleine Gabe von 1000 Mark gespendet, worüber das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Essen a. N., 19. Januar. Der Kardinal-Erzbischof Dr. Fischer hat, wie die „Essener Volkszeitung“ erfährt, dem Kassierer des Gewerkevereins christlicher Arbeiter in Altessen die Summe von eintausend Mark für die nothleidenden Bergarbeitersfamilien überreicht mit folgendem Begleitschreiben: „Anbei überende ich Ihnen eintausend Mark zur Unterstützung der nothleidenden Vergleute-Familien. Ich urteile nicht über den Streik als solchen, über seine Aussichten und seine Berechtigung, ich rechne nur mit der Thatsache, der Not, die an manche Familie herantritt, eine Not, die mir umso mehr zu Herzen geht, als eine große Zahl dieser Familien zu der mir unterstehenden Erzdiözese gehören. Ich darf aber den Wunsch beifügen, daß es der im Ruhrgebiet tätigen Ministerialkommission gelingen werde, den für die weitesten Kreise verhängnisvollen, den Wohlstand, und was noch mehr ist, den für die geistliche Entwicklung unseres Vaterlandes notwendigen Frieden schwer schädigenden traurigen Streik in geeigneter Weise zu beseitigen. Dazu bedarf es freilich der Besonnenheit und weiser Wägung beider Faktoren. Ich füge auch den anderen Wunsch bei, daß es sich ermöglichen lasse, durch vorzügliche Maßnahmen, namentlich auch durch Beiträge der Gesegebung für die Zukunft solche folgenschweren Vorkommnisse tunlichst zu verhüten!“

Für den Anfang ist dieser kleine Beitrag aus dem unendlichen Schatz der reichen katholischen Kirche immerhin zu begrüßen, und es liegt uns fern, den Wert der Gabe an ihrer Größe oder an ihren Motiven zu messen. Wir wollen im Gegenteile hoffen, daß sich das ganze Zentrum und die katholische Kirche nunmehr dem Kirchenfürsten anschließen, daß insbesondere die Zentrumsmissionäre, die Vallestrom, Arenberg, Thuyßen (letzterer ja einer der Terroristen des Ruhrreviers) dem Beispiel folgen werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus der Hull-Kommission.

Paris, 19. Januar. (B. L. W.) Die Kommission für die Hull-Angelegenheit hielt heute ihre erste öffentliche Sitzung ab, welcher mehrere Vertreter des diplomatischen Korps beiwohnten. Die Darstellungen des Sachverhalts gelangten zur Verlesung. In dem englischen Protokoll heißt es: Jedes Fischerboot, welches sich in der Nacht zum 21. Oktober an der Doggerbank befand, trug in deutlicher Aufschrift hinten seinen Namen. Alle zeigten das vorgezeichnete Licht der Fischerboote und am Schiffshinterende ein weißes Licht. Die Signale wurden mittels roter, grüner und weißer Lichter gegeben. Gegen Mitternacht gab der Kommandant der Fischerflotte durch eine grüne Rakete das Signal, die Reize auszuwerfen. Die Fischerboote hatten eine Geschwindigkeit von 2 1/2 Knoten. Trotz des Nebels war es keinen Augenblick unmöglich, die verschiedenen Lichter zu sehen. Die Kriegsschiffe gingen in nördlicher und südlicher Richtung vorbei, gaben Signale, beleuchteten die Fischerboote und gaben Feuer auf dieselben. Das Feuer dauerte fort trotz der Signale der Fischerboote. Die Russen gingen dann weiter ohne Hülfeleistung anzubieten. Das russische Schiff „Aurora“ wurde durch russische Geschosse getroffen. Auf den Fischerbooten befand sich kein Kriegsmaterial. Kein Japaner befand sich an Bord derselben und ebensowenig war ein japanisches Kriegsschiff in der Nordsee. Ein Fischerboot ging unter, fünf erlitten Havarie. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet, sechs verwundet. Die Fischerboote ließen sich keine Herausforderung zuschulden kommen.

In dem russischen Bericht heißt es: Das Admiralsschiff bemerkte in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober gegen Mitternacht, während Nebel herrschte, zwei kleine Fahrzeuge, welche mit großer Schnelligkeit den Panzerschiffen mit verblühten Lichtern entgegenkamen. Scheinwerfer ließen dieselben als Torpedoboote erkennen. Die Panzerschiffe eröffneten sofort das Feuer auf dieselben und stellten dann fest, daß auch mehrere kleine Dampfer, welche Fischerboote glichen, zugegen waren, von denen einige sich in die Fahrstraße der Panzerschiffe legten. Letztere nutzten ihre Feuer zehn Minuten lang unterhalten, bis die Torpedoboote verschwunden waren, sie bemähten sich aber, die Fischerboote nicht zu treffen. Der Admiral setzte später seine Fahrt fort, ohne irgend ein Schiff an Ort und Stelle zurückzulassen. Der Bericht schließt: Admiral Roschidjewski hatte unbedingt das Recht und die Pflicht, so zu handeln, wie er tat, trotz der Möglichkeit, neutrale und nichtoffizielle Fischer zu schädigen.

Die nächste öffentliche Sitzung der Kommission wird voraussichtlich in der nächsten Woche stattfinden.

### Petersburger Scharfmacher.

Petersburg, 19. Januar. (B. L. W.) Die Petersburger Fabrikanten hielten heute eine Beratung über den Arbeiterausstand ab. Es wurde beschloffen, die Forderungen an der Fabrikation des Achtstundentages, Teilnahme der Arbeiter an der Fabrikation und Auszahlung des Lohnes für die Zeit des Ausstandes als Forderungen allgemeinen Charakters abzulehnen. Bezüglich der privaten Fragen wurde der Standpunkt aufgestellt, daß jede Fabrik diese erst nach Wiederaufnahme der Arbeit beantworten könne. Es wurde beschloffen, daß die Fabrikanten keine Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen eingehen, insbesondere nicht mit dem russischen Arbeiterbund.

Paris, 19. Januar. (B. L. W.) Präsident Loubet besprach sich heute nachmittags nach einander mit Carrin, Dubief, Etienne, Jaurès und Viennens Martin, den Führern der Reichstagsgruppen der Kammer, über die Lage.

Bresl., 19. Januar. (B. L. W.) Von den Hajenarbeitern, die sich an den gestrigen Ausschreitungen beteiligten, sind fünfzehn verhaftet worden. Der Handelshafen wird von 400 Mann Militär bewacht. Patrouillen durchziehen die Stadt.



Reichstag.

122. Sitzung vom Mittwoch, den 19. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kräfte.

Der Präsident erhält zunächst die Genehmigung des Hauses zur Abhaltung der Gläuberversammlung an Seine Majestät den Kaiser zum Geburtstag.

Hierauf wird an Stelle des auscheidenden Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) der Abg. Vögel (fr. Sp.) in die Reichsschulden-Kommission auf Antrag des Abg. Schäfer (Z.) gewählt.

Hiernächst wird die Wahl des Abg. Raud (bei keiner Fraktion) im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz für gültig erklärt.

Sodann schreitet das Haus zur zweiten Beratung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

Abgg. Dr. Dike, Herold (Z.) beantragen:

Der Herr Reichskanzler möge den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in bestimmten (Morgen-) Stunden die Benutzung der Fernsprech-Einrichtungen gegen ermäßigte Vergütung ermöglichen.

Abgg. Gröber, Dr. Dike (Z.) beantragen:

Der Herr Reichskanzler möge

1. Die Sonntagsruhe für die Beamten der Reichs-Postverwaltung durch Einstellung des Geld-, Nachnahme-, Druckfachen- und Paketverkehrs an Sonn- und Festtagen sowie durch Verklärung der Schalterstunden für den Paketverkehr an den Vorabenden dieser Tage in erhöhtem Maße durchzuführen;

2. für die mittleren und unteren Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung die wöchentliche Maximal-Arbeitszeit weiter beschränken;

3. in der Statistik der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung eingehende Mitteilungen über die Verhältnisse der Postbeamten in den Kolonien und über das außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personal der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung machen.

Hierzu beantragen die Abgg. Eichhoff und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), im letzten Absatz der vorstehenden Resolution statt „in den Kolonien“ die Worte „in den deutschen Schutzgebieten und im Auslande“ zu setzen.

Abg. Trimborn (Z.): Es handelt sich bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung um einen Personalbestand von über 117 000 Köpfen. Die Arbeitsverhältnisse dieser großen Zahl von Menschen haben ihre Regelung gefunden durch die Personalverwaltung des Staatssekretärs vom 17. April 1899. In dieser ist ein Wochenlohn der Beamten bis zu 48 Stunden oder bis zu 60 Stunden, je nach der Schwere des Dienstes festgelegt. Meine Partei hat schon im vorigen Jahre unter Zustimmung der Redner anderer Parteien diese Arbeitszeit für zu hoch erklärt. Ferner gilt nach der Verfügung nur der Dienst von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens als Nachdienst, welcher 1/2 Tag berechnet wird. Es ist jedoch erstrebenswert, den Nachdienst bereits von 8 Uhr abends an und früh 2 Stunden länger zu lassen. Auch die Stunden, die in Nachtdienst verbracht werden, d. h. nur in Dienstbereitschaft, sollten höher berechnet werden. Ueber die Sonntagsruhe heißt es in dieser Verfügung nur ungenau, daß wer wollte, vielleicht alle 4 Sonntage dienstfrei sein solle. Dies waren unsere Auslegungen an der Generalversammlung von 1899. Heute kann ich feststellen, daß der Staatssekretär unter dem Eindruck unserer Bemängelungen im vorigen Jahre dieser Materie seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die neue Generalverordnung vom 18. August 1904 war das Resultat. Nach ihr beginnt der Nachdienst um 8 Uhr und dauert 2 Stunden länger. Ferner sollen kleine Pausen bis zu zwei Stunden 1/2 Tag gerechnet, größere Pausen im Nachdienst möglichst vermieden werden. Diese drei Änderungen in der Bestimmungen entsprechen den Wünschen, die meine Fraktion im Vorjahre hier vorgebracht haben. Weiterhin verlangt der Staatssekretär in dem Erlaß eine allgemeine sorgfältige Nachprüfung der Dienststundenpläne, die allgemein in Einklang mit dem Regulativ von 1899 gebracht werden sollen. Auch sollen die Vorschriften über die Sonntagsruhe streng durchgeführt werden. Alle diese Anordnungen können wir nur mit Freude begrüßen. Aber ein ganz besonderes Gesicht entfällt dieser Erlaß durch die Hinweis auf den Weg, auf dem diese Fortschritte erreicht werden sollen. Da heißt es: Die notwendige Herabsetzung der Arbeitszeit und die Durchführung der Sonntagsruhe soll erzielt werden 1. durch andere Einteilung des Betriebes und Zusammenlegung von Dienstgeschäften, 2. wo es notwendig ist, durch Vermeidung des Personals. Damit hat der Staatssekretär das erstrebende Wort gesprochen. (Sehr gut im Zentrum.) Schon mit diesem lausenden Rechnungsjahr sollen die angeordneten Reformen durchgeführt werden und für die Zukunft soll sich die Arbeitslast der Beamten dauernd in den im Regulativ von 1899 gezogenen Grenzen halten.

Aber wir müssen über die bisher erzielten Fortschritte hinaus weitere machen. Der erste Schritt zur sozialpolitischen Besserstellung ist überall die statistische Klarstellung. In diesem Sinne hat der Reichstag im Vorjahre durch eine von den Freisinnigen und uns gestellte Resolution einstimmig die Vorlegung einer Statistik über die Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Ruhetage, Erholungsurlaub, Krankheits- und Todesursachen der Beamten der Reichs-Postverwaltung verlangt. Diesem Wunsch hat die Reichs-Postverwaltung Rechnung getragen. In der diesmaligen Poststatistik finden wir unter dem Titel „Verschiedenes“ die gewünschten genauen Nachweise.

Wir müssen uns mit jeder dieser statistischen Angaben im einzelnen beschäftigen. (Murren.) Zunächst finden sich kleine Widersprüche in der Angabe des Personenstandes. Schwerere Bedenken macht der wöchentliche Dienst. Aus ihm kann man den Tagesdienst herleiten, indem man durch 6 dividiert, da der Sonntag grundsätzlich als dienstfreier Tag betrachtet werden muß. Nun haben von den mittleren Beamten einen Wochenlohn unter 48 Stunden, der also einem Tageslohn unter 8 Stunden entspricht, nur 25 Proz. Auf diesen Durchschnitt sollte aber die große Mehrheit der mittleren Beamten gebracht werden. Von den unteren Beamten unter 54 Stunden Wochenlohn nur 12 Proz., über 60 Stunden 77 Proz., über 63 Stunden 60 Proz., über 66 Stunden 27 Proz. Dieser Dienst ist nach Ansicht meiner Freunde zu lang. (Zustimmung im Zentrum.) Es sollte sich bis zum Jahre 1907 durchziehen lassen, daß ein Wochenlohn von höchstens 63 Stunden, der jetzt nur für 40 Proz. gilt, für das Gros der Unterbeamten eingeführt wird, und für später sollte ein Dienst von höchstens 60 Stunden, der jetzt nur für 23 Proz. gilt, allgemein werden. Betreffs der Sonntagsruhe wäre eine Ergänzung der Statistik sehr erwünscht. Wir möchten erfahren, wie viele Beamte alle 4, alle 3 Wochen nur einen Sonntag frei haben. Mit der Sonntagsruhe ist es heute besonders für die unteren Beamten sehr schlecht bestellt, nur 42,9 Prozent genießen über das Normalmaß hinaus Sonntagsruhe, von den höheren Beamten dagegen 61 Prozent. Freie Sonntagsvormittage haben von den Unterbeamten nur 11 Prozent. Wir haben zur Sonntagsruhe eine Reihe von Resolutionen eingebracht, um deren einstimmige Annahme wir bitten. — Die Einstellung des Paketverkehrs am Sonntag wäre in der Weise möglich, daß die Pakete von den Interessenten selbst abgeholt würden. Dann brauchen nur wenige Beamten eine beschränkte Zeit lang zur Auslieferung zur Verfügung zu stehen. Ich ja, Herr Staatssekretär, das muß doch gehen; wenn ich Postdirektor wäre, würde ich es schon machen. (Geisterheit.) Geldsendungen können auch am Sonntag weglassen. Der sein Geld dringend braucht, kann es sich telegraphisch kommen lassen, und für viele Leute wäre es ganz nützlich, wenn sie das Geld nicht am Sonntag, sondern erst am Montag bekämen. (Geisterheit.) Ebenso brauchen Nachnahmeleistungen, die zum rein geschäftlichen Verkehr gehören, sowie Druckfachen, die doch zu Dreivierteln in den

Papierkorb wandern, an Sonntagen nicht bestellt zu werden. — Eine sehr wichtige Forderung ist die Verklärung der Schalterstunden für den Paketverkehr an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage. Dies ist dringend geboten, um der unerhöhten Summe des Publikums, vor allem einiger großer Firmen — es sind immer dieselben — entgegenzutreten, die gegen Schluß der Schalterstunden an solchen Tagen einen wahren Sturm auf die Paketverteilung eröffnen. Nach der Statistik der Post haben über 120 Ruhetage im Jahre 30 Prozent der höheren Beamten, aber nur 6 Prozent der Unterbeamten. Wünschenswert wäre es übrigens, wenn der Erholungsurlaub bei der Statistik über die Ruhetage außer Betracht bliebe, sonst gibt die Statistik ein falsches Bild. Auch müßte die Statistik spezialisierter sein, heute geht eine Kategorie von 48 bis 84 Ruhetagen, während es doch ein großer Unterschied ist, ob jemand 48 oder ob er 84 Ruhetage im Jahre hat. — Nun zum Erholungsurlaub. Da heißt es, daß bei 20 Prozent der Landbriefträger der Erholungsurlaub unterbleiben mußte, „aus anderen Gründen“. Es wäre sehr interessant zu erfahren, warum bei den anderen Klassen nur 1 bis 2 Prozent „aus anderen Gründen“ den Erholungsurlaub nicht erhalten können, hier dagegen 20 Prozent. Am ungünstigsten stehen hinsichtlich des Erholungsurlaubs die Postboten. Nur 51,8 Prozent von ihnen erhalten Erholungsurlaub, nach meiner eigenen Berechnung in einer durchschnittlichen Dauer von 6 Tagen. Hier bitte ich den Staatssekretär um amtliche Auskunft, wie lang bei den einzelnen Beamtenklassen der Urlaub war, wieviel Beamte mehr und wieviel weniger Urlaub hatten. Nach meinen Berechnungen scheinen mir die Verhältnisse bei den Postboten mit fünf Tagen und den Landbriefträgern mit sechs Tagen durchschnittlichen Erholungsurlaubes für einen verhältnismäßig geringen Prozent der Aufbesserung dringend zu bedürfen. Die Statistik der Krankheitsfälle zeigt, daß 12,7 Krankentage auf den Beamten, und 14,4 Krankentage auf den Unterbeamten entfallen. Auf 1000 Versicherte entfallen 386 Krankheitsfälle in der allgemeinen Versicherung, 867 bei den Postbeamten, aber 471 bei den Unterbeamten. Dieses Ergebnis ist sehr ungünstig und kann nicht nur dadurch erklärt werden, daß die Landbriefträger in Schnee und Sturm, Sonne und Regen arbeiten müssen. — Die Statistik der Todesfälle zählt einmal 803, an anderer Stelle 823 Fälle. Das ist bei einer Statistik immerhin auffallend. Die Todesfälle betragen übrigens nur 6,7 Proz. Das ist wieder ein sehr günstiges Resultat. Die ungünstigen Ergebnisse der Krankheitsziffern müssen auf die sanitären Verhältnisse in den Postämtern aufmerksam machen.

Die Landbriefträger wünschen, daß bei ihnen der Drilling als Sommerkleidung eingeführt werde. Diese Wünsche haben sogar schon zu einem dichterischen Erguß geführt. Ist doch der Herr Staatssekretär auf folgende Weise angegangen worden:

O Kräfte, sprich ein gutes Wort  
Und lindere unsere Pein  
Und führe uns zur Sommerzeit  
Den leichten Drilling ein!

Ferner wünschen wir auch eine genaue Statistik über die Arbeitszeit des nicht in regelmäßigen Dienst stehenden Personals. Handelt es sich doch um nicht weniger als 31 000 Personen. In der „Märkischen Volkszeitung“ las ich, daß eine Schauerfrau von der Postverwaltung nach Abrechnung ihrer Unkosten einen Tagelohn von nur 1 Mark erhalten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies ist ein einzelner, aber sehr bezeichnender Fall. Hier wünscht unsere eine Resolution betreffend einzugreifen. — Im vorigen Jahre haben wir die Einführung von Postanweisungs-Kuberts nach württembergischem Muster vorgeschlagen. Ich möchte doch um Auskunft bitten, ob sich diese Kuberts nicht für das Reich einführen ließen. — Auch an die Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses für die Postbeamten möchte ich erinnern, sowie überhaupt an die Verbesserung der Befoldungsverhältnisse der Unterbeamten. — Die Statistik, die wir wünschen, soll als Unterlage dienen für weitere wünschenswerte Fortschritte über den erwähnten Erlaß hinaus. Wir erwarten das Entgegenkommen des Herrn Staatssekretärs für alle berechtigten Wünsche des Personals. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär im Reichs-Postamt Kräfte: Ich danke dem Vordränger für seine eingehende Besprechung mit der Statistik. Er wird dabei wohl bemerkt haben, welche Menge Arbeit darin steckt, und es danach erklärlich finden, wenn die Verwaltung noch nicht all den vielen wichtigen Resolutionen, die der Reichstag in der vorigen Session beschloffen hat, Folge hat geben können. — Trotz eingehenden Studiums hat auch der Vordränger nicht alle Verhältnisse in diesem schwierigen Verwaltungsweize richtig beurteilt. Vor allem ist zu bemerken, daß die Statistik dem augenblicklichen Zustand nicht mehr entspricht. Seitdem die Zahlen zu Papier gebracht worden sind, sind wieder 1 1/2 Millionen für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse aufgewandt worden (Bravo! rechts u. in der Mitte). — Was die Arbeitszeit angeht, so kann man das Maß der Anstrengung bei den Postbeamten nicht ungebührlich finden, etwa im Verhältnis zu den Kaufleuten, doch wird man suchen müssen, die Arbeitszeit überall mehr auf einen einheitlichen Durchschnitt zu bringen. — Die Sonntagsruhe läßt sich wegen des großen Stellungspersonals am Vormittag nicht gut durchführen. Aber der Sonntagsnachmittag ist den Leuten auch viel wertvoller. Man darf aber aus der Beschäftigung am Sonntag vormittag nicht schließen, daß die Leute keine Gelegenheit haben, die Messe zu besuchen. Natürlich wollen wir allmählich den Sonntagsabenddienst verklären. Aber Eingriffe in das Wirtschaftsleben lassen sich nicht länger hand vornehmen. Den Leuten, die durch Postanweisung Geld erhalten, ist es doch nicht gleichgültig, ob sie Montag oder Sonntag ihr Geld erhalten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Bei allen den Maßnahmen zur Besserstellung der Beamten habe ich übrigens nie bei meinem Kollegen vom Reichsfinanzamt Widerspruch oder Schwierigkeiten gefunden.

Der Herr Vordränger ist auch auf die Resolution in betreff der „Sonntagsruhe“ für die örtlichen Feiertage zurückgekommen. Wir haben das in Erwägung gezogen, mußten aber zunächst zahlreiche Ermittlungen anstellen. Es besteht bei der Reichs-Postverwaltung schon jetzt außer dem Geleise die Dienstreise für zahlreiche kirchliche Feiertage. Schon werden 4633 Festtage in etwas über 1000 Ortschaften von der Post anerkannt. Sollte die Resolution durchgeführt werden, so würde es sich um 97 663 Festtage in 4215 Ortschaften handeln! Die Frage ist also von sehr großer Wichtigkeit. Der Wunsch, die Ruhetage in der Statistik mehr zu spezialisieren, wird sich erfüllen lassen. Vorläufig handelt es sich ja nur um einen Versuch. — Weiter ist der Wunsch ausgesprochen worden, einen regelmäßigen Erholungsurlaub für die Landbriefträger zu gewähren. Aber diese haben viele Nachmittage frei, den die Stadtbriefträger nicht frei haben, so daß der Urlaub für sie nicht so wichtig ist. Jedoch sind die Verhältnisse hier seit dem Juni schon besser geworden, was die Herren im nächsten Jahre aus der Statistik sehen werden. — Der Vergleich des Herrn Vordrängers zwischen unserer Statistik und der der Krankenkassen ist nicht ganz richtig gewesen. Denn alle Personen, die bis zu drei Tagen krank sind, zählen dort nicht. Ferner ist zu beachten, daß jeder Unterbeamte bei uns während der Krankheit sein Gehalt weiter bezieht.

Dem Wunsche des Herrn Vordrängers, über die Beschäftigung der Postbeamten in den Kolonien eine Statistik zu erhalten, wird entsprochen werden. Daß wir in die Kolonien keine verheirateten Beamten schicken, liegt daran, daß wir traurige Erfahrungen damit gemacht haben, wenn die Frauen der Beamten nachkommen. Es gibt meist nur einsache Goldhämmer in den Kolonien. Dazu kommt das tropische Klima, das für die Frauen sehr ungünstig ist. Sie werden krank und verleben den Beamten den Aufenthalt. Drum schicken wir in die Kolonien lieber junge Leute, die noch ein offenes und für alles empfängliches Auge haben. Auch dem steht nichts entgegen, die Gehälter der Beamten in den Kolonien anzugeben. Die dort verbrachte Zeit wird bei der Pen-

sionierung doppelt angerechnet. Was den Wohnungsgeldzuschuß anbelangt, so bin ich bestrebt, für die Postbeamten möglichst viel herauszuschlagen. Jedemfalls schon im nächsten Jahre wird den Unterbeamten ein höherer Wohnungsgeldzuschuß gewährt werden können. Die Postanweisungs-Kuberts haben wir aus demselben Grunde nicht eingeführt, aus dem wir das Porto für Beträge bis zu fünf Mark auf zehn Fennige festsetzten. Wir wollen damit vermeiden, daß Briefmarken in die Briefe gelegt und so nicht ganz sichere Beamte in Versuchung geführt werden. In betreff des Portoermäßigung für Soldaten habe ich mich mit dem Kriegsministerium in Verbindung gesetzt. Ueber die Personalverhältnisse ist eine Denkschrift in Bearbeitung.

Abg. Singer (Soz.):

Ich hätte gewünscht, daß der Erlaß des Reichs-Staatssekretärs den Abgeordneten amtlich zugestellt worden wäre. Er ist zwar in der „Postzeitung“ veröffentlicht worden, aber es entspräche doch der Stellung des Reichstages, daß, wenn eine Verwaltung seinen jahrelangen Anregungen endlich nachfolgt, die Abgeordneten nicht auf den Zufall des Abkommens auf eine Zeitung angewiesen wären. Wir bekommen so reichlich Denkschriften über die Forderungen der Regierung — warum wird uns nicht auch von der Postverwaltung, die ein ganzes Heer von Beamten und Unterbeamten beschäftigt, Kenntnis gegeben, wenn die Grundsätze über die Beschäftigung der Beamten geändert werden. Das würde uns zweifellos die Beratung erleichtern und schließlich dem Staatssekretär zugute kommen, weil dadurch mancherlei Anregungen überflüssig werden könnten.

Ich stimme dem Kollegen Trimborn darin bei, daß auch nach diesem Erlaß noch viel zu wünschen übrig bleibt. Ich hätte mir gewünscht, er hätte diese Auffassung schärfer zum Ausdruck gebracht, denn das Vob wird die Postverwaltung mit offenem Ohr aufnehmen, die Forderungen, die daran geknüpft worden sind, aber werden verhalten. Auch nach den neuesten Bestimmungen wird von den Beamten, die Körper und Geist anstrengen müssen, noch viel mehr verlangt, was berufsmäßig von ihnen verlangt werden dürfte. Was aber besonders unangenehm auffällt, ist die Bevorzugung der mittleren und höheren Beamten und die übermäßige Belastung der Unterbeamten. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob man nicht den Unterbeamten eine geringere Stundenlohn-Arbeitszeit geben sollte als den höheren Beamten. Mindestens aber liegt — das entgegne ich dem Kollegen Trimborn — kein Grund vor, das Maß der Dienststunden für die unteren Beamten höher zu stellen als für die oberen; bei jedem einzelnen Kapitel finden wir, daß die Ansprüche an die Unterbeamten viel größere sind als an die höheren. Bei der Sonntagsruhe, den Ruhetagen, bei der wöchentlichen Arbeitszeit, beim Erholungsurlaub bezieht die Postverwaltung den höheren Beamten ein großes Maß von Rücksicht. Dabei ist die Anstrengung der Unterbeamten doch mindestens ebenso groß und der Ausgleich, der bei den höheren Beamten durch die bessere Lebensweise herbeigeführt wird, fällt bei den Unterbeamten vollständig weg. Man sollte doch zunächst die Arbeitsverhältnisse der großen Menge der Unterbeamten aufbessern, bevor man an die der oberen denkt, obgleich ich natürlich auch diesen eine Aufbesserung von Herzen gönne. Ich stimme auch mit dem Kollegen Trimborn darin überein, daß uns eine genaue Angabe über die Arbeitsverhältnisse für die einzelnen Beamten vorgelegt werden müsse. Es ist eigentlich eine ganz unumgängliche Aufgabe, zu sagen: 12—48 Ruhetage haben so und so viele, 24—120 Ruhetage haben so und so viele usw. Der Unterschied, ob jemand 12 oder 48 Ruhetage hat, ist doch so in die Augen springend, daß diese Angaben gar keinen Sinn haben. Nicht nur die Postverwaltung, sondern auch andere Behörden sollten damit brechen: ich wenigstens kann mir eigentlich gar keinen größeren Nutzen denken. Wir müssen wissen, wie viel tatsächliche Ruhezeit der einzelne Beamte bekommt. Aber eine solche Statistik ist sehr bequem, sie dient dazu, sowohl die Benachteiligungen der einen, als die Bevorzugungen der anderen zu veranschaulichen.

Es ist sehr erfreulich, daß der Herr Staatssekretär in die Prüfung der Dienstpläne eingetreten ist. Aber wo haben wir die Garantie, daß die neue Anweisung auch wirklich durchgeführt wird? Die Tausende von Klagen, die an die verschiedenen Reichstags-Abgeordneten aus den verschiedensten Ortschaften hier einlaufen, zeigen doch, daß trotz aller guten Absichten des Herrn Staatssekretärs ein Mangel in der Organisation liegen muß, wenn immer noch über die Belastung der Beamten bei einzelnen Postämtern, die wir Ihnen genau namhaft gemacht haben, geklagt wird. Aber selbst wenn die Anweisung durchgeführt wird, geht die Arbeitszeit immer noch über das Maß dessen hinaus, was wir für richtig halten. Auch das hat ja der Kollege Trimborn schon betont. Der achtstündige Arbeitsstag, auch der Unterbeamten, wäre in der Postverwaltung gar nichts so Unmögliches. Die höheren Beamten arbeiten doch auch nicht länger. Allerdings, die ganz hohen Beamten, die vortragenden Räte usw., auch die Herren Staatssekretäre, die wissen, was es heißt, länger als acht Stunden zu arbeiten. Aber dem Gros der höheren und mittleren Beamten fällt es gar nicht ein, länger als acht Stunden zu arbeiten, vielmehr kommen sie um 9 Uhr ins Bureau und gehen nach 3 Uhr wieder. Da verbleibe ich wirklich nicht, warum man nicht auch den Unterbeamten den Achtstundentag giebt. Aber daran ist ja leider bei der Reizung, wie sie in der Reichs-Postverwaltung besteht, im Augenblick nicht zu denken. Ich will also darüber nicht streiten und mich zurzeit auch mit dem Jehusundentag begnügen. Aber dann sollte wenigstens dieser mit voller Energie durchgeführt werden. Aber wir hören, daß zurzeit ein großer Teil der Unterbeamten über 63, ja über 66 Stunden in der Woche arbeitet. Es ist also dringend zu wünschen, daß die Herabsetzung der wöchentlichen Dienststunden für Unterbeamte fortgesetzt im Auge behalten werde. Ebenso steht es mit der Sonntagsruhe, mit den Ruhetagen und dem Erholungsurlaub. 51 Proz. aller Unterbeamten haben heute nur einen Erholungsurlaub von 5 Tagen im Jahre, 20,7 Proz. der Unterbeamten haben noch immer überhaupt keinen Urlaub. Hier wird also der Herr Staatssekretär noch große Anstrengungen machen müssen, um überhaupt zu erträglichen Zuständen zu kommen.

Ich behalte mir vor, bei den einzelnen Titeln zu einer Reihe von Fragen meinen Standpunkt darzulegen und möchte bei dem Gehalt des Herrn Staatssekretärs, dessen Bewilligung, wie ich hoffe, durch meine Bemängelungen nicht hintertrieben wird (Geisterheit), nur auf einige Punkte eingehen. Ueber die sogenannten „gehobenen Unterbeamten“ haben wir uns ja seit Jahren ausführlich unterhalten. Der Herr Staatssekretär scheint es für ein großes Entgegenkommen an den Reichstag zu halten, wenn er jetzt dazu übergegangen ist, diese Kategorie als eine besondere Position in den Etat einzuführen. Die Ansicht meiner Freunde über diese gehobenen Unterbeamten ist ja bekannt. Die Einführung dieser Kategorie halte ich für durchaus überflüssig. Sie zielt auf der einen Seite Liebedienerei nach oben und öffnet auf der anderen Seite der Willkür der Vorgesetzten Tür und Tor. Die Klagen darüber, daß diese Stellen mit Rücksicht auf irgend welche Gefälligkeiten betreffender Beamten gegen ihre Vorgesetzten, durch Uebervachung der Kollegen usw. verkleinert werden, mehren sich so, daß man daraus schließen muß, daß etwas Wahres daran ist. Der Beweis im einzelnen Falle ist freilich schwer zu führen, weil die betreffenden Vorgesetzten natürlich nicht zugeben werden, daß sie aus solchen Gründen die Erhöhung bewirkt haben. Warum wird denn bei Poststräßen, Inspektoren und Direktoren nicht auch eine Kategorie von „gehobenen“ Postdirektoren usw. eingeführt? (Geisterheit.) Daß es da nicht geschieht, ist bezeichnend für das ganze System. Ferner findet sich in zwei Titeln des Etats eine größere Förderung für einmalige Unterstellung. Ich habe den Eindruck, daß man mit diesem Titel auf Umwegen die im vorigen



**Jahre abgelehnte Dsmarkeuzulage einschmuggeln will.** (Sehr richtig! bei den Polen.) Wir werden genau wie im vorigen Jahre aus denselben Gründen dagegen stimmen und werden den Vorgesetzten nicht die Mittel in die Hand geben, die zur Korruption führen müssen. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Doppelverwechslung ist es, daß man versucht, die Dsmarkeuzulagen auf dem Wege in den Etat hineinzubringen. Wenn man mit der Entscheidung des Reichstages im vorigen Jahre nicht einverstanden war, so hätte man sich und offen die Vorlage wiederholen müssen. Aber auf dem Umwege der Unterfertigung das abgelehnte Prinzip wieder einschmuggeln zu wollen, das heißt auf Schlechtwegen vorgehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Zentralrevisionen will ich später noch sprechen, aber ich kann schon jetzt mein Erstaunen darüber nicht unterdrücken, daß das Zentrum eine Verfüzung des Schalterdienstes nur für die Vorabende der Sonn- und Festtage fordert. Der Schalterdienst muß in viel weiteren Umfang geregelt werden. Unter dem jetzigen langen Schalterdienst leiden nicht nur die Postbeamten, sondern auch große Kategorien von Handelsangestellten, Hilfsarbeiter, Hausdiener usw.; im Interesse beider Berufsarten ist die Verfüzung des Schalterdienstes notwendig. Herr Trimbom wollte den Andrang kurz vor Schaltersturz dadurch beseitigen, daß er den Schaltersturz eine Stunde früher eintreten lassen wollte. Aber dann würde der Andrang vielleicht in noch höherem Maße als jetzt stattfinden. Gegen ihn hilft nur ein Mittel, daß in Berlin schon zeitweilig angewendet wurde, nämlich daß von einer bestimmten Stunde an eine Beschränkung der Zahl der angenommenen Pakete stattfindet oder ein Aufgeld erhoben wird. Es ist zur geschäftlichen Entwicklung eines Handelshauses wahrhaftig nicht notwendig, daß die ganze Post fünf Minuten vor 8 Uhr auf einmal an den Schalter gebracht wird. Das ist nichts weiter als ein Schandrian und ein Unfug, mit dem aufgeräumt werden kann, wenn die Verwaltung nur energisch will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jede Einschränkung nach dieser Richtung hin, die, ohne den Verkehr selbst zu stören, doch Ordnung im Verkehr schafft und die Beamten entlastet, würden wir mit Freuden begrüßen. Die Uebelstände finden sich nicht nur in den großen Städten. In einer industriellen Handelsstadt wie Pforzheim ist durch eine Enquete des Zentralverbandes deutscher Handlungsgehilfen festgestellt worden, daß bei Schaltersturz durchschnittlich 100 Personen anwesend waren, an einzelnen Tagen 150 und 160, so daß die Beamten erst gegen 1/10 Uhr mit dem Schalterdienst fertig wurden. Das beruht auf der schlechten Organisation der Handelsgeschäfte, auf der Bequemlichkeit oder dem Mangel an Personal. Aber deshalb darf nicht eine große Zahl von Leuten derartig in Mitleidenschaft gezogen werden, daß der sehr anstrengende Dienst sich ins Unbegreifliche verlängert.

Ueber die Gehaltsfrage haben wir schon seit Jahren dieselben Ausführungen gemacht und dieselben Anträge wiederholt. Auch heute bedürfen nach unserer Meinung die Gehälter der Unterbeamten dringend der Aufbesserung. Die Post soll keine Plusmacherei-Anstalt sein. Sie hat die Aufgabe, den Verkehr zweckmäßig zu regeln und der großen Beamtenkategorie eine auskömmliche Stellung zu bieten. In einem Gebiet, in dem Ehrlichkeit, Ordentlichkeit, Treue und Fleiß dringend notwendig sind, sollen die Beamten nicht in Versuchung geführt werden, sich Verfehlungen zuschulden kommen zu lassen oder ihre Ehrlichkeit und Treue mit dritter Rot zu entgelten. Eine Gehaltserhöhung für alle Unterbeamten wäre eine Ruhmesstat der Postverwaltung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es fehlt noch ein Punkt, über den ich auch noch sprechen muß, nämlich die moralische Behandlung der unteren Beamten durch die Vorgesetzten. Ich kann meine Ausführungen nicht schließen, ohne etwas darauf einzugehen. Die Beweise unter Rennung des Namens kann ich leider nicht vorlegen, da wir in früheren Jahren bei solchen Gelegenheiten die Erfahrung gemacht haben, daß gegen die Betroffenen Maßregeln verhängt wurden. Deshalb muß der Herr Staatssekretär sich darauf verlassen, was ich sage. Er würde sich ein großes Verdienst erwerben, durch wiederholte Generalverfügungen gegen harte Schimpfworte und Prügeleien, wie sie auch vorgekommen sind, vorzugehen. Mein Vorgesetzter sollte sich darum kümmern, was die Untergebenen außerhalb des Dienstes tun! Ich könnte eine halbe Stunde lang Fälle vortragen, wo der Versuch gemacht wurde, das Verbot einer Versammlung durchzuführen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär auch darauf besonders zu achten.

In einem Falle muß ich jedoch eine Ausnahme machen. Wir haben es bei früheren Etatsberatungen erlebt, daß für die Wohlthatigkeits-Einrichtungen innerhalb der Reichspost-Verwaltung hier lebhaft Propaganda getrieben wurde. Ich will diese Wohlthatigkeits-Einrichtungen für die Familien der Beamten und Unterbeamten durchaus nicht kritisieren, da ich ihre Verwaltung nicht kenne. Aber es ist unzulässig, Beträge dafür durch Druck auf Untergebene herauszupressen. Für solche Vorkommnisse will ich ausnahmsweise ein Beispiel mit Namensnennung geben: In Remel legte nämlich der Inspektor den Unterbeamten nahe, für ein Dächterwort einen Geldbetrag zu zahlen. Den Beamten, die sich nicht willfährig zeigten, wurde in erster Weise zugesprochen. Ja, es heißt, daß man ihnen, sogar Gehaltsabzüge gemacht hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Leider ist das ja nicht der erste Fall. Ich muß sagen, ich kenne nichts Schlimmeres, nichts Verwerflicheres, als wenn ein Vorgesetzter seine Stellung mißbraucht.

Große Klagen gehen auch über die Postämter in Stragburg und Mey durch die Presse. Es soll dort eine Art Polka-Wirtschaft herrschen. Vielleicht nimmt ein Kollege aus den Reichslanden das Wort zu der Sache.

Der Herr Kollege Trimbom wird aus diesen Darlegungen ersehen haben, daß doch nicht alles bei der Postverwaltung so gut ist, als es aus seinen Darlegungen schien. Der Erlaß des Herrn Staatssekretärs kann nur der Anfang der Besserung sein. Es ist noch so viel zu verbessern, daß wir dem Herrn Staatssekretär ein recht langes Leben wünschen müssen, damit er Zeit habe, alle Uebelstände zu beseitigen. Aber, so viel Jahre wir ihm auch wünschen, es würden an sich wenige Jahre genügen, wenn er nur den rechten Willen hat, die Verbesserungen durchzusetzen. Auf dem Papier allein kann man keine soziale Reform durchführen; der Staatssekretär muß vielmehr energisch eintreten, und muß diejenigen Stellen verurteilen, die seine Erlasse übertreten. Vielleicht könnte er einmal als Harim al Raschid in diesen Kreis eintreten, um sich ein unbefangenes Urteil zu bilden. Je eher er das tut, desto eher wird es mit den Unterbeamten besser werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kräfte: Sie werden alle den Eindruck gewonnen haben, daß unsere Verwaltung nicht auf dem Standpunkt steht, als sei nichts mehr zu verbessern. Ich freue mich jedesmal, wenn ich in die Lage komme, etwas für die Unterbeamten zu erreichen. Ich muß aber energisch dagegen protestieren, wenn der Herr Vordredner behauptet hat, daß die Amtsvorsteher nur solchen Unterbeamten zu „gehobener“ Stellung verhelfen, die schlechte Mittel gebraucht haben, um so weit zu kommen. Ich muß im Namen der zehntausend „Unterbeamten in gehobener Stellung“ dagegen protestieren. Ferner muß ich dagegen Protest einlegen, ich hätte es verflucht, bei dem jetzigen Etat mehrere hunderttausend Mark einzuschmuggeln, um das zu erreichen, was beim vorigen Etat nicht erreicht wurde. Es ist nicht meine Art, etwas zu verheimlichen oder einzuschmuggeln. Wenn der Vordredner behauptet, die Unterbeamten würden nicht mit gleichem Maße wie die anderen Beamten gemessen, so ist das auch unrichtig. In allen Lebenslagen ist es üblich, daß diejenigen Personen, die geistig beschäftigt werden, größere Ruhepausen brauchen und geringere Arbeitszeit haben, als körperlich arbeitende Personen. Wenn der Herr Vordredner behauptet, daß 20 Proz. aller Unterbeamten überhaupt keinen Urlaub erhalten hätten, so hat er überhört, daß ich bereits vorher darauf aufmerksam gemacht, daß die Statistik, auf die sich diese Angabe stützt, bereits veraltet ist, und daß die 20 Proz. jetzt schon erheblich vermindert sind. Was den Andrang zu den Paketschaltern am Abend anlangt, so ist bei einzelnen kleineren Postämtern hier in Berlin schon seit Jahren der Versuch gemacht worden, diesem Andrang durch Schluß der

Schalter schon um 6 Uhr zu begeben. Daß die Verfüzung der Dienststunden tatsächlich das einzige Mittel dazu ist, damit hat Herr Singer recht. Ich freue mich auch konstatieren zu können, daß verschiedene große Handelsherren, die ich angefragt hatte, den späten Schaltersturz für Pakete nicht für notwendig gehalten haben. (Beifall.)

Abg. Bahig (nall.): Die finanzielle Entwicklung der Post-Etats ist in den letzten Jahren eine recht befriedigende gewesen. Die Einnahmen steigen ständig. Ebenso sind auch die Leistungen der Post kolossal geworden. In den beiden letzten Etats ist ein Ueberfluß von etwa 25 Millionen erzielt worden. Im ganzen sind seit dem Jahre 1897 etwa 110 Millionen Ueberfluß erzielt worden. Das ist eine Rente von 4,7 Proz. für das Anlagekapital von etwa 700 Millionen. Von einer Plusmacherei im großen kann also keine Rede sein. Meine Wünsche gehen nach zwei Richtungen. Für den Betrieb möchte ich im Interesse des mittleren und kleineren Gewerbes um die Einrichtung des Postfachverkehrs bitten. Ein Versuch im Jahre 1898 ist ja mißglückt, aber ich zweifle nicht, daß ein Versuch auf anderer Grundlage besseren Erfolg hätte. Meine Freunde haben im preussischen Landtag entgegen dem unglücklichen Sparlosystem die Einrichtung der Postparaffinen und des Postfachverkehrs angeregt. Ich unterließe diese Vorschläge mit aller Energie. Auch für die Idee des Postanweisungsluberts kann ich mich erklären. Wir würden dadurch dem kleinen Mann die Unannehmlichkeit ersparen, private Dinge auf den offenen Postabschnitt zu schreiben oder die Unbequemlichkeit eines besonderen Briefes auf sich zu nehmen. Das 10-Pfg.-Porto für Postanweisungen sehe ich gern auf Beträge bis zu 10 M. ausgedehnt.

Staatssekretär Kräfte: Auf die Anfrage bezüglich des Anlagekapitals der Post sage ich, daß es 652 1/2 Millionen beträgt. Davon entfallen 230 Millionen auf die Post, 143 auf das Telegraphen-, 279 auf das Fernsprechnetz. Von diesen Summen sind durch Anleihen gedeckt 105 Millionen und zwar für die Post 6 1/2, für die Telegraphie 75 und für die Fernsprecherei 23 Millionen. Dann noch eine Bemerkung. Man spricht immer von einer Aufschwücherverwaltung der Post. Diese Behauptung bezieht sich auf die unentgeltlichen Leistungen der Eisenbahn in Höhe von etwa 30 Millionen. Man darf andererseits aber auch die Lasten der Post nicht unterschätzen, so allein für Postfreibeiten 15—16 Millionen; 4 1/2 Millionen beträgt die Beihilfe zur sozialen Beschäftigung; das macht 20 Millionen. Da kann von einer Aufschwücherverwaltung nicht die Rede sein. Das Postkapital verzinst sich sehr gut, die Telegraphie braucht einen Zuschuß, die Telephonie erst im Anfang ihrer Entwicklung und bringt nur einen kleinen Ueberfluß.

Abg. Well (fri. Sp.): Der Kollege Trimbom hat ganz allgemein gerügt, daß die Geschäfte ihre Postkasten häufig erst kurz vor Schluß der Schalterstunden bringen, und hat das als „Bummelei“ bezeichnet. Aber es gibt sehr viele Geschäftsleute, die erst nach Erledigung ihrer übrigen Geschäfte auf die Post gehen können. Der Uebelstand des zu großen Gedränges kurz vor Schluß der Post muß vielmehr durch Vermehrung der Schalter beseitigt werden. — Die württembergische Art der Verführung von Postanweisungen wäre im Reich nachzuahmen. Vielleicht könnte das Porto dafür um 5 Pf. erhöht werden. Dagegen wäre es zu viel, wenn man für zehn Postanweisungen, die zusammen in einem Kuvert überbracht werden, 50 Pf. Bestellgeld bezahlen müßte. Das könnte dann, da es sich ja doch nur um eine einzige Bestellung handelt, ermäßigt werden. — In mehreren auswärtigen Ländern ist die gute Einrichtung getroffen, daß die Adressen der Postkarten zur Hälfte vom Absender für Notizen benutzt werden kann. Auf den Postagenturen kann auch noch manches besser werden. Ich möchte fragen, ob die Vorsteher genügend kontrolliert werden. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Kräfte: Ich bin als Sachmann immer der Ansicht gewesen, daß die Vorderseite von Postkarten ausschließlich für die Adresse da sein soll. (Sehr richtig! rechts.) Da nun aber die anderen Verwaltungen darin vorgegangen sind, und ich nicht möchte, daß die deutsche Reichspost in den Ruf der Rückständigkeit kommt, habe ich die Verführung getroffen, daß vom 1. April an von den Postkarten die eine Hälfte der Vorderseite für Notizen freigegeben werde. (Beifall links.) Ich bin freilich der Ueberzeugung, daß diese Einrichtung bald zu Verbesserungen führen wird und daß der Gebrauch solcher Karten, deren eine Seite gänzlich vom Wilde eingenommen wird, nur kurze Zeit dauern wird.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Sozialdemokratische Interpellation Auer und Genossen über die Vorgänge im Ruhrgebiet. Schluß 6 1/4 Uhr.

## Windhuf-Rehoboth abgelehnt!

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Donnerstag die Debatte über die Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn von Windhuf nach Rehoboth fortgesetzt und mit einer Erklärung des Reichs-Schatzsekretärs v. Stengel eingeleitet: Er betonte, der Regierung habe jede Absicht gefehlt, in die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages einzugreifen; darum habe ja auch der Reichslandtag nicht gezeugert, die geforderte Indemnität zu erbiten; wenn die Regierung anerkannt habe, daß sie gefehlt habe, so habe sie geglaubt, dann umso mehr darauf bauen zu dürfen, daß die Budgetkommission fernerhin bei den einzelnen Positionen nur noch die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit prüfen werde. Wenn sie freilich zu der Ansicht komme, daß einzelne Ausgaben nicht zweckmäßig oder notwendig gewesen seien, dann würde ihr niemand das Recht streitig machen, die Genehmigung zu versagen. Andererseits aber dürfe die Genehmigung nicht versagt werden, falls die Verrechnung der von dem Militär als absolut dringlich bezeichneten Ausgaben erwiesen sei. Die Einhaltung der etatsrechtlichen Vorschriften sei nicht immer leicht, vollends in Zeiten eines Kolonialkrieges. Da solle man der Kolonialabteilung mildernde Umstände bewilligen. Sie habe das beste gewollt und in der Tat durch den Vertrag mit der Diavi-Gesellschaft gegen die Vorschläge des General v. Trotha mehrere Millionen erspart. Wenn Fehler gemacht seien, so seien sie doch nicht unentbehrlich. Abg. Müller-Sagan stellte gegen diese Plaidoyer auf mißverständliche Umstände fest, daß die empfohlene Maßnahme schon in weitgehendem Maße geübt worden sei. Es habe den Anschein, als ob man die kriegerischen Verwicklungen in Südwestafrika benützt habe, um allerdings Forderungen in den Etat hineinzulanzieren, die man sonst nie durchsetzen könne: das Kolonialamt habe den Reichstag vor vollendete Tatsachen stellen wollen. Es habe nicht einmal die notwendigen Unterlagen zu einer sachlichen Prüfung seiner Forderungen dem Reichstage vorgelegt.

Abg. Dr. Sadelum beklagte, daß man alle Vorwürfe gegen die ganz hilflose Kolonialabteilung richten müsse, während sich vor allem verantwortliche Reichslandtagler nach wie vor aus der Schuklinie halte. Wenn schon der Kolonialdirektor keinen Widerspruch gegen die verfassungswidrigen Positionen dieses Nachtrags-Etats gewagt habe, so sei doppelt beklagenswert, daß es auch der Schatzsekretär daran habe fehlen lassen. Man habe dem Herrn v. Stengel eine größere Energie zugestanden und geglaubt, das Schakamt bestimme in ihm einen sorgameren Leiter als den nonchalant wirkenden früheren Staatssekretär. In dieser Hoffnung sehe man sich schwer getäuscht. Der Antrag, nur die Zweckmäßigkeit der an sich verfassungswidrigen Ausgaben zu prüfen, könne der Reichstag nicht folgen. Bedauerlich sei, daß aus den Reihen der Abgeordneten, durch Dr. Arndt, der Kolonialverwaltung der Rat gegeben worden sei, lieber gleich mit den Arbeiten selbst zu beginnen. Das sei geradezu eine Anreizung zu widerrechtlichen Maßnahmen.

General Sirt von Armin erachtete den sofortigen Bau einer Feldbahn auf der geplanten Linie für notwendig. Abg. Dr. Spahn erklärte, daß die Kommission nicht darüber hinwegkommen könne, daß eine offensichtliche Verletzung des Etatsrechts vorliege. Dabei fehle jeder Nachweis für die Notwendigkeit der Bahn überdies noch. Der Kolonialdirektor habe

selbst offenbar keine klare Vorstellung davon, was notwendig oder nicht notwendig sei. Kolonialdirektor Stübel wies noch einmal darauf hin, daß für ihn nur militärische Gründe maßgebend seien; etwa Mitte Februar werde das Material über die Trasierung vorliegen. Die Abg. Latmann und v. Richthofen sprachen sich für die Genehmigung der Forderung aus. Abg. Müller-Sagan wandte sich scharf gegen Latmann, der gestern radikale Anträge gestellt habe und heute bewilligen wolle. Wenn die „militärischen Gesichtspunkte“ ungeprüft maßgebend sein sollten, dann könne Trotha ja noch 25 Eisenbahnen telegraphisch bestellen. Abg. Singer nagelte den Widerspruch in den Erklärungen Stengels und Stübels fest: der eine gestehe Fehler zu, der andere bestreite sie. Der Reichstag müsse seine Rechte selbst wahren. Deshalb solle man auch die Aktion nicht dadurch abschwächen, daß man Bewilligung an einer anderen Stelle des Etats verpfeche. Sonst bleibe ja die berühmte, von der Kommission bestellte Indemnität eine bloße Färberei; die Regierung stehe ja heute noch auf dem Standpunkte, daß sie die Bitte eigentlich gar nicht nötig gehabt habe. Welchen Einfluß eine geringe Verzögerung der Vorarbeiten auf den Zustand hätte ausüben sollen, sei ganz unverständlich.

Es entspann sich sodann eine längere juristische Auseinandersetzung über die Rechtskraft des ohne Genehmigung des Reichstages abgeschlossenen Vertrages mit der Firma Koppel. Abg. v. Richthofen behauptete die Rechtskraft unter Berufung auf den Professor Arndt, Abg. v. Sagan bestritt sie unter Berufung auf Laband. Staatssekretär v. Stengel legte dar, daß der Vertrag rechtskräftig sei; werde das Geld nicht bewilligt, dann müßten die verantwortlichen Beamten bezahlen. Abg. Paasche war eine Zeit lang schwankend geworden, als der Staatssekretär um Entschuldigung bat; aber Stübels Erklärung habe ihn in der Absicht befestigt, die Position abzulehnen. An „anderer Stelle“ könne man nach besserer Begründung ja immer noch bewilligen. Kolonialdirektor Stübel suchte einen Gegenfug zwischen Erklärungen und denen des Schatzsekretärs zu bestreiten. Auch er habe nicht bestritten, daß Fehler gemacht worden seien und schließe sich der Bitte um Entschuldigung an. (Abg. Singer: „Schwanken Sie nun wieder, Herr Kollege Paasche?“) Nachdem Abg. Spahn verlangt hatte, daß in Verträge der Regierung mit Privaten eine Klausel zur Wahrung der Rechte des Parlaments eingefügt werde, und nachdem sich Abg. Arndt in persönlicher Bemerkung gegen die Vorwürfe des Abg. Sadelum verteidigt hatte, wurde die Forderung der Regierung gegen die sechs Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und des Antisemitismus abgelehnt.

### Unterstützung der Farmer.

Zur Hilfeleistung aus Anlaß von Verlusten infolge des Eingeborenen-Aufstandes werden 5 Millionen Mark gefordert. Im Vorjahre war die Reichstagsmehrheit der Ansicht, daß man hauptsächlich mit Darlehen vorgehen solle. In einer Denkschrift der Kolonialverwaltung wird dargelegt, daß die Gewährung von Darlehen nicht zweckmäßig sei und zu großen Mißständen führe. Daher schlug der Referent Prinz Trenberg vor, von Darlehensgewährung abzusehen und in der Regel Beiträge à fonds perdu zu geben. Von Mitgliedern des Zentrums ist beantragt worden, Entschädigungen nur an solche zu geben, die nachgewiesenermaßen keine Mitschuld am Aufstande tragen; ferner soll der Betrag auf 3 Millionen Mark herabgesetzt werden. Der Referent wies ebenfalls darauf hin, daß offenbar sehr aus dem Vollen geschöpft werden solle.

Der Korreferent Abg. Paasche trat für die Regierungsforderung ein, zumal da nach neueren Meldungen auch im Bezirk Gibeon ein Schaden von vier Millionen entstanden sei. Abg. Erzbberger bestritt prinzipiell die Verpflichtung des Reiches zur Entschädigung. Da jetzt von neuen Anmeldungen die Rede, so könne man am besten wohl die Entscheidung überhaupt vertagen. Es sei auch nicht zu übersehen, daß die Farmer selbst vielfach Schuld getragen haben an dem Aufstand. Abg. v. Richthofen war für fünf Millionen, und zwar aus politischen Gründen, um überhaupt die Kolonien lebensfähig zu halten. Der Kolonialdirektor Dr. Stübel erklärte, nachdrücklich für volle Entschädigung eintreten zu wollen. Dafür sprächen auch politische Erwägungen, denn ohne Entschädigungen könne sich das Schuggebiet nicht wieder hocharbeiten. Abg. Dr. Spahn legte dar, daß die ausstehenden Forderungen der Regierung gar kein Ende absehen ließen. Darauf könne man nicht eingehen; man müsse akuten Notständen abhelfen, aber die Entschädigungsfrage selbst zurückstellen. Er forderte die Vorlegung des Briefes von Samuel Maberero an den Gouverneur Neukwini; den müsse man zur Beurteilung der Schuldfrage kennen. Abg. Graf Oriola trat für die Forderungen der Regierung ein, obgleich eine Entschädigungspflicht natürlich nicht festzustellen sei.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

## Partei-Nachrichten.

Eine Wahlkreis-Konferenz für Ebing-Marienburg fand am 15. Januar cr. in Ebing im Gewerkschaftshause statt. Anwesend waren 24 Delegierte, darunter 18 vom flachen Lande, und der Kandidat des Kreises, Genosse Crispian-Königsberg.

Die Tagesordnung lautete:

1. Junker und Landarbeiter. Referent: Crispian.
2. Wie erobern wir den Wahlkreis? Referent: Schröder-Ebing.
3. Die Presse.

Es wurde eine Kommission gewählt, die einen Organisationsplan ausarbeiten wird, der einer zweiten Konferenz unterbreitet werden soll. Die Verhandlungen boten ein erfreuliches Bild des Wachstums der Sozialdemokratie, der auf die Dauer selbst der stärkste Bauernschädel nicht widerstehen kann, auch im finsternen Ostelbien.

Bei einer Ergänzungswahl für das Gemeindefolgeium in Fürth stellten Freisinnige, Liberale und Demokraten gemeinschaftlich einen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten auf. Trotzdem aber siegte der Sozialdemokrat mit 310 Stimmen, während die Bürgerlichen nur 188 Stimmen erhielten. Bei der Hauptwahl im November 1902 gingen Sozialdemokraten und Demokraten noch zusammen und brachten es in diesem Bezirk auf 237 Stimmen. Die Liberalen erhielten damals 200 Stimmen. Von 42 Mitgliedern des Gemeindefolgeiums sind jetzt 14 Sozialdemokraten.

Unsere Genossen im Kanton St. Gallen haben in ihrem Kampfe um die Losreißung von der „Demokratischen und Arbeiterpartei“ von der Dauer-Klitzung mit den Ultramontanen einen Erfolg errungen. Die am Sonntag in Rorschach stattgefundenen Delegiertenversammlung des Kantonalverbandes der St. Gallischen Christl. und Arbeitervereine hat auf Antrag unserer Genossen nach erregten Debatten beschlossen, eine kantonale sozialdemokratische Partei zu gründen, d. h. den jetzigen Verband in eine solche umzuwandeln und der schweizerischen sozialdemokratischen Partei sich anzuschließen. Gleichzeitig wurde eine Kommission von 11 Mitgliedern zur Ausarbeitung eines neuen kantonalen Parteiprogramms bestellt und der Vorort von St. Gallen nach Rorschach verlegt. Nach einem weiteren Beschlusse soll die neue Partei auch die „reformsozialistische Richtung“, mit anderen Worten die Demokraten mit umfassen und zur demokratischen Partei wie bisher ein Allianzverhältnis unterhalten.

Die demokratische Presse freut sich denn auch über diese Beschlüsse, die scheinbar alles beim alten belassen und sie freut sich ferner über die „ruhigen und besonnenen Leute“, aus denen der neue Vorstand und die Programm-Kommission besteht, die für eine kluge und besonnene politische Führung alle Gewähr bieten“. Alle diese Vorgänge erinnern fast an die Verhandlungen auf dem Nürnbergervereinigungstag von 1908 und sie werden auch zu den gleichen Erfolgen führen. Der Stein ist einmal ins Rollen gekommen und es wird und muß trotz aller Mäandern zu einer reinen sozialdemokratischen Arbeiterpartei kommen. Dazu wird das neue und eigene Organ der Genossen in St. Gallen, der „Vorboten“, sein tüchtig Teil beitragen.



# Die Stellungnahme der russischen Sozialdemokratie zu den anderen revolutionären und Oppositionsparteien.

Wir haben, als wir die Mitteilung über die Pariser Konferenz einiger revolutionärer und oppositioneller Organisationen Russlands brachten, unserem Bedauern Ausdruck verliehen, daß der größte Teil der sozialistischen Parteien sich geweigert hatte, teilzunehmen an dieser gemeinsamen Besprechung der politischen Situation in Russland und der Aufgaben, die sich aus ihr für die politischen Parteien ergeben. In demselben Sinne wie wir hat sich auch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ ausgesprochen.

Die „Iskra“ antwortet uns und der „Arbeiter-Zeitung“ gleichzeitig in ihrer neuesten Nummer, wir müssen aber sagen, daß wir durch die Antwort unseres russischen Vorkämpfers in unserer bisherigen Stellungnahme zu der fraglichen Angelegenheit nur noch mehr bestätigt worden sind.

Zunächst findet es die „Iskra“ befremdlich, daß die westeuropäischen Genossen den russischen Sozialdemokraten raten, hinter den anderen revolutionären und oppositionellen Parteien nicht zurückzubleiben, sie meint, wir würden besser tun, wenn wir den anderen Elementen den Rat gäben, die russische Sozialdemokratie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Der gegen uns erhobene Vorwurf, daß wir uns nicht an die „anderen Elemente“ mit den erforderlichen Ratsschlägen wenden, trifft nicht zu. Auf welche Weise können im gegenwärtigen Kampfe gegen den Absolutismus die radikal-bürgerlichen und die sozialistischen Elemente einander gegenseitig unterstützen? Dadurch, daß alle mit Aufgebot der jeweiligen Richtung zu Gebote stehenden Kräfte von der Regierung die sofortige Einberufung einer auf demokratischer Grundlage beruhenden Konstituante fordern. Und, soweit wir auf die gegenwärtige Situation in Russland zu sprechen kamen, haben wir nicht aufgehört, die Mahnung, in diesem Sinne zu handeln, an alle fortschrittlichen — sozialistischen wie auch bürgerlich-radikalen — Elemente in Russland zu richten. Die Abweichung der bürgerlichen Elemente von dieser Forderung ist von uns stets als schädliche Schwächlichkeit gebührend markiert worden. Und gerade weil wir eine möglichst weitgehende Vereinigung der bürgerlichen Elemente von sozialdemokratischer Seite wünschen, bedauern wir es, daß die meisten sozialistischen Parteien eine Gelegenheit dazu, wie sie ihnen durch die Pariser Konferenz geboten wurde, unbemüht gelassen haben.

Die „Iskra“ mißt der Konferenz keine Bedeutung bei, indem sie behauptet, diese habe eigentlich doch gar nichts geleistet, die Sozialdemokraten hätten, ohne nach Paris zu fahren, es bereits früher gewußt und ausgeprochen, daß der Absolutismus beseitigt und allen Nationalitäten das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet werden müsse. Allerdings waren auch wir nicht der Ansicht, daß die Sozialdemokraten zu dem Zwecke der Konferenz beizutreten sollten, um sich dort Vernehmung zu holen über die demokratischen Kampfziele, die von ihnen verfolgt werden sollen. Vielmehr hielten wir diese Zusammenkunft um deswillen für erwünscht, weil der Sozialdemokratie Gelegenheit geboten wurde, darauf hinzuwirken, daß auch das von den bürgerlichen Elementen zu befolgende Programm möglichst scharf und klar sei. Und wenn die Konferenz sich für das allgemeine Wahlrecht und das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten ausgesprochen hat, so sehen wir darin allerdings einen Fortschritt, und zwar um deswillen, weil hier die leitenden Elemente der bürgerlichen Bewegung veranlaßt worden sind, sich für ein radikales politisches Programm, und die national-litischen Elemente — gegen den Nationalitätenhaß und für ein gemeinsames Auftreten verschiedener Nationalitäten auszusprechen. In der Tat ist hier ein gutes Stück Erziehungsarbeit an den bürgerlichen Elementen vollzogen worden. Wir glauben aber, daß es noch größer gewesen wäre, wenn sämtliche sozialistischen Parteien sich an ihm beteiligt hätten. Wir nehmen zum Beispiel an, daß in diesem Falle als nächstes Ziel für alle Parteien ausdrücklich die Agitation für Einberufung einer konstitutionellen Versammlung auf Grundlage des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts aufgestellt worden wäre; diesen praktischen Hinweis vermüßten wir jetzt zu unserem Bedauern in der Deklaration der Konferenz.

Diese Agitation ist aber, wie wir schon wiederholt betont haben, das Programm, das zurzeit sämtliche Gegner des Absolutismus zu gemeinsamem Vorgehen verbinden könnte. Der Einwand des Jüdischen Arbeiterbundes, eine Beratung seiner Delegierten mit den auf der Konferenz vertretenen Parteien sei dadurch als unangebracht erwiesen worden, daß die Konferenz sich nicht ausdrücklich für Erämpfung einer republikanischen Regierungsform als Minimalprogramm ausgesprochen hat, können wir auch nicht als stichhaltig anerkennen. Die Einberufung einer Konstituante auf demokratischer Grundlage kann sehr wohl von allen Gegnern des Selbstherrschertums gemeinsam angefordert werden — von entschiedenen Republikanern und solchen, die bereit sind, auch mit einer konstitutionellen Monarchie vorlieb zu nehmen, falls nicht mehr erreicht werden kann. Hat man es einmal so weit gebracht, daß die Wahlen zur konstituierenden Versammlung angeordnet sind, dann wird von unserer Seite selbstverständlich für die Wahl von Sozialisten, das heißt Vertretern einer republikanischen Regierungsform agitiert werden.

Die „Iskra“ sucht des ferneren die Zwecklosigkeit ihrer Teilnahme an der Konferenz nachzuweisen, indem sie sagt, es seien auf ihre keine praktischen Weisungen darüber gegeben worden, auf welche Weise die Vertreter verschiedener Gesellschaftsklassen im gegenwärtigen Stande zusammengehen könnten. Zunächst bemerken wir darauf, daß die Konferenz darüber doch gewisse Weisungen gegeben zu haben scheint — in der Deklaration ist wenigstens gesagt, es seien gemeinsame praktische Schritte vereinbart worden, nur sei deren Bestimmung nicht angebracht. Aus dem letzteren Grunde sind wir nicht in der Lage, diese Beschlüsse einer näheren Prüfung zu unterziehen. Da sich ein planmäßiges Zusammenwirken der verschiedenen Gesellschaftselemente in allen Teilen Russlands in dem bisherigen Gang der Bewegung in der Tat nicht erkennen läßt, neigen wir allerdings zu der Ansicht, daß die praktischen Beschlüsse der Konferenz wohl zu allgemein gehalten waren, um die Ereignisse in Russland auf die Dauer wesentlich zu beeinflussen. Wenn jedoch die Konferenz es nicht fertig gebracht hätte, ein rationales gemeinsames Aktionsprogramm aufzustellen, so ist damit erst recht bewiesen, daß die russischen Sozialdemokraten durch ihr Fernbleiben einen bedauerlichen Fehler begangen haben. Unseres Erachtens war es gerade Aufgabe der Sozialdemokratie, bei Beginn der gegenwärtigen Krise des Absolutismus — und ist sie es auch jetzt noch — dem radikalen Bürgertum Weisungen zu geben für ein möglichst entschiedenes und energisches Vorgehen gegen den Absolutismus, und zwar ein solches Vorgehen, das dadurch eine gleichzeitig einsetzende Arbeiteraktion um so wirkungsvoller wird.

Wenn die „Iskra“ fragt, wie es überhaupt möglich sei, daß Vertreter verschiedener Klassen sich verbinden könnten, ohne anzuhören, das zu sein, was sie sind, so scheint sie dabei doch das von ihr selbst zitierte berühmte Märchenwort vergessen zu haben, daß im Kampfe gegen den Absolutismus Vertreter der Arbeiterklasse und des Bürgertums zusammengehen müssen. Die „Iskra“ erklärt ein solches Zusammengehen der Vertreter verschiedener Gesellschaftsklassen für eine sehr schwierige Aufgabe. Die Schwierigkeiten verkennen wir nicht, die russische Sozialdemokratie wird aber nicht umhin können, zu ihrer Lösung beizutragen. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß selbst aus den bisherigen Erfahrungen der Bewegung in Russland sich mancherlei Fingerzeige für ein gemeinsames Vorgehen aller Gegner des Absolutismus ergeben — so glauben wir z. B., daß mit Massenunterschriften der Vertreter aller Gesellschaftsklassen einschließend der Industrie-Arbeiter verschiedene einheitliche Resolutionen, die zu wiederholten Malen beschlossen und ein jedes Mal in schärferen Formen gefaßt werden können, zunächst ein gutes Mittel zur Sammlung und Rührung aller entschiedenen Gegner der absolutistischen Regierungsform wären; ein zweites Mittel wäre zum Beispiel eine Erhebung wichtiger Forderungen im

Staat- und Volksleben durch planmäßig durchgeführte Streiks — die russische Studentenbewegung hat ja gezeigt, in welche gewaltige Erregung das ganze Land selbst durch planlos geführte Studentenstreiks versetzt worden ist. Um wieviel gewaltiger wäre gewiß die agitatorische Bedeutung von planmäßig, mit moralischer Unterstützung des gesamten Bürgertums eingeleiteter politischer Massenstreiks gewisser Schichten der „Intelligenten“ und der „Industrie-Arbeiter“ zugleich. Wir haben bloß ein paar Beispiele von möglichem Zusammenwirken der verschiedenen Gesellschaftsklassen Russlands in dem gegenwärtigen Moment herausgegriffen, es giebt gewiß auch noch mehrere andere Möglichkeiten eines solchen Zusammenwirkens, das ja auch schon in der Tat in einzelnen Fällen stattgefunden hat. Wir glauben, daß sich beim guten Willen dazu ein solches Zusammengehen auch zu einer wahrhaft großen Aktion gestalten läßt.

Um nun zur Frage der Beteiligung unserer Genossen an Konferenzen mit den Vertretern bürgerlich-radikaler Richtungen zurückzukommen, wollen wir noch einem Einwand begegnen, der von russischen Sozialdemokraten dagegen gemacht wird. Eine Beeinflussung der Politik der Liberalen, sagen sie, geschieht durch unsere Presse, die unaufhörlich die Halbheit der Liberalen geißelt, auch können wir ihnen unsere praktischen Vorschläge in der Presse machen. Eine persönliche Zusammenkunft mit ihnen erübrigt sich also. Darauf ist zu erwidern, daß es in so bewegten Momenten Entscheidungen giebt, über die eine öffentliche Besprechung ungewöhnlich ist, auch kann die Einwirkung auf die praktischen Entschlüsse der anderen durch persönliche Besprechung erheblich schneller erfolgen, als durch Einfluß vermittelt der Presse, und das ist auch ein Moment von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wir glauben daher, daß, wenn man eine entscheidende, gewaltige von allen Gegnern des Absolutismus betriebene Aktion gegen den Absolutismus durchführen will, sich vertrauliche gemeinsame Besprechungen zwischen Vertretern der verschiedenen Richtungen nicht umgehen lassen werden. Verwirft man solche Besprechungen grundsätzlich, so verzichtet man von vornherein auf die Einleitung und planmäßige Durchführung einer großzügigen gemeinsamen Aktion.

Im letzten Teil ihrer Antwort bemerkt die „Iskra“ ausdrücklich, die Bereitwilligkeit, „gemeinsam mit den anderen Parteien gegen den Absolutismus zu kämpfen“, sei ihr ja gar nicht fremd. Dieses Bekenntnis freut uns außerordentlich. — Wir möchten aber hoffen, daß die russische Sozialdemokratie nunmehr auch ihrerseits kein Mittel unterläßt, um möglichst schnell alle revolutionären und oppositionellen Kräfte zu einem gemeinsamen planmäßigen Vorgehen gegen den Absolutismus zusammenzufassen.

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit den Ergebnissen der vom Reichstage beschlossenen Erhebungen über Protesteinstellungen gegen die Wahl des Abg. Drejski im Wahlkreis Thorn-Rulm-Brlesien, Regierungsbezirk Marienwerder. Es hat sich als erwiesen herausgestellt, daß einige Neutenempfänger als Arbeitsfähige Unterstützung in Naturalien vom Gutsbesitzer Nawra erhielten, aber deshalb wahlberechtigt waren. Ferner ist erwiesen, daß im Wahlbezirk Wittmannwalde die Wählerliste veripäet angelegt wurde, aber es waren in die Liste alle Wahlberechtigten des Dries eingetragen, so daß keiner des Wahlrechts verlustig ging. Dieser Fall wurde daher als unerheblich erachtet. Ein Wähler hat auf den Namen eines anderen Wählers die Stimme abgegeben und ist dafür mit 2 1/2 Monat Gefängnis bestraft worden. Außerdem haben zwei Ausländer, ein noch nicht 25-jähriger, ferner für einen Wähler ein Unermittelter gewählt, endlich kamen die Stimmen von zwei Wählern in Veracht, die in Driesen gewählt hatten, obgleich sie nicht dort wohnten, so daß im ganzen sieben Stimmen der Majorität Drejskis abgezogen wurden, wodurch seine Majorität, die nach dem ersten Kommissionsbericht auf 14 700 zusammengeschmolzen war, gegenüber 14 702 Stimmen seines Gegners Grahmann, völlig wegfiel.

Falls dies dem Plenum für die Ungültigkeitserklärung der Wahl Drejskis nicht genügt, erörterte die Kommission noch zwei Vorkommnisse, die durch die Erhebungen noch nicht klar genug gestellt sind. In Driesen haben sechs Maurer gewählt, die durch Anmeldung seitens des Maurermeisters Rauna in die Wählerliste aufgenommen waren, von denen aber nicht feststeht, ob sie in Driesen wohnten. Prinzipiell war sich die Kommission einig darüber, daß für Wanderarbeiter behufs Wahlberechtigung ein Wohnort für die Zeit ihrer Arbeitsdauer an dem Wahlorte insofern erforderlich ist, als die Arbeiter an dem Arbeitsort, wenn auch nur vorübergehend, nützlich sind. Das ist hinsichtlich jener Maurer noch nicht festgestellt. Weiter ist in Ujez gegen § 12, Absatz 3 des Wahlreglements verstoßen worden, insofern, als für den mit dem Wahlvorsteher zugleich abwesenden Protokollführer ein Stellvertreter anscheinend nicht ernannt worden. Bestätigt sich das, müßte der ganze Wahlakt für ungültig erklärt werden. Hier erhielt Drejski 30, Grahmann 19 Stimmen. Für beide Fälle soll eventuell eine Nacherhebung im Plenum beantragt werden.

In der folgenden Sitzung stellte die Kommission nachträglich fest, daß bei der Wahlhandlung in Ujez (Ujez) gegen § 12 Abs. 3 des Wahlreglements verstoßen wurde, denn der Wahlvorsteher und der Protokollführer waren längere Zeit gleichzeitig abwesend. Der ganze Wahlakt wird deshalb von der Kommission für ungültig erklärt. Dadurch kommen für Drejski 30 Stimmen, für Grahmann 19 in Abzug. Ferner werden noch die sechs Stimmen jener Maurer Drejski in Abzug gebracht, die, wie nach genauerer Information sich nunmehr unzweifelhaft herausgestellt hat, in Driesen nicht wahlberechtigt waren. Nach diesen Ergebnissen erklärt die Kommission einstimmig die Wahl Drejskis, Wahlkreis Thorn-Rulm, für ungültig.

Ferner beschäftigte sich die Kommission mit der Wahl des Abg. Raub (Reichspartei), Wahlkreis Mecklenburg-Strelitz, gegen die ein Predigtamtscandidat Albrecht Protest eingereicht hatte. Der Protest wurde als unsachlich und unerheblich unberücksichtigt gelassen, die Wahl daher als gültig erklärt.

Bei der Wahl des Abg. Krause (kons.), Wahlkreis Memel-Geletz wurden bei der Hauptwahl Stimmen: Konservativ 4710, Sozialdemokraten 4333, Litauer 4048, Freisinn 3108; bei der Stichwahl: Konservativ 3209, Sozialdemokraten 6028. Gegen die Wahl liegt ein Protest der Liberalen vor, in dem behauptet wird, der Landrat Graus in Memel habe amtliche Wahlbeeinflussung getrieben. Aus den Akten geht hervor, daß der Landrat mit dem Regierungsassessor Bachmann an einer vertraulichen Besprechung der Konservativen im Viktorienhotel zu Memel teilnahm und dort Herrn Krause als den der Regierung genehmigten Kandidaten bezeichnete. Diesen Anspruch bestätigte der Landrat am 16. Juni, dem Wahltag in einem mit seinem vollen Amtstitel unterzeichneten Inseerat im „Memeler Dampfboot“. Der Referent erachtete die amtliche Beeinflussung durch diesen letzteren Akt als erwiesen und beantragte demgemäß, die Wahl Krauses seitens der Kommission für ungültig zu erklären, während der Korreferent die betreffende öffentliche Erklärung des Landrats als eine notgedrungenen Erwidrerung auf Äußerungen des liberalen Kandidaten bezeichnet und darum für Gültigkeit der Wahl eintritt. In der Sitzung vom Donnerstag wurde die Entscheidung verjagt.

Zur Prüfung gelangt dann die Wahl des Abg. Lesche (Soz.), Wahlkreis Herzogtum Lauenburg, Reg.-Bezirk Schleswig. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Lesche 4148, Graf Bernstorff (Sp.) 3193, Dr. Wagner (lib.) 3000; bei der Stichwahl Lesche 5341, Graf Bernstorff 4573. Von liberaler Seite war Protest gegen die Wahl eingebracht, weil infolge amtlicher Beeinflussung Bernstorff statt Wagner in der Stichwahl gelangt sei, wiewohl letzterer Aussicht gehabt habe, in der Stichwahl zu siegen. Der Protest behauptet, der Landrat v. Bülow sei mit dem Kandidaten, Graf Bernstorff, wochenlang in nahezu allen konservativen Versammlungen gewesen, habe mit am Vorstandstisch gesessen, ohne

indef, als Redner aufgetreten zu sein. Ferner seien aus dem Wagen, in dem der Landrat mit Bernstorff fuhr, Wahlflugblätter und Stimmentzettel ausgeteilt worden. Auch seien unter Einwirkung von Amtsvorstehern den Liberalen viele Säle zu Versammlungen verweigert worden. Alle diese Behauptungen waren ohne bestimmte Angaben gemacht worden, weshalb die Kommission ablehnte, Erhebungen zu beantragen und noch eingehender Beratung beschloß, die Gültigkeit der Wahl Lesches beim Plenum zu beantragen.

Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit mehreren Petitionen, welche aus Strahburg und anderen Städten des Elsaß eingegangen sind und welche eine Abänderung der Bestimmungen fordern, welche für die in Elsaß-Lothringen auf Grund des § 55 des Gesetzes betreffend die Gewerbe-gerichte fortbestehenden alten Gewerbegerichte noch gelten.

Das in den Reichslanden geltende, noch aus der französischen Zeit stammende Gesetz bestimmt nicht, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf. Da infolge dessen häufig Unternehmer den Vorsitz im Gewerbegericht führen, wodurch eine unparteiische Behandlung der Streitfragen angezweifelt werden könne, fordern die Petenten diesbezüglich Einführung der für die im übrigen Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen auch für die elsaß-lothringischen Gewerbegerichte.

Weiter wird gefordert: Aufhebung der Bestimmung, wonach die Beteiligung an den dortigen Gewerbegerichts-Wahlverfahren erst nach dreijährigem Wohnort im Bezirke des betreffenden Gewerbegerichts zulässig ist.

Endlich verlangen die Petenten, daß die Bestimmung des deutschen Gewerbegerichts-Gesetzes, wonach das Gewerbegericht bei Streiks und Ausperrungen als Einigungsamt angerufen werden kann, auch auf die elsaß-lothringischen Gewerbegerichte ausgedehnt werde. — Die Petitionskommission beschloß, diese Petitionen dem Reichstagskanzler zur Erörterung zu überweisen.

Eine Petition betreffend Verringerung des Systems der Frankierung der Briefsendungen durch Einführung automatischer Vorrichtungen an den Briefkästen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Provinzial-Bienenzüchterverein zu Posen petitioniert um Erlass eines Spezialgesetzes über den Verkehr mit Honig. Unter dem Namen „Honig“ soll nur das unverfälschte Produkt der Biene zum Verkauf zugelassen werden. Alle anderen Arten von Honig sollen als „Kunsthonig“ deklarieren und auch äußerlich durch Zusatz eines Farbstoffes als solcher kenntlich gemacht werden. Bei der Veratung wurde hervorgehoben, daß es der Chemie bis heute noch nicht gelungen sei, durch analytische Untersuchungen genau zu beweisen, ob bei Honig-Fälschungen vorliegen oder nicht. Die Verletzung des Kunsthonigs, der doch ein Nahrungsmittel sei, durch Fälschung, fand lebhaften Widerspruch. — Es wurde beschlossen, die Petition dem Reichstagskanzler zur Erörterung zu überweisen.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition des Stadtrates zu Pilsch (Elsaß), betreffend Herstellung einer Bahn-Verbindung zwischen Pilsch und Pirmasens.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Januar 1905, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr mit einem ehrlichen Nachruf für den vorgestern verstorbenen langjährigen früheren Stadtverordneten Bergmann; die Versammlung hört die Worte des Vorsitzers stehend an und delegiert zum Begräbnis als ihre Vertreter die Stadtv. Buchow und Lemp.

Auf dem Schlachthofe soll ein Schweine stall nebst Kr am händlerhaus und Wafferturm erbaut werden; der vorläufige Kostenanschlag beläuft sich auf 430 000 M. Stadt. Staff (N. L.) bemängelt die wenig glückliche Fassade des Bauentwurfs; mit einem hierauf bezüglichen von ihm beantragten Vorbehalt gelangt die Vorlage zur Annahme.

Die projektierte städtische Technische Mittelschule soll auf dem Grundstück Müllerstr. 146 ihren Platz finden; der Magistrat legt das Organisationsprogramm und die Baukosten samt Kostenanschlag vor.

Stadtv. Grünbel (Soz.): Wir werden der Vorlage zustimmen. Sollte von anderer Seite Ausbühlerung beantragt werden, so würden wir uns einem solchen Antrage anschließen.

Stadtv. Dinsie (N. L.): Notwendig sei, daß die Einsetzung des Kuratoriums für diese Anstalt so schnell wie möglich erfolge, damit dasselbe von Anfang an schon bei dem Bau der Schule mitwirkend in Tätigkeit treten könne.

Mit einem entsprechenden Zusatz wird darauf die Vorlage angenommen.

Auf dem Schlachtfelde vor Großbeeren soll ein Denkstein

auf Kosten der Stadt Berlin errichtet werden. Der Denkstein ist als eine Pyramide von 7 Meter Höhe und 5 1/2 Meter Breite projektiert; an der Vorderseite soll die Inschrift angebracht werden: „Zur Erinnerung an die heldige Schlacht von Großbeeren am 23. August 1813.“ Die Kosten werden auf 11 800 M. veranschlagt.

Stadtv. Berl (N. L.) beantragt, dieser Inschrift die Worte hinzuzufügen: „Die Stadt Berlin“. Wenn Berlin einmal einen pour le mérite verdienen wolle, so könne man ohne Ruhmredigkeit und ohne der historischen Wahrheit zu nahe zu treten, diesen Zusatz machen.

Die Vorlage gelangt mit diesem Zusatz zur Annahme. Der Magistrat beantragt bei der Versammlung die Zustimmung zur Errichtung einer Reihe von Bauhilfsstellen auf den

Rieselfeldern;

auch soll mit der Anfuhr der Baumaterialien schon im Laufe des Winters begonnen werden können, wenn dadurch vor dem 1. April 1905 keine Kosten in Rechnung gestellt werden.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Ohne Diskussion genehmigt die Versammlung die Vorschläge des Magistrats betreffs Einstellung neuer und erhöhter Zuwendungen an Vereine usw. in den Etat für 1905.

Behufs Untersuchung der Verunreinigung der

öffentlichen Wasserläufe

durch die Notauslässe der Kanalisation soll auf Anregung des Polizeipräsidenten die Aufstellung von drei selbstregistrierenden Doppelpegeln auf den Pumpstationen der Radialsysteme I, II und III und von acht einfachen selbstregistrierenden Pegeln auf den anderen Pumpstationen, ferner die Aufstellung eines selbstregistrierenden Doppelpegels, verbunden mit dem Einbau zweier Meßkammern im Notausfluß in der Bohlenstraße, endlich der Einbau einer Tauchplatte bei der Abzweigung des Notauslasses in der Chausseestraße, Ecke Viejenstraße, erfolgen und der Kostenbetrag von 31 400 M. in den nächsten Etat eingestellt werden. Auf Antrag Fritsch (N. L.) wird für die Vorlage ein Ausschuss eingesetzt.

Es folgt die Berichterstattung über die Vorlage betr. die Zentralausstattung der

Heimstätten in Buch,

wofür 131 150 M. gefordert wurden. Schon in der ersten Lesung war beantragt worden, daß zahlreiche gewöhnliche Gebrauchsgegenstände nach besonderen Zeichnungen gefertigt werden sollten und daß der Aufschlagspreis von 48 M. für eine Kopfhärmatrake zu niedrig sei.

Der Referent des betreffenden Ausschusses Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) führt aus, daß es sich nicht um Zeichnungen, sondern um einfache Skizzen handle, die die Möbel nicht vertieren, daß ferner die Matratzen in den bündischen Zimmern hergestellt werden sollen. Ein Ausschussmitglied habe sich außerdem gegen die großen Liegehallen mit Entschiedenheit gewendet, weil sie die Ansteckungsgefahr



Reizgen und es muß richtig sei, alle Schwindkranken, gleich viel ob im Anfangs- oder im vorgeschrittenen Stadium, in größeren Sälen zusammenzuliegen; auch sei ein Bett und ein Liegestuhl für jeden Kranken gar nicht nötig und hier Gelegenheit zu Ersparnissen vorhanden. Dem wurde entgegengehalten, daß die Bedeutung der Liegestühle für die Bekämpfung der Tuberkulose in ärztlichen Kreisen rückwärts anerkannt werde. Nach der Auffassung der sachverständigen Ärzte habe eine Lungenheilung ohne Freiluftbehandlung keinen Zweck. Die Ansteckungsgefahr sei auch deshalb ziemlich ausgeschlossen, weil die Liegestühle genügend weit von einander abständen und auch jedem Kranken ein Spritzfläschchen gegeben werde, in das er zu spülen verpflichtet sei. Schwere Lungenkranke würden in die Anstalt nicht aufgenommen. Der Ausschuß sei hiernach über die geäußerten Bedenken und Ausstellungen hinweggegangen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme, ebenso der Vorwurf und die Spezialfächer Entwürfe zum Neubau der

**Anstalt für Hospitaliten**  
In Buch, mehrere Kostenaufschläge für den Neubau der III. Irrenanstalt in Buch und die Vorlage wegen Errichtung einer Zentral-Dispensieranstalt in Buch.

Die Vorlage wegen Aenderung der Flusslinien für einen Teil der Senefelderstraße und wegen Hebung von Flusslinien für drei neue Straßen auf dem Gelände zwischen Frenzlauer Allee, Danzigerstraße, Dunder- und Stargarderstraße wird mit einem vom Stadtv. Rat (H. L.) beantragten Zuschlag angenommen.  
Schluß 7 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

**Erhöhung der Kohlenpreise in Hamburg.** Die am Kohlenhandel beteiligten Firmen in Hamburg, Altona und Wandsb. erlassen eine Bekanntmachung, wonach sie wegen der Feiertage in England und Schottland, die ein Stilllegen sämtlicher Zechen für eine Woche im Gefolge hatten, ferner wegen der anhaltenden schweren Stürme, des plötzlich einsetzenden Frostwinters und des Generalausstandes der westfälischen Kohlengruben-Arbeiter gezwungen sind, die Preise für Kohlen um 0,60 Mark, für Gasgünder um 0,40 Mark für den Doppel-Sekstolter, für Brech-Koks und Anthrazitkohlen um 0,40 Mark für 100 Kilogramm zu erhöhen.

**Warenhaussteuer.** Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser hat der Regierung und dem preussischen Landtage eine Eingabe, sowie eine Denkschrift gegen die Erhöhung der preussischen Warenhaussteuer eingereicht. Es wird darin ausgeführt, daß eine weitere Erhöhung der Warenhaussteuer den mannigfachen und schwersten Bedenken verwaltschaftlicher, steuerlicher, rechtlicher und volkswirtschaftlicher Art unterliege. Infolge der Herabsetzung der Steuergrenze von 400 000 auf 300 000 M. würden zahlreiche mittlere Betriebe des Mittelstandes, die man doch gerade durch die Umsatzsteuer schützen wolle, unter die Steuer fallen, und die Erhöhung der nach der Zahl der geführten Warengruppen und der Höhe des Umsatzes bis auf 5 Prozent steigenden Steuer, unter Streichung des § 5 des geltenden Warenhaussteuer-Gesetzes, der bei geringeren Erträgen die Herabsetzung der Steuer bis auf die Hälfte gestattet, würde eine Verfünschung der Steuer gegenüber der jetzigen Höhe bedeuten. Eine solche völlig prohibitiv wirkende Steuer hat aber die preussische Regierung seinerzeit bei der Einbringung und Beratung des Warenhaussteuer-Gesetzes für unzulässig erklärt, und sie hat das Zustandekommen des Gesetzes von der Beibehaltung des § 5 abhängig gemacht.

**Der rheinisch-westfälische Eisenmarkt im letzten Quartal.** Nach dem von der Fachzeitung „Stahl und Eisen“ jenen veröffentlichten Vierteljahrsbericht hat die Unruhe, die im dritten Vierteljahr auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt herrschte, auch während der Monate Oktober, November und Dezember 1904 angehalten, wobei namentlich der Umstand eine entscheidende Rolle spielte, daß die Fortdauer mehrerer großer Verbände durchaus im ungewissen lag. Die leichte Besserung der Marktlage zum Schluß der Periode wird auf günstige Berichte aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgeführt.

Die etwas verstärkten Abfragen in Sichel- und Heisen haben, wie das Blatt anführt, angehalten, dagegen ist in den übrigen Rohisenarten eine Zunahme nicht zu verzeichnen. Für das Jahr 1903 sind große Mengen Sichel- und Heisen verkauft, während Abschlüsse in Puddel- und Stahlisen vorläufig nur für das erste Vierteljahr, für Thomas-Heisen für das erste Halbjahr getätigt worden sind. Die Preise sind nicht verändert. Am Ende des Vierteljahres kam ein Verkauf von 15 000 Tonnen Spiegeleisen nach den Vereinigten Staaten von Amerika zustande. Die geschäftliche Lage des Stahlwerks-Verbandes gestaltete sich wie folgt: In Halbzug bewegte sich die Verkaufstätigkeit für das Inland im großen und ganzen in normalen Grenzen. Die Preise blieben unverändert. Für die Ausfuhr machte sich in Belgien der Wettbewerb Frankreichs noch immer sehr fühlbar. Dagegen trat der Wettbewerb Amerikas in Großbritannien nicht mehr so scharf hervor, da sich der amerikanische Markt aufnahmefähiger erwies. Infolgedessen war es möglich, in England die Halbzugspreise wiederholt zu erhöhen. Der Versand in Halbzug betrug vom 1. März bis 1. Dezember 1 212 317 Tonnen; davon entfielen 73,25 Proz. auf das Inland und 26,75 Proz. auf das Ausland.

In Eisenbahnmaterial blieb der Inlandsbedarf befriedigend, und besonders die bedeutenden Staatsaufträge sicherten den Verbänden genügend Arbeit bis über das Ende des Jahres hinaus. An Eisenbahn-Oberbaumaterial wurden vom 1. März bis 1. Dezember 1 628 308 Tonnen versandt, davon kamen auf das Inland 75,06 Proz., auf das Ausland 24,94 Proz. Die Nachfrage in Form-eisen war auch während des letzten Vierteljahres hinreichend, wenn auch selbstverständlich durch die zu Ende gegangene Bauzeit der bisherigen Weg an Formeisen nachließ, wie das stets gegen Ende des Jahres der Fall ist. Das Auslandgeschäft bewegte sich in engeren Grenzen als im Vorjahr. Der Versand an Formeisen betrug vom 1. März bis 1. Dezember auf 1 232 758 Tonnen, wovon 76,07 Proz. auf das Inland und 23,93 Proz. auf das Ausland entfielen. In den Monaten September, Oktober und November 1904 betrug der Versand in:

	Halbzug	Eisenbahnmaterial	Form-eisen	zusammen
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
September	144 953	85 490	121 880	352 323
Oktober	141 629	121 507	89 545	352 681
November	131 565	131 185	82 261	345 011
Insgesamt	418 147	338 182	303 676	1 060 005

Der Gesamtversand vom 1. März bis 1. Dezember betrug 3 483 632 Tonnen. Davon entfielen auf das Inland 2 007 175 Tonnen, auf das Ausland 876 457 Tonnen.

Im ganzen läßt sich also das Jahr 1904 für die rheinisch-westfälische Eisenindustrie etwas günstiger ab, als es im Herbst den Anschein hatte; vornehmlich hat die Konsumtionsfähigkeit des Inlandsmarktes zugenommen, doch bleibt der Bedarf noch immer beträchtlich hinter den in den letzten Jahren außerordentlich gesteigerten Leistungsfähigkeit zurück.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat, nachdem jetzt die Streitigkeiten zwischen ihr und der Cunard-Linie endgültig beigelegt sind, zu einer weiteren Erhöhung ihrer Zwischen- und Fahrpreise für den Verkehr zwischen Hamburg und Nordamerika gegriffen. Es betragen fortan diese Preise von Hamburg oder Cherbourg nach New York mit dem Schnelldampfer „Deutschland“ 180 M., von Hamburg oder Boulogne nach New York mit den Postdampfern „Rolf“, „Blücher“ und „Hamburg“ 160 M. und von Hamburg oder Boulogne nach New York mit den Postdampfern „Graf Waldersee“, „Patricia“, „Pennsylvania“, „Victoria“, „Batavia“, „Belgradia“ und „Bulgaria“ 140 M. Die Fahrt von New York ist, wie immer, etwas billiger. Bis auf weiteres gelten folgende Fahrpreise: von New York nach Hamburg mit dem Schnelldampfer „Deutschland“ 164 M., mit den Postdampfern „Rolf“, „Blücher“ und „Hamburg“, sowie mit den übrigen oben genannten Postdampfern 130 M.

Die hohen Einnahmen der Gesellschaft im letzten Jahre scheinen den Appetit ihrer Verwaltung recht angeregt zu haben.

## Gewerkschaftliches.

### Sehtausend Mark

auf einen Hieb hat gestern der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission den streikenden Bergarbeitern akonto überwiesen. Damit haben die Sammlungen für den Nietenkampf im Ruhrrevier einen vielversprechenden Anfang genommen. In nächster Zeit dürften auch einzelne Gewerkschaften mit der Bewilligung größerer Summen folgen.

In fast allen Gewerkschaftsorganen wird nun auch, teils redaktionell, teils offiziell, von Vorstandswegen zur Sammlung aufgefordert, nachdem der Metallarbeiter-Verband damit vorgegangen war. Die Zahl der Werkstätten und Fabriken, in denen regelmäßige Beiträge beschloßen wurden, ist eine so große, daß ihre Einzelausführung unmöglich erscheint. So hat es den Anschein, als wenn der Nietenkampf an der Ruhr in noch höherem Maße als seinerzeit die Gruniberg-Auslieferung die deutsche Arbeiterkraft zur Votivgabe der Solidarität wachruft.

Das ist ein vielleicht unerwarteter, jedenfalls ungewollter und ungern gesehener Erfolg der Gruniberg-Auslieferung an der Ruhr!

### Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsaufnahme der Fischer, die noch von der Aussperrung her außer Arbeit waren, ist wieder erheblich fortgeschritten. Schon unmittelbar nach der Versammlung am Mittwoch ist in verschiedenen Betrieben eine Verständigung erzielt worden, in deren Folge dann am Donnerstag früh die Arbeit aufgenommen wurde. In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung der Schlichtungskommission wurden eine erhebliche Zahl der noch übrig gebliebenen Differenzen nach den Bestimmungen des Vertrages erledigt, und die betreffenden Arbeiter und Arbeitgeber angewiesen, das Arbeitsverhältnis den Entscheidungen der Schlichtungskommission gemäß wieder zu beginnen. Die Differenzen bei Blauenburg u. Schnabel, wo schon früher neue Muster in Lohn angefertigt wurden, hat die Schlichtungskommission im wesentlichen den Auffassungen der Arbeiter gemäß erledigt. So dürften im Laufe des heutigen Tages die Differenzen in vielen Betrieben endgültig erledigt und die Arbeit daselbst aufgenommen worden sein.

### An die Arbeiterkassen Charlottenburgs!

Unterzeichneter richtet hierdurch das dringende Ersuchen an die organisierten Arbeiter Charlottenburgs, sich an der Versammlung für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier recht rege zu beteiligen. Die Listen hierfür sind bei Paul Schulze, Friedbergstr. 24, Gartenhaus III, zu haben. Ueber die abgelieferten Gelder erfolgt Quittung durch den „Vorwärts“. Mit Gruß  
Der Ausschuß  
der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

### Deutsches Reich.

Der Streik der Fischer, Drechsler und Polierer in der Aktien-Werkzeugfabrik zu Wartz in Pommern dauert nun bereits vier und einen halben Monat. In dieser ganzen langen Zeit ist von den am Streik Beteiligten noch nicht ein einziger abtrünnig geworden. Freilich sind die Verhältnisse in der Fabrik, die jetzt mit in Summa 15 Arbeitwilligen arbeitet, auch derart lächerlich, daß die Unterjüngung beziehenden Ausständigen mehr mit Mitleid als mit anderen Gefühlen auf die paar unglückseligen Arbeitwilligen blicken können. Die Fabrikleitung hatte damit gerechnet, daß die Streikenden am 1. Januar nicht die fällige Miete aufräumen könnten. Diese Hoffnung wurde jedoch nicht erfüllt. Jedem der Streikenden wurde beim Jahreswechsel ein Mietzuschuß von 31 M. verabreicht. — Jaguz von Holzgerbelen muß von Wartz ferngehalten werden.

Der Bergarbeiterstreik in den Gruben des Zentralschloßes Ragnis im Neuroder Gebiet dauert fort. Eine in Ragnisdorf abgehaltene Versammlung der Streikenden beschloß nach einem und zugegangenen Privattelegramm mit 911 gegen eine Stimme die Fortsetzung des Streiks.

### Ausland.

Der Konditorstreik in Stockholm dauert bei den Firmen, die der Vereinigung der Konditoreibesitzer angehören, noch immer fort. Ende voriger Woche ist zwischen den Vertretern beider Parteien zwar ein Vergleichsvorschlag zustande gekommen, dieser ist jedoch von der Versammlung der Arbeitgeber-Organisation abgelehnt worden. Hinsichtlich der Arbeiter, und zwar diejenigen, die als Delegierte ihrer Organisation mit den Vertretern der Streikenden verhandelt hatten, erklärten darauf ihren Austritt. Sie haben jetzt den Vergleichsvorschlag schriftlich anerkannt. Außerdem ist bekanntlich mit fast allen nicht der Vereinigung angehörenden Konditorbesitzern eine Einigung erzielt worden.

## Aus der Frauenbewegung.

Für die Alt-Plätterinnen und Wäscherinnen hatte der Verband der Wäsche- und Kravattenarbeiter am Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach den „Arminhallen“ einberufen. Es handelte sich darum, die Alt-Plätterinnen aufzuklären über die Bedeutung der Erhebungen, welche das Reichs-Statistische Amt zurzeit in diesem Berufszweige veranstaltet. — Die Referentin, Genossin Jherer, begann mit einem Hinweis auf die amtlichen Erhebungen über die Lage der Wäscherinnen. Die Ergebnisse dieser Statistik seien im Bericht über den Streik zu sehen. Die öffentliche Aufmerksamkeit sei dadurch auf die schlechten Verhältnisse in der Wäscheindustrie hingelenkt worden, und infolgedessen seien auch hier und da einige Verbesserungen eingetreten. — Jetzt stehe nun die Aufnahme einer Statistik für den Beruf der Alt-Plätterinnen und Wäscherinnen bevor. Als die Arbeiterinnen dieser Branche im Jahre 1900 eine Lohnbewegung führten, seien ihre äußerst gedrückten Verhältnisse vor dem Gewerbegericht festgestellt worden. Die Lohnbewegung habe den Plätterinnen damals manche Verbesserungen gebracht, aber heute werde von allen, was damals vereinbart wurde, nichts mehr gehalten. — Die amtliche Erhebung der Lohnbewegung gemachten Feststellungen hätten mit dazu beigetragen, daß jetzt eine amtliche Statistik für die Plätterinnen und Wäscherinnen aufgenommen wird. Derselbe erstreckt sich leider nur auf die Feststellung der Arbeitszeit und könne vielfach die Folge haben, daß den Arbeiterinnen dieser Branche eine feststehende Arbeitszeit gesichert werde. In keinem Beruf sei die Arbeitszeit so unregelmäßig, wie in der Plätterei. Während in den ersten Tagen der Woche wenig Arbeit vorhanden sei, werde in den letzten Tagen der Woche, ja die Nacht zu Hälften genommen, um die vorliegenden Arbeiten zu bewältigen. Ganz besonders weit ausgebeutet sei die Arbeitszeit im Sommer, sowie vor den Festtagen. Mithin sei es zu wünschen, daß die Statistik auch auf die Lohnverhältnisse erstrecken würde. Da das leider nicht der Fall sei, so trage die Statistik von vornherein einen einseitigen Charakter. Die Behörde wolle jedenfalls nicht allzu tief in die traurigen Verhältnisse der Plätterinnen und Wäscherinnen eindringen. — Es handele sich also nur um eine Feststellung der Arbeitszeit. Die ausgegebenen Fragebogen erstrecken sich auf die Woche vom 6. bis 11. Februar. Für jede der genannten Tage sei die Arbeitszeit genau anzugeben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, denen Fragebogen zugehen, müßten dieselben gewissenhaft und streng wahrheitsgemäß ausfüllen und sich dabei von keiner Seite beeinflussen lassen. Die Zeit der Erhebung falle in die stille Saison. Es würde sich deshalb empfehlen, wenn bei der Ausfüllung der Fragebogen darauf Rücksicht genommen und durch Angaben in der Rubrik „Besondere Bemerkungen“ darauf hingewiesen werde, daß im Sommer und vor den Festen eine längere Arbeitszeit üblich ist und daß sich die Arbeit am Schluß der Woche regelmäßig dadurch häuft, daß die Hausfrauen ihre Plättwäsche, die am Sonntag gebraucht werden soll, erst gegen Schluß der Woche in die Plätterei bringen. — Die Re-

ferentin ging den Fragebogen in einzelnen Fällen und ersuchte die Beteiligten nochmals zur wahrheitsgemäßen Ausfüllung derselben. Da nur zuverlässige und richtige Angaben zu einer Regelung der Arbeitszeit führen können, was sowohl im Interesse der Arbeiter wie der Arbeitgeber liege. —

Die Diskussion bot Gelegenheit zur Besprechung verschiedener Fälle, welche zeigen, daß in den Plättereien namentlich des Sonnabends bis tief in die Nacht hinein, ja, entgegen den bestehenden Bestimmungen, sogar bis nach Mitternacht gearbeitet wird. — Was die Ausfüllung der Fragebogen betrifft, so wird der Verband Auskunftsstellen errichten, wo den Arbeitern und Arbeiterinnen auf Wunsch Anleitung zur gewissenhaften und sachgemäßen Ausfüllung erteilt wird. Auch auf dem Arbeitsnachweis in der Riederstraße ist man bereit, solche Auskünfte zu erteilen. — Am 6. Februar, dem Tage, wo die Erhebung beginnt, wird wieder eine Versammlung in dieser Angelegenheit abgehalten.

**Lohnbewegung der Herren-Konfektionsarbeiterinnen in Kopenhagen.** Der dänische Schneiderverband hat den für die Herren-Konfektionsarbeiterinnen in Kopenhagen geltenden Tarif auf den 1. Februar gekündigt und der Vereinigung der Herrenkleider-Fabrikanten Vorschläge zu einem neuen Tarifvertrag gemacht. Die Fabrikantenvereinigung lehnte jedoch alle Verhandlungen über einen neuen Tarif mit der Begründung ab, daß eine Erhöhung der Lohnsätze ihnen die Konkurrenz mit dem Auslande unmöglich machen würde. Diese Behauptung steht jedoch mit der Tatsache im Widerspruch, daß mehrere außerhalb der Vereinigung stehende Fabrikanten bereits die geforderten höheren Lohnsätze zahlen. Die Arbeiterinnen wollen sich keineswegs mit der Ablehnung ihrer Forderungen zufriedengeben und werden sich in ihrer in den nächsten Tagen stattfindenden Generalversammlung mit einem Antrag des Verbandsvorstandes, der die Niederlegung der Arbeit bei sämtlichen der Vereinigung angehörenden Firmen vorschlägt, befassen.

Der gewerkschaftliche Frauen-Verein hält am Sonntag, den 22. d. M., im Saale des Herrn Bergmann, Schützenstr. 18/19, abends 8 Uhr, eine Vereinsversammlung ab, in welcher Herr C. Albert Stripp einen Vortrag über „Luthwig Angengruber“, verbunden mit Rezitationen, halten wird. Gäste sind hierzu herzlich willkommen.

## Versammlungen.

**Nixdorf.** Die vierteljährliche Generalversammlung fand am 17. Januar bei Gräpler statt. Genosse Juchacz gab in längerem Referat den Bericht vom preussischen Parteitag. Eingehend besprach er die einzelnen Punkte und illustrierte sie mit treffenden Beispielen. Scharf ging Redner mit der Regierung ins Gericht, die in der Wohnungsfrage nur den Hausagariern Konzeptionen mache, weil sie die Sozialdemokratie bekämpfe, während sie die Schule, d. h. die Volksschule, vollständig der Kirche ausliefern wolle. „Lerne lesen und beten, aber nicht rechnen“, müsse an jeder Volksschule stehen. Der Höhepunkt des Parteitages sei das Kontraktbruch-Gesetz gewesen. Vom Abend der proletarischen Jugend sei das Schulgesetz, aber vom Abend der Landproletarier das Kontraktbruch-Gesetz getragen. Mit dem Antrage Vernunft bei Streikendemonstrationen ist Redner nicht einverstanden, denn dadurch gäbe man den Arbeitgebern Mittel in die Hand, gewalttätig gegen das Volk vorzugehen. Wenn die Sozialdemokratie einmal gezwungen werden sollte, mit Gewalt vorzugehen, dann gäbe es kein Zurück, dann kann hier nichts mehr genommen werden. Nachdem Redner noch die Ursachen des Bergarbeiterstreiks und die Haltung der Regierung hierzu besprochen, schloß er seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich Franke und Straube im Sinne des Referenten aus. Der vom Vorstand gestellte Antrag, in der Expedition einen zweiten Beamten anzustellen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. — Die bekannt gewordenen Vorstandsposten wurden durch folgende Genossen besetzt: 1. Vorsitzender Gustav Heinrichs, Schriftführer Schulze, Kassier Engel. Ausgeschlossen wurde der Genosse Wacker (15. Bezirk) wegen Streikbruchs.

**Zegel.** Am 17. Januar fand bei Robert Schmidt eine sehr gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Wermuth über „Die Ursachen der Weltkrisen“ sprach. Der vorzüglich gehaltene Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Hierauf gab Stodmar als Delegierter den Bericht von der Kreisversammlung, an welchen sich eine rege Diskussion anschloß. — Der Bericht des Kassierers vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 274,31 M. und eine Ausgabe von 140,50 M., darunter ein Posten von 100 M., welcher an den „Kreis“ abgeführt wurde. Der Bestand beträgt mithin 133,81 M. — Der Verein zählt gegenwärtig 178 Mitglieder. Die nun vorgenommene Wahl eines Bezirksleiters für den ersten Bezirk auf Stelle des aus dem Orte vergangenen Genossen Rejner fiel auf Gustav Gehrke. Zu Bibliothekaren wurden gewählt Kuhl als erster und Biener als zweiter. — Das in Anregung gebrachte Winterberggülden verwarf die Versammlung und erklärte sich an Stelle dessen für eine an einem Sonntag abzuhaltende öffentliche Versammlung mit darauffolgender gemütlichen Beisammensein. — Der Vorsitzende Scheidemann machte auf die amtliche Bekanntgabe aufmerksam, nach welcher die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen vom 15. bis 30. Januar im hiesigen Amtsbureau, Zimmer Nr. 4, zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen und zwar nur an den Wochentagen in den Vormittagsstunden. Da die meisten Arbeiter nur mit für sie bedeutenden Verlusten an Arbeitslohn ihr Recht in dieser Angelegenheit wahrnehmen können, ersuchen sich Kodelke, Schlieperstr. 30, und Barbier Ochs, Brunnenstraße 15, für solche Genossen die Listen einzusehen. Zum Schluß wurden noch sechs neu gemeldete Mitglieder in den Wahlverein aufgenommen.

## Vermischtes.

**Der Triumph der Sächseli.** Eine sehr interessante Frage über den „Verkehr eines Arztes mit unter seinem Stande stehenden Personen“ hatte der ärztliche Ehrengerichtshof zu Dresden zu prüfen. Der zu Frankenstein i. S. praktizierende Arzt Dr. Frank war vom ärztlichen Bezirksverein Freiberg zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er schuldig befunden worden war, einen mit einer Krankenkasse geschlossenen Vertrag dem ärztlichen Bezirksverein nicht unterbreitet, ferner einen Kranken unterrichtet zu haben, der bereits von einem anderen Arzte behandelt worden war. Das dritte und schwerste Vergehen aber sollte nach Ansicht des Bezirksvereins darin bestehen, daß Dr. Frank angeblich allzu familiären Verkehr mit tief unter seinem Stande stehenden Personen unterhalten und dadurch das Ansehen des ärztlichen Standes geschädigt haben sollte. (11) Gegen dieses unerhörte Urteil legte der Arzt Berufung bei in Dresdener Ehrengerichtshof ein. Dieser setzte die Laufendmarckstraße auf die Hälste herab. Die Gründe dieses abgeänderten Urteilspruches sind bezeichnend für sächselische Verhältnisse. Sie lauten: „Was den allzu familiären Umgang Dr. Franks mit tief unter seinem Stande stehenden Personen betrifft, so ist nach Ansicht des Ehrengerichtshofes kein Stand unseres Volkes so gering, daß ein vertraulicher Umgang mit ehrenhaften Mitgliedern desselben an sich dem ärztlichen Stande zur Nachre gereichen könnte. Sind doch schließlich aus allen Ständen unseres Volkes auch tüchtige und ehrenwerte Ärzte hervorgegangen. Allerdings kommt es auf die Art und Weise des Umgangs an, und daß er in anständigen Grenzen bleibt. Ob Dr. Frank diese Grenzen immer innegehalten hat, will der Ehrengerichtshof dahingestellt sein lassen.“ Zu bemerken ist, daß Dr. Frank ausschließlich mit redlichen und ehelichen Personen des Arbeiterstandes verkehrte!

Wenn von allen anderen Verbindungen der sächselischen Bourgeoisie auch nichts bekannt wäre — das Vorgehen gegen den Arzt Dr. Frank allein machte es erklärlich, daß mit zwei Ausnahmen alle sächselischen Reichstagswahlkreise durch Sozialdemokraten vertreten sind.







mehreren Fällen ähnlicher Erpressungen schuldig gemacht hatte. So stellt sich u. a. heraus, daß er einen Herrn in Weimar nach und nach um mehr als 1000 M. gepreßt hatte. Beschlagnahme wurde bei dem Verhafteten ein Notizbuch, das ein für die Kriminalbehörden wertvolles Material enthielt; es waren darin Namen von „Gönnern“ und Abschriften von Telegrammen, die diese an R. gerichtet haben, enthalten. Innerhalb weniger Wochen ist dies der dritte Fall schamloser Erpressung, der in Berlin bekannt geworden ist. Der jetzt verhaftete Kehlhorn gehört ebenso wie der kürzlich festgenommene Handlungsgeselle Frey zu jenen Gestalten, die auf der Straße ihr schamloses Gewerbe zu Erpressungen ausnützen.

Zu dem Mord in Moabit wird mitgeteilt, daß jetzt festgestellt ist, wo der verhaftete Arbeiter Tischner die Weinleider, die er nach dem Mord trug, gekauft hat. Der Verkäufer ist ein Kleiderhändler in Moabit. Er weiß aber nicht mehr, ob er sie vor oder nach dem Mord verkauft hat.

**Aufgeklärt ist der Selbstmord an der Kaiser Wilhelm-Brücke,** aber den wir berichteten. Der Mann, der sich dort in die See stürzte und trotz der Rettungsversuche der Schiffer ertrank, ist festgestellt als ein 28 Jahre alter Hausdiener Albert Koediger, der seit 7 Jahren verheiratet und Vater von 3 Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren war. Koediger hatte sich am Sonntag mit seiner Frau geschlagen. Diese verließ ihn darauf und ging mit den Kindern zu ihrer Mutter. Der Mann blieb nun von der Arbeit weg, lief in der Stadt umher und sprang endlich ins Wasser.

**Im Obdach in der Fröbelstraße** gestorben ist ein Mann, der sich kurz vorher bei dem Kuffischer krank gemeldet und als Louis Brandt, 48 Jahre alt, bezeichnet hatte. Näheres ließ sich über die Person des Toten noch nicht ermitteln. Man weiß daher auch nicht, ob und wo er etwa Angehörige hinterlassen hat.

Die Berlin besuchenden Ausländer kommen besonders aus Rußland und Oesterreich, sowie aus Amerika, in zweiter Linie aus England, Frankreich und den übrigen Ländern Europas. Die Erweiterung der Fremdenkontrollen Berlins durch Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit wurde erst im Juni vorigen Jahres eingeführt, doch schon jetzt ist die Betrachtung der einzelnen Monate, von Juni bis Dezember 1904, sehr reich genug. Der Höhepunkt liegt, wie für den Berliner Fremdenverkehr überhaupt, so im besonderen auch für den Zustrom von Ausländern in den Sommermonaten. Für die Russen wurde er schon im Juli, für die Oesterreicher erst im August erreicht; aus Rußland kamen im Juli 7551 Fremde, aus Oesterreich im August 4035. Auch aus Amerika brachte bereits der Juli die meisten Besucher: 2918. Dagegen entfiel von den Gästen aus England erst auf den September, von denen aus Frankreich sogar erst auf den Oktober die höchste Zahl, 1136 und 924. Der Besuch aus den übrigen Ländern war fast ausnahmslos im August am stärksten. Zum Herbst und Winter hin trat überall eine starke Abwärtsbewegung auf, die nur im Dezember vereinzelt unterbrochen wurde. Aus Rußland trafen im November nur noch 2322 Besucher ein, aber im Dezember schickte es wieder 2420 hierher. Aus Oesterreich kamen im Dezember nur noch 1512 Gäste, aus Amerika nur 610, aus England 821, aus Frankreich 514 usw. Der Unterschied gegen den Hochsommer war am stärksten für Amerika, von wo im Dezember nicht viel mehr als ein Fünftel der auf den Juli entfallenden Besucherzahl nach Berlin kam.

Eine folgenschwere Benzineexplosion hat gestern Abend gegen 8 Uhr in dem Hause Großgörschenstr. 36 stattgefunden. Dort betreibt in der 4. Etage des Seitenflügels der Unternehmer Gloria eine Handschuh-Wäscherei, und hat hierbei die 23jährige Marie Grünach sowie die 26jährige Minna Kalle beschäftigt. Gestern Abend waren die beiden Mädchen in der Küche beim Reinigen von Glacehandschuhen tätig und hatten zu diesem Zweck eine Wäschschüssel mit Benzin angefüllt. Neben dem Behälter stand eine angezündete Küchenlampe, deren Docht zu hoch geschraubt war. Die Ausdünstungen der Lampe vermischt sich nun, da die Fenster geschlossen waren, mit den Gasen des Benzins, und plötzlich ertönte eine gewaltige Detonation. Die Mädchen wurden zu Boden geschleudert und brannten lichterloh. Hilfesüchtig eilten sie nach dem Treppenturm, wo die Flammen durch herbeieilende Nachbarn erstickt wurden. Die 8. ertitt schwere Brandwunden an Händen und im Gesicht und mußte durch die Feuerwehr nach dem Elisabeth-Krankenhaus überführt werden. Mit welcher furchtbaren Gewalt die Explosion erfolgt ist, geht daraus hervor, daß sowohl die Küchendecke als auch das darüberliegende Dach buchstäblich hinweggerissen wurde. Die Feuerwehr war längere Zeit mit dem Löschen des Brandes und den Aufschäumungsarbeiten beschäftigt.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Donnerstag wurde die Wehr nach der Poliklinikstr. 9 gerufen, weil hier in einem Keller Feuer ausgebrochen war. Der erste Löschzug hatte kurze Zeit Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. — Zwei weitere Kellerbrände mußten dann in der Weberstr. 19 und in der Triftstr. 3 abgelöscht werden. In beiden Fällen wurde im wesentlichen allerlei Gerümpel, alter Hausrat und Verpackungsmaterial eingeklärt. — Abends gegen 5 Uhr entstand in der Jerusalemstr. 1 im dritten Stock in einer Wohnung durch die Explosion einer Petroleumlampe Feuer, das Deden und Möbel ergriff, aber vom 18. Löschzuge mit Leichtigkeit unterdrückt werden konnte. — Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Obenburgerstr. 8, Köpenickerstr. 21 und noch aus einigen anderen Orten Alarmierungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen nur um ganz geringfügige Anlässe.

**Der Kronprinz aus dem Wagen gefallen.** Aus Potsdam wird berichtet: „Als der Kronprinz Donnerstag vormittag um 11 Uhr mit seinem Dogcart, das er selbst lenkte, die Charlottenstraße am Wasserplatz passierte, stürzte das Pferd und fiel. Der Kronprinz und der Kutscher fielen infolge des Sturzes aus dem Wagen nach vorn heraus, ohne irgend welchen Schaden zu nehmen. Der Kronprinz erhob sich sofort, das Geschirr wurde wieder in Stand gebracht und heiter bestieg Se. Kaiserliche Hoheit wieder den Wagen und setzte die Fahrt fort.“

**Krania.** Die gemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Abendvorträge über die Gebiete der Physik, Chemie, Biologie, Astronomie und anderes haben begonnen. Da die Einschaltorten zur Sommerabendvortragreihe über „sichtbare und unsichtbare Strahlen“ vergreifen sind, hat sich Herr Dr. Donath bereit erklärt, an jedem Montag der Woche den Vortrag des vorangegangenen Sonntags noch einmal zu wiederholen. Karten zu diesem Zyklus sind für die Einzelvorträge desbesonderen auf der Kaffe des Instituts Laubenstr. 48/49 erhältlich. Die elektrotechnischen Übungen beginnen am 31. d. Mis.

**Freie Hochschule Berlin.** Herr Dozent G. Driesmanns beginnt heute, Freitag, abends 8 Uhr, im Zimmer 109 des Rathauses seinen Vortragszyklus über „Urgeschichte der Kultur“. — Am Sonnabendabend beginnen folgende Dozenten ihre Vorträge: 1. Dr. Steiner über „Schiller und unser Zeitalter“, 2. Dr. Maurenbrecher über „Soziale und politische Wandlungen in Deutschland von der Reformation bis zur französischen Revolution“, 3. Dr. Apel über „Einführung in die höhere Mathematik“. Diese drei Sonntagsabende finden im Köllnischen Gymnasium (Nussstr. 2/3) statt.

**Theater.** Das Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) bringt am Sonntag Abend das Lustspiel „Das grobe Hemd“ von C. Karlowits in neuer Einstudierung. Die Hauptrollen werden, wie folgt, besetzt sein: Schöllhofer: Max Patzegg, Max: Bernhard Herrmann, Franzl: Elisabeth Witzmann, Wendelin: Leopold Thurner, Frau Wendelin: Agnes Werner, Rudolf: Arthur Hellmer, Christine Sinker: Annie Wlaha, Walter: Franz Rosau. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) wird am Sonntag Abend zum erstenmal „Fuhrmann Henschel“ von Gerhart Hauptmann gegeben. — Im Carl-Weiß-Theater findet heute die erste Aufführung des in Offizierskreisen spielenden fünfaktigen Schauspiels „Geld und Name“ von Nina Menke statt. — Im National-Theater kommt die nächste Wiederholung der Oper „Die Zauberflöte“ am Sonntag Abend katifinden, da Herr

Melms noch nicht hergestellt ist, und Herr Spies aus Braunschweig am dortigen Hoftheater beschäftigt ist. Montag gastiert Franceschina Prebost als Leonore im „Tronbadour“. — Im Lustspielhaus wird Sonnabend nachmittag 3 1/2 Uhr „Das böse Prinzeßchen“ gegeben.

## Aus den Nachbarorten.

### Wilmerdorf.

Das Klassenwahlrecht tritt besonders groß in der jetzt im Rathaus zu Wilmerdorf ausliegenden Liste zu den Gemeindevahlen hervor. Es sind darin im ganzen 8200 Wähler verzeichnet, 1208 mehr als im Vorjahre. Auf die erste Klasse kommen 241 Wähler, auf die zweite Klasse 1375 und auf die dritte Klasse 6644 Wähler. Die Zahl der Wähler der ersten Klasse hat sich um 94, die der zweiten um 208 und die der dritten Klasse um 853 Wähler vermehrt. Der höchste von einem Ortsbewohner entrichtete Steuerbetrag beträgt 33 250 M. Die dritte Klasse beginnt mit dem Satz von 293,00 M. und endet, da in unserem Ort 90 Proz. Einkommensteuer erhoben werden, mit 3,00 M. Veräume niemand die Einsicht in die Wählerliste.

### Steglich.

Die Verleihung des Stadtrechts dürfte für unser Dorf noch auf lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Nachdem auf entsprechende Eingaben sowohl der Landrat wie der Regierungspräsident sich ablehnend verhalten haben, ist nunmehr auch vom Minister des Innern auf eine neuerliche Eingabe ein abschläglicher Bescheid eingegangen. Das ministerielle Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Der Antrag der Gemeinde Steglich auf Verleihung städtischer Verfassung vermag ich nicht an Allerhöchster Stelle zu befürworten, weil kein tatsächlicher Anhalt für die Annahme vorliegt, daß die fernere günstige Entwicklung der Gemeinde in naher Zukunft durch Beibehaltung der Landgemeindevorstellung nachteilig beeinflusst werden würde. Um der behaupteten Ueberlastung des Gemeindevorstandes abzuhelfen, bietet die Landgemeindevorstellung in der Anstellung beförderter Schöffen ein geeignetes Mittel dar. Der Wunsch der Gemeinde, durch Annahme der Städte-Ordnung ihr Verhältnis zum Kreise finanziell günstiger zu gestalten, kann für die beantragte Maßregel nicht entscheidend ins Gewicht fallen. In bezug auf das Recht zum Grundwerb stehen Landgemeinden den Städten gleich.“

### Weißensee.

Die Einführung der von der alten Ortsgemeinde gewählten Gemeindevorstellung erfolgte in der ersten diesjährigen Sitzung der Gemeindevertretung zu Weißensee. Die Uebernahme der Kreis-Chaussee (Berlinerstraße) und der Provinzial-Chaussee (Zallenbergerstraße) wurde beschlossen. Die englische Gasgesellschaft, welche hierorts das Monopol für Beleuchtung besitzt, sollte veranlaßt werden, für den alten Ortsteil dieselben Verhältnisse wie in dem neuen zu schaffen, da die Preisdifferenz für Leucht- und Kochgas im Durchschnitt 5 Pf. pro Kubikmeter ausmacht, ebenso die Straßenlaternen anstatt mit Schnittbrennern mit Glühströmpern zu versehen. Dieses will die Gasgesellschaft nur zugestehen, wenn die Gemeinde den für den alten Ortsteil bestehenden Vertrag von 1919 bis 1930 verlängert. Hiergegen sträubte sich aber die Vertretung. Sie will nochmals in Verhandlungen eintreten. — Eine Anzahl Berliner Vororte des Nordens hatte gegen die Verlegung der kaiserlichen Abbederei nach Blankensee protestiert, hier lag ein gleicher Antrag vor, welcher aber abgelehrt wurde. — Zum 1. April ist die Beschaffung von zwei Schulklassen für die Schule in der Zallenbergerstraße dringend notwendig. Zwar ist die Erbauung eines größeren Schulhauses bereits geplant, jedoch ist dieser Plan für spätere Zeiten verschoben und man wollte durch Anschaffung transportabler Baracken diesem Uebelstand abhelfen. Jedoch war die Majorität hierfür nicht zu haben und es sollen einstweilen Mieträume beschafft werden. — Eine längere Debatte rief der Abschluß eines Gebietsteiles an die allgemeine Kanalisation zu Berlin hervor. Der Magistrat zu Berlin hat sich bereit erklärt, den Anschluß an die allgemeine Kanalisation für denjenigen Teil des hiesigen Gemeindebezirks zu gestatten, der in das Radialsystem XI fällt, das ist der Teil des Ortes, welcher von der Berliner Grenze der Zallenbergerstraße über König-Chaussee bis zur Albertinerstraße, dem Neu-Weißenseer Kirchhofe, der Gustav-Koblenstraße und der Prenzlauer Chaussee umschlossen wird. Der Anschluß ist so geplant, daß nicht bloß die Entwässerungen der Straßen und Plätze, sondern auch der einzelnen Grundstücke dieser Fläche den Berliner Kanalisationsleitungen zugeführt werden. Für die Anschlüsse sind die Berliner Vorrichtungen maßgebend. Dem Magistrat steht die Ausführung der Straßenleitungen und der allgemeine Betrieb zu; das Wasser zum Spülen der Leitungen liefert die hiesige Gemeinde, die auch die Reinigung der Straßenkanalies vornimmt. Die Gemeinde soll an Berlin zahlen für jedes laufende Meter der Grundstücks-Strassenfronten, welche durch die verlegten Leitungen angegeschlossen werden können: a) eine einmalige Summe von 70 M., b) einen jährlichen Betrag von 8 M. Die Stadtgemeinde Berlin behält sich das Recht vor, jederzeit von dem Beginn eines Rechnungsjahres ab höhere Sätze zu fordern. Ferner hat die Gemeinde zur Deckung der Kosten und Auslagen, welche der örtlichen Straßenbaupolizei zu Berlin durch die Prüfung der Entwässerungsprojekte usw. entstehen, für jedes angeschlossene Grundstück eine jährliche Entschädigung von 4,50 M. an Berlin zu entrichten. Da nun der in Betracht kommende Ortsteil schon fast vollständig kanalisiert ist, wird beantragt, daß die Gemeinde von der einmaligen Abgabe von 70 M. pro laufendem Meter befreit bleibt, ebenso soll die laufende Jahresabgabe auf den Betrag herabgesetzt werden, der in Berlin üblich ist. Nach längerer Debatte wurde das ganze Material einer neungliedrigen Kommission überwiesen, welche prüfen wird, ob der Vertrag mit Berlin eingegangen werden kann. — Dem Verein Jugend-Fürsorge, der sich zur Aufgabe gemacht hat, unbemittelte Kinder mit warmem Frühstück usw. zu versehen, wurden 200 M. aus Gemeindegeldern überwiesen; 300 M. wurden abgelehnt, da es der Gemeindegeld nicht verträglich.

### Pantow.

Ein unverhofftes Geschenk erhielt die Gemeinde Pantow in Gestalt eines lebensgroßen Bildes Wilhelm II., welches ein junger polnischer Maler mit Namen Ignaz Zepal für das Rathaus stiftete. Da bereits im vorigen Jahre ein Terrainspekulant sich großmütig erboten hat, ein gleiches Bild zu stiften, so ist die Gemeinde in großer Sorge, wo die Fülle des Segens untergebracht werden soll. Die Vorschläge gehen dahin, daß das Bild des Terrainspekulanten den Rathausaal zieren soll, das andere soll der Kalkschule überwiesen werden.

### Rixdorf.

Wenn der Vater mit dem Sohne. Wegen Verleumdung seines früheren Dienstmädchens hatten sich der Schlichtermeister Karl Volkmann in Rixdorf und dessen 19jähriger Sohn Rudolf vor dem Rixdorfer Schöffengericht zu verantworten. Beide Angeklagte müssen die Sache wohl etwas arg getrieben haben, denn die ganze Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und führte zur Verurteilung der Angeklagten. Volkmann sen. erhielt 6 Wochen Gefängnis, sein Sohn kam mit 50 M. Geldstrafe davon.

Ziel Arbeit machte der Kriminalpolizei ein angeleglicher Einbruch bei einem hiesigen Geschäftsmann, wobei letzterem aus einem Wäschekasten 740 Mark gestohlen sein sollten. Die angelegtesten Recherchen ergaben, daß der Einbruch fingiert war, denn der Geschäftsmann war gegen Einbruch versichert und sein Geschäft ging schlecht. Der angeblich Bestohlene blieb jedoch bei seiner Behauptung, daß er bestohlen worden sei und erhielt schließlich von der Versicherungsgesellschaft 60 M. Entschädigung. Als ihm nun von der Kriminalpolizei der zarte Wink gegeben wurde, er werde das Geld wohl nur verlegt haben, kam der „Bestohlene“ am nächsten Tage freudestrahlend zur Polizei und teilte mit, daß sich das Geld zwischen der Wäsche wieder angefundnen und er daher die 60 Mark an die Versicherungsgesellschaft zurückgezahlt habe. Da die An-

gelegenheit der Staatsanwaltschaft unterbreitet worden, kann der „Jertum“ für den Geschäftsmann unter Umständen noch üble Folgen haben.

## Gerichts-Zeitung.

Ein alter Sinder. Eine höchst bedenkliche Kinderfreundschaft hat der 70jährige Zigarettenhändler Michael Cohn besunden, der sich gestern wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme hat der alte Mann zwei kleine Mädchen in seinen Laden gelockt und das ältere dann weggeschickt, um eine kleine Besorgung für ihn zu machen. Als das Mädchen zurückkehrte, trat der Angeklagte mit dem zurückgebliebenen fünfjährigen Kinde hinter einer Gardine hervor und wurde von dem kleinen Mädchen beschuldigt, es auf den Schoß genommen und unzüchtig berührt zu haben. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte bestritt diese Beschuldigung und behauptete, daß er mit dem Kinde nur geschert habe. Sein Verteidiger hatte sich auf den Professor Dr. Koppeln darüber berufen, daß der Angeklagte nicht zurechnungsfähig sei; der Sachverständige konnte den § 51 des Strafgesetzbuchs aber nicht für anwendbar erachten, wenn er auch zugab, daß der Angeklagte ein mindertätiger Mensch ist. Der Gerichtshof verkannte nicht, daß es nicht ohne Bedenken sei, der Aussage eines so kleinen Mädchens zu folgen. Das Gericht hielt aber die Aussage in diesem Falle für durchaus glaubhaft, um so mehr, als sie mit der ganzen Situation, in welcher das ältere Mädchen den Angeklagten und ihre kleine Schwester getroffen und mit den Reigungen des Angeklagten völlig stimmten. Letzterer hatte selbst zugegeben, daß er große „Zuneigung“ zu kleinen Kindern habe und mit diesen gern scherze und spiele. Das Gericht verurteilte den alten Mann zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Die in dem Prozeß des Waffens Kähler mit angeklagten und verurteilten fünf jugendlichen Personen haben in den Geschworenen fürsprecher für ein Gnadengesuch gefunden. Nach Schluß der Sitzung traten die Geschworenen noch einmal zusammen und beschlossen, ein für diese Angeklagten einzureichendes Gnadengesuch zu unterstützen.

Ein Gast- und Schankwirt ist vertragsmäßig seinen Gästen für gefahrlose Einrichtungen seiner Wirtschaft verantwortlich. So hat das Reichsgericht kürzlich nach der „Deutschen Juristen-Zeitung“ in einem Erkenntnis ausgeführt. Ein Gast einer Restauration wollte die im Innern des Gebäudes befindliche Bedürfnisanstalt aufsuchen und geriet dabei wegen fehlender Beleuchtung des Korridors an eine unrichtige Tür, die in den Keller führte. Er kam durch Sturz in den Keller zu Schaden. Der auf Schadenersatz verklagte Gastwirt wandte ein, daß er für den Schaden nach § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht hafte, da er einen Angestellten als geeignete Person zur Verwaltung der Restauration eingesetzt habe. Die Zivilkammer und mit ihr das Reichsgericht hat aber angenommen, daß der Verklagte vertragsmäßig für sichere Einrichtung seines Raumes verantwortlich sei und daher nach § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für seinen Angestellten hafte. Das Reichsgericht hat es aber für angemessen erachtet, den Kläger selbst mit einem Drittel des Schadens zu belassen, weil mitwirkendes Verschulden darin zu erblicken sei, daß der Kläger, ohne Licht zu fordern, in später Stunde, als das elektrische Licht auf dem Korridor schon ausgedreht war, die Bedürfnisanstalt aufgesucht habe.

## Verfammlungen.

Abereis. Die gestrige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Adlerhof wurde von dem überwachenden Beamten aufgelöst. Der Verein hatte, von der Zustimmung des preussischen Polizeiministers Gebrauch machend, Frauen in einem „Segment“ gebildet. Der überwachende Polizeibeamte kannte jedoch das Vereinsgesetz besser als sein hoher Chef und forderte die Entfernung der Frauen. Als dies von dem Vorsitzenden verweigert wurde, löste der Beamte die Versammlung auf. — Am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr soll gegen dieses Verfahren in einer großen öffentlichen Versammlung Protest eingelegt werden.

## Vermischtes.

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe wird aus London gemeldet: Auf der Midlandbahn stießen bei Darfield (Yorkshire) ein Erpresszug, der von Schottland kam, und ein von London kommender Postzug zusammen. Sechs Personen wurden getötet, zwanzig wurden verletzt. Das Unglück wurde dadurch noch vergrößert, daß der Erpresszug von der Londoner Station St. Pancras nach Schottland in die Trümmer der erstgenannten beiden Züge hineinfuhr, daß die Trümmerstücke Feuer fingen und dichter Nebel herrschte.

Aus Hensburg wird gemeldet: Der der Meederei Johannes Sell gehörige Dampfer „Christine Sell“, der sich auf der Fahrt von Neustadt in Holstein nach Grangemouth befand, ist seit acht Tagen überfällig. Das Schiff hat Schagen nicht passiert, und es wird angenommen, daß es im letzten Sturm mit Mann und Maus untergegangen ist.

Drei Arbeiter getötet. Aus Rachen wird berichtet: In der Sodafabrik in Grevenberg wurden gestern Abend durch die Explosion eines Dampfschloßes drei Arbeiter getötet.

Selbstmord eines Amtsgerichtsrats. Wie aus Hirschberg i. Schl. berichtet wird, hat sich der Amtsgerichtsrat Gundrich in Hermsdorf (Schnaß) erschossen. Die Motive der Tat sind unbekannt.

Die Damen der New-Yorker Gesellschaft. Vor dem New-Yorker Gericht begann am Dienstag die Verhandlung in der Klage des besten New-Yorker Gesellschaft angehörigen adligenjährigen Mr. John Platt gegen die farbige Hanna Elias auf Rückerstattung von drei Millionen Mark, die sie von ihm erdreht habe. Hanna Elias behauptet, Platt, zu dem sie Jahre lang in Beziehungen stand, habe ihr das Geld geschenkt.

Sie machte die Bekanntschaft Platts vor neun Jahren in einem Ballsaal und er unterhielt mit ihr Beziehungen, bis er entdeckte, daß sie ein sehr zweifelhafter gefährlicher Charakter war. Sie ließ ihn jedoch nicht so ohne weiteres los und drohte ihm mit der Rache ihres Mannes, von dem sie getrennt lebte, den sie als einen Desperado schilderte. Außerdem drohte sie, ihn vor seiner Familie bloßzustellen. Durch diese Drohungen gefügig gemacht, erfüllte Platt alle ihre Geldforderungen, so daß sie in einem prächtigen Palast mit zahlreicher japanischer Dienerschaft leben konnte. Hanna Elias ist eine auffallende Schönheit, an der nur wenig, vor allen Dingen das Haar, an die Abstammung von Regener erinnert. Sie erschien im Gerichtssaal in hochgelegener Toilette. Als Platt sie erblickte, wurde er fast ohnmächtig. Der Zuschauertraum war gedrängt voll von der besten Gesellschaft New-Yorks, unter der namentlich die Damenwelt stark vertreten war. Die Damen klopften erbittert um einen Platz und rissen einander schonungslos Kleider und Hüte in Fetzen. Platt bot ein Bild des Jammers, als er die Geschichte seiner Erlebnisse mit Hanna Elias zum besten geben mußte. „Ich bin jetzt ohne einen Pfennig“, erklärte er, und besaß nichts weiter als die Sachen, die ich auf dem Leibe trage. Aber ich wollte diese Klage nicht einleiten, ich wurde dazu von dem Nachahpflieger meines verstorbenen Bruders gezwungen.“ Er steht offenbar immer noch unter dem Einfluß der farbigen, die nicht nur ihn, sondern, wie sich bei der Verhandlung herausstellte, auch viele andere Männer völlig in ihrem Bann hatte.



Eingegangene Druckschriften.

Das Arbeiterrecht von Arthur Stadthagen. Komplet in 24 Lieferungen... Kommune Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt.

Preussisch-deutsche Eisenbahnfragen insbesondere die Reform des Personenverkehrs. Von A. Schipper.

Sigung haben Freitag:

Leser- und Diskussions-Klub. 'Johann Jacoby', jeden Freitag nach dem 1. und 15. bei Bunge...

Arbeiter-Kaufmännerverband Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender...

Arbeiter-Kaufmännerverband 'Freiheit'. Geschäftsstelle bei Franz Liebr, Weinstr. 31.

Arbeiter-Turnverein. Turnverein 'Höhe'. Geschäftsstelle Berlin O. 17, Kopenstr. 24 II.

Rudervereine. 'Collegia', Charlottenburg, Restaurant am Ruhbaum, an der Königin-Gräde.

Geheiligte r. Vereine. Ritters- und Wandellernklub 'Heldes Brüder', Brandenburgstr. 80.

Dauhaufstr. 79. 'Gesangverein der Entschieden' bei Grottel, Braun- und Gleimstrassen-Ecke.

Marktpreise von Berlin am 18. Januar. Nach Ermittlungen des Igl. Viehpreis-Büros.

Wasserstand am 18. Januar. Elbe bei Magdeburg + 1,43 Meter, bei Dresden + 1,65 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent. In der Regel nicht. - Nixdorf 59. Für das Verdienst. - R. K., Richterberg.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Aussicht auf Erfolg, umgekehrt hände es mit einer Klage auf Zahlung des ausgerechneten Lohnes. - W. T. 41. Leider ist der Vertrag gültig und wird Sie nicht berechtigt, die Bodenentrichtung...

Witterungsübericht vom 19. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Temp. in F.

Wetterprognose für Freitag, den 20. Januar 1905. Ein wenig kälter, zeitweise neblig, vielfach heiter und trocken bei schwachen östlichen Winden.

Theater. Freitag, 20. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der Roland von Berlin.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau. Im Hörsaal 8 Uhr: Acostylen und andere moderne Lichtarten.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Nachtschl. Sonnabend und Sonntag: Die Neuerwählten.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber v. Windsor. Sonnabend und Sonntag: Der Graf von Charolais.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Die ärztlichen Verwandten. Sonnabend, 1. Rolle: Stützen der Gesellschaft.

Apollo-Theater. 218 Friedrichstr. 218. Täglich: Berliner Luft von Paul Lincke.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die glückliche Gilberte.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp: NEW-YORK.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. internationale Künstlerkonzerte.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

2. großer Metropol-Theater-Ball. Samsouci. Rollschuh-Lor - Stat. der Hochbahn.

Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen. Jed. Dienstag u. Mittwoch: Theater-Abend.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Wallensteins Tod.

Kasino-Theater. Lothringersstraße 67 (Mojenthaler Tor). Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 - 8 Konzerte.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Herkulesspillen.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.

Bockbierfest. Der dumme Max u. der kluge Hans. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag.

W. Noacks Theater. Die Räuber auf Maria Kulm oder: Die Nacht des Glaubens.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Der Familientag.

Bernhard Rose-Theater. Gendarmenbrunn, Bahnhofsstr. 58. Die Gastspiel-Vorstellungen finden in folgenden Stadtliegens statt:

Volksgarten-Theater. (früher Weimann). Freitag, den 20.: Keine Vorstellung.

Otto Pritzkw's Anormitäten-Ausstellung. Mühlstraße 16. Täglich Vorstellung.

Die Riesin Jiona. 485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel. anatomische Wunder. Riesen! Zwerg!



**Zirkus Busch.**  
Die Löwenbrant  
**Miss Claire Heliot**  
**Katharina II.**  
Die beiden Phänomene  
**Sisters Amalia-Léonora**  
und die vorz. Programmmummern.

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
Der bisher unübertroffene lauchstige  
**Herrfeld-Schlager**  
mit seinen fürstlich  
bejubelten Situationen  
**Prinz Levy in Ahlbeck**

Schwanz in 3 Akten mit den Autoren  
in den Hauptrollen.  
**Wagnus Prinz Zebis:**  
**Donat Herrfeld.**  
Dramat., dessen Heldengestalt:  
**Anton Herrfeld.**  
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Urspr. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Urspr. nächtl. Besetzung 5, Sonntag 11 Uhr.  
**Arturo Bernardi,**  
der berühmte italienische Ge-  
werbungs-Künstler.  
**Litke Carlsen.**  
Willy Pragers neues Repertoir,  
14 erstklassige Nummern.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Secu-Palast.  
Neue große Glanz-Vorstellung.  
Auf allgemeines Verlangen!  
**Die Bluthochzeit.**  
Drama in 5 Akten von Adam  
Anfang 8 Uhr. Schlussvorstellung 7 Uhr.  
Kleine Preise!  
Worgen: Das sensationelle  
Januar-Spezialitäten-Programm.  
Dazu: **Ein Allerweltmädel.**  
Carleste m. Gesang u. Tanz v. Braune.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, keine Preise:  
**Die Grille.** Schauspiel in 5 Akten  
von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Vorzüge dieser Annonce zahlen  
wochentags die halben Kassenspreise.

**Skala-Theater.**  
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
**Sensationelles Programm!**  
Humor oder: Nu aber raus!  
Pöke mit Gesang in einem Akt,  
sowie  
**30 Internation. Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Kranken- und Sterbekasse**  
aller gewerbli. Arbeiter für  
**Schöneberg und Berlin.**  
Eingeschr. Hilfskasse No. 115.  
Sonntag, den 29. Januar 1905,  
vormittags 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Lokale des Herrn Ost (Zunne)  
Schöneberg, Weiningerstr. 8.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Jährlicher Rechenbericht.  
3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.  
4. Verschiedene Antragsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Vereinigung der Zimmerer Deutschl.**  
Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, S. I. Aufg. I. Telefon Amt III, Nr. 5028.  
Sonntag, den 22. Januar 1905, vormittags 10 Uhr, in den  
Industriefällen, Bentzstraße 20:

**General-Versammlung**  
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Rechts-  
schuß-Kommission, des Ausschusses, der Rechner-Kommission und des  
Anwaltsbevollmächtigten. 3. Wahl des Gesamt-Vorstandes und der Kommissionen.  
4. Verschiedene Angelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Der Vorstand. S. H.: Albert Juppelshay.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 2.  
Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Schulz,  
Admiralstr. 18c:

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Besprechung über die neu zu erwerbenden Frauen-Sterbekasse.  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung. S. H.: E. Fahrenwald.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Zirkus Schumann**  
Wirklich sensationeller Erfolg  
der groß. Schumannschen Kunsttänze-  
Pantomime  
**Eine Nordlandreise.**  
Im Straßte der Mitternachtsstunde.  
Romisch-phantastische Pantomime in  
7 Akten.  
Entworfen und mit noch nie ge-  
sehener Pracht inszeniert vom Dir.  
Albert Schumann.  
Besonders hervorzuheben: „Christi-  
ania“: **Grosses Eisfest** mit  
„echtem norwegischen Skiläufer“, von  
der höchsten Spitze des Jirktas  
ausgeführt von extra dazu engagierten  
Norwegern.  
Besier: **Vortreffend huma-  
ristisches Programm:**  
Original- **Jan Clermont,** der Ur-  
Clown, komische, fomi-  
sche, mit seinem Parodie-Stilus, sämtliche  
Spezialitäten, Clowns und Auguste  
sowie die vorzüglichsten Programm-  
Nummern.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
Nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei)  
und abends 7 1/2 Uhr.  
Nachm.: **Marocco,** große Aus-  
stattungspant. Abends: **Eine Nord-  
landreise.** In held. Form: Der ur-  
fomiische Jan Clermont.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm

**Tortajada,** span. Tänzerin und  
Sängerin.  
O. K. Sato, komischer Jongleur.  
The Nightons, Kraft-Gladiatoren.  
**Johnstone,** Kunst-Radfahrer.  
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.  
Pas de Fleurs, Blumentanz.  
**Otto Reuter.**  
Os Biere, Zauber-Künstler.  
Johnson u. Dean, Mulatten-Gigolo  
**Alexia,** Pariser Tänzerin.  
The Posters, Luft-Gymnastiker.  
Der Biograph.

**Neues Konzerthaus**  
Grand Hotel Alexanderplatz.  
Inhaber: **Albert Moerner.**  
Heute  
**Gr. Curt Goldmann-Konzert**  
Jeden Abend: Salon-Komiker  
**Oskar Saldow**  
als Doktor Eisenbart.  
**Kinematograph,**  
bunte lebende Bilder.  
Anfang 5 Uhr.  
**Krug zum grünen Kranze.**  
Jeden Abend **Fidelitas.**  
K. Ludeckos humor. Konzerte.  
Meins drei Sätze sind Sonntags  
bis 5 Uhr nachmittags für Ver-  
sammlungen zu vergeben.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner**  
**Sänger.**  
Anfang:  
8 1/2 Uhr.  
7 Uhr.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater.  
Frankfurter-  
Allee 85.  
Der neue Januar-Spielplan.  
**Anny Raaly,** vortz. d. deutsch-franz.  
Konzert-Sängerin.  
Ausgezeichnetes **Lyrika-Duett.**  
**Fatme,** Indische Gauflerin,  
sowie alle übrigen erstklass. Spezialit.  
Anf. nachm. 7 Uhr, Sonntag 4 1/2 Uhr.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungshalle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3359.

**Sonntag, den 22. Januar,**  
vormittags 10 Uhr:

1. Ersatzwahl für den ausscheidenden  
Bureaubeamten Kollegen Scheffler.
2. Wahl von zwei Delegierten zum  
fünften Gewerkschaftskongreß.

Die Wahl wird in folgenden Lokalen vorgenommen:

**Bernhard Rose-Theater,** Badstraße 58,  
**Rabe, Kolberger Salon,** Kolbergerstraße 23,  
**Wernaus Festsäle,** Schwedterstraße 23,  
**Graumanns Festsäle,** Raunynstraße 27,  
**Kumpke,** Bülowstraße 59,  
**Anton Bökers Festsäle,** Weberstraße 17,  
**Kronen-Brauerei,** Alt-Weabit 47/49,  
**Thiel, Rixdorf,** Bergstraße 152,  
**Volkshaus, Charlottenburg,** Rosinenstraße 3,  
**Böhle, Spandau,** Reumeisterstraße 5,  
**Kaufhold, Ober-Schöneweide,** Wilhelmminenhofstraße 18,  
**Tempel, Rummelsburg,** Alt-Borghagen 56.

Jeder Kollege kann nur einmal wählen und erhält zur Kontrolle einen Stempel ins  
Mitgliedsbuch. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Am Eingang zum Saal erhält  
jedes Mitglied zwei Stimmzettel, einen für die Wahl des Beamten und einen für die Wahl  
der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß. Die Wahl dauert von 10 bis 1 Uhr. Später  
werden keine Stimmzettel mehr abgenommen. Das Wahlergebnis wird im „Vorwärts“ ver-  
öffentlicht. Wir ersuchen alle Kollegen, an der Wahl teilzunehmen.

Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15, Saal 1:

## Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer.

Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Bericht  
der Bautenkontrollen. 4. Verbandsangelegenheiten. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Zur besonderen Beachtung!** Zur erleichterten und einfacheren Erledigung unserer  
jeden Wohnungswechsel unverzüglich unter schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen.  
Angabe der Orts- oder Hausnummer. Wichtigkeit machen wir darauf aufmerksam, daß Erfaschbücher für verlorene nur nach genauer  
Angabe der Orts- oder Hausnummer als auch wann und wo der Verlust seinen letzten Beitrag gezahlt hat,  
im Bureau gegen Zahlung von 20 Pf. ausgestellt werden können. Schriftliche Gesuche ohne Ein-  
sendung obiger Angaben und des Betrages werden nicht berücksichtigt. 110/17

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!

Montag, den 23. Januar er., abends 8 Uhr, in „Kellers Festsälen“, Koppenstr. 29:

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Lohnbewegung.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht sämtlicher in der Musikinstrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen,  
in dieser Versammlung zu erscheinen. Zahlreicher Besuch erwartet. 78/7

Die Branchen-Kommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.  
Die Agitations-Kommission des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.  
Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Seite Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei,  
Turmstr. 25-26:

### Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Ver-  
schiedenes. 78/9

Sonntag, den 22. Januar 1905, vorm. 10 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
für **Westen und Südwesten**

bei Habel, Bergmannstraße 5-7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schütte über: „Alexander II. und  
der Nihilismus“. 2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Auch Nichtmitglieder und Frauen haben Zutritt.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

**Achtung! Stock- und Zelluloid-Arbeiter! Achtung!**  
Sonntag, den 22. Januar 1905, abends 5 1/2 Uhr:

### Branchen-Versammlung mit Frauen

bei Feuerstein, Hie Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau M. Tietz. 2. Diskussion. 3. Verschiede-  
nangelegenheiten. 1. Verschiedenes. 78/8

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.**  
Kollegen! Wohlher alle für zahlreichsten Besuch, namentlich der Frauen, zu  
dieser Versammlung, damit wir einmal einen recht vergnüglichen Abend mit  
denselben haben. Die Branchen-Kommission.

**Zentral-Frauen- u. Sterbe-  
kasse der Dachdecker Deutschl.**

„Einigkeit“  
Filiale Berlin.

Sonntag, den 22. Januar er.,  
vormittags 10 Uhr.

Bei Feld, Wein-Str. 11:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom  
4. Quartal 1904. 2. Verschiedenes in  
Stoffenangelegenheiten. Der Vorstand.

37/1

**Achtung! Portefeuille!**  
Schärfenanstalt  
Annunstr. 31 IV empfiehlt  
sich den Kollegen.

**Kranz- u. Blumenbinderei**  
von H. Eckert,  
98. Kottbuser Damm 98. \*

**Tischler-Verein zu Berlin.**

E. H. 89.

Sonntag, den 21. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

**Versammlung.**

Bezahlung der Beiträge. — Ausgabe der Billets zum

**Großen Wiener Maskenball**

am Sonntag, den 28. Januar, im Konzerthaus „Sanssouci“,  
Stollbergstraße 4a. [196/3] Der Vorstand.

**Zungenkranke, Skrofulöse, Blutarme**

und Schwache gebrauchen mit bekanntem Erfolge die

**Lebertran-Kur.**

Medizinal-  
Medizinal-

**Kinder-Lebertran**

Belgolden  
sorgfältig gereinigt und geklärt,  
wird seines milden Geschmacks  
wegen von den Kindern leicht  
genommen und gut vertragen.  
Unerschöpflich gegen Skrofulose,  
Tränen, englische Krankheit,  
Gichtausfälle.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

**Bergener Lebertran**

buntegolden  
findet seiner köstlichen Wirk-  
keit wegen besonders bei Ge-  
schwächten gegen Gicht-, Brust-  
und Lungenleiden, chronischen  
Gichtkrankheiten, Gicht usw.  
erfolgreiche Anwendung.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

**Buchhandlung Vorwärts.**

Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden. 99

Siehe die Erläuterung:  
Protokoll über die Verhandlungen  
des Parteitag der sozialdemokra-  
tischen Partei Deutschlands. Abgehalten  
zu Berlin 28.-31. Dezember 1904.

Inhalt: Der Programm-  
geheimrat. Der Schulgesetz-  
entwurf. Der Beihilfengesetz-  
entwurf. Der Beihilfengesetz-  
entwurf wegen  
Annahme sozialistischer Ver-  
treter. Das Landtags-Wahlrecht.  
Preis 30 Pf.

Ferner empfehlen wir die Protokolle  
der deutschen Parteitage:

**Halle. 1896.** Neu-Organisation;  
Programmrede Liebknecht; Ein-  
ladung zu Streik und Boykott;  
Kübelminderung mit den Un-  
abhängigen. 50 Pf.

**Erfurt. 1891.** Festlegung des  
Programms; Programmänderung;  
Ausschluss der „Unabhängigen“;  
Zustimmung der Partei. 50 Pf.

**Berlin. 1892.** Staatssozialismus;  
Genossenschaftswesen, Boykott, Kon-  
trollmarken. 50 Pf.

**Köln. 1893.** Gewerkschaftsbeweg-  
ung; Antihemismus; Wählrecht  
und Beteiligung an preussischen  
Landtagswahlen. 40 Pf.

**Frankfurt. 1894.** Budgetbewillig-  
ungsfrage in den Landtagen;  
Agrarfrage; Trübs, Ringe und  
Kartelle. 25 Pf.

**Breslau. 1895.** Agrarprogramm;  
Hausindustrie. 30 Pf., gebd. 50 Pf.

**Gotha. 1896.** Frauenagitation;  
Literaturdebate. 30 Pf.

**Hamburg. 1897.** Preuss. Landtags-  
wahlen; Militarismus.  
Preis 35 Pf., gebd. 60 Pf.

**Stuttgart. 1898.** Koalitionsrecht;  
Bergarbeiterfrage; Preuss. Landtags-  
wahlen; Zoll- und Handelspolitik.  
Preis 35 Pf., gebd. 60 Pf.

**Hannover. 1899.** Deutsch-De-  
balle; Justizreform; Militär-  
frage. 30 Pf.

**Mainz. 1900.** Sozialpolitik; Ver-  
kehr- und Handelspolitik; Zustand  
bei den Landtagswahlen; Umfang;  
Bericht über die Frauenkonferenz.  
50 Pf.

**Lübeck. 1901.** Begriffen.

**München. 1902.** Die bevorstehende  
Reichstagswahl; Arbeiterverstehe-  
rung; Kommunalpolitik; Der inter-  
nationale Kongreß 1903. Umfang;  
Bericht über die 2. Frauenkonferenz.  
60 Pf.

**Dresden. 1903.** Taktik der Partei;  
Reichstagswahlen; Vizepräsidenten-  
frage; Die rechtlichen Be-  
ziehungen. 75 Pf., gebd. 1 M.

**Bremen. 1904.** Organisation;  
Kommunalpolitik; Der interna-  
tionale Kongreß zu Kattowice. Um-  
fang; Bericht über die 3. Frauen-  
konferenz. 50 Pf.

Preis 70 Pf., gebd. 1 M.

**Kranken-Unterstützungs- und**

**Begräbnis-Verein der Bau- und**

**gewerblichen Hilfsarbeiter**

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 22. Januar 1905,  
Saugstr. 65.

vormittags 10 Uhr:

**General-Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal 1904.

2. Vorstandswahl. 3. Vereins-Ange-  
legenheiten und Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, zahl-  
reich zu erscheinen. Neue Mitglieder,  
ohne Unterscheid des Berufes, welche  
das 16. Lebensjahr erreicht und das  
45. Lebensjahr noch nicht überschritten  
haben, werden in der Versammlung  
unter den günstigsten Bedingungen  
aufgenommen.

**Gadegast, Vorkämpfer,**  
Bantstr. 24a, born II.

**Achtung! Portefeuille!**  
Schärfenanstalt  
Annunstr. 31 IV empfiehlt  
sich den Kollegen.

**Kranz- u. Blumenbinderei**  
von H. Eckert,  
98. Kottbuser Damm 98. \*

**Tischler-Verein zu Berlin.**

E. H. 89.

Sonntag, den 21. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

**Versammlung.**

Bezahlung der Beiträge. — Ausgabe der Billets zum

**Großen Wiener Maskenball**

am Sonntag, den 28. Januar, im Konzerthaus „Sanssouci“,  
Stollbergstraße 4a. [196/3] Der Vorstand.

**Zungenkranke, Skrofulöse, Blutarme**

und Schwache gebrauchen mit bekanntem Erfolge die

**Lebertran-Kur.**

Medizinal-  
Medizinal-

**Kinder-Lebertran**

Belgolden  
sorgfältig gereinigt und geklärt,  
wird seines milden Geschmacks  
wegen von den Kindern leicht  
genommen und gut vertragen.  
Unerschöpflich gegen Skrofulose,  
Tränen, englische Krankheit,  
Gichtausfälle.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

**Bergener Lebertran**

buntegolden  
findet seiner köstlichen Wirk-  
keit wegen besonders bei Ge-  
schwächten gegen Gicht-, Brust-  
und Lungenleiden, chronischen  
Gichtkrankheiten, Gicht usw.  
erfolgreiche Anwendung.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.

Labertran wirkt blutbildend, säureverneuernd und hebt die Körper-  
kräfte in kurzer Zeit. Man kauft nur trischen Labertran, welcher  
echt 4 Fl. 50 Pf. u. 1.— (3 Fl. 2.75 hier frei Haus) zu haben ist bei  
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr.-Anschlüsse IV. 645 u. 3190.



Der Krieg in Ostasien.

Das Geldentum General Stöffels

Soll, wie eine Berliner Korrespondenz wissen will, auch von den deutschen Militärs jetzt ganz anders beurteilt werden, als in den ersten Tagen nach dem Fall der Festung. Die Uebergabe Port Arthurs werde von den höheren deutschen Militärs geradezu als eine „Blamage ersten Ranges“ für Rußland angesehen. „Im Kriege höre jede Menschlichkeit auf, da heiße es: entweder siegen oder sterben. Wäre die Festung im Sturm genommen worden, dann wären die überlebenden Verteidiger wahre Helden gewesen, so aber habe General Stöffel trotz Anerkennung der Rettung vieler Menschenleben soldatisch nicht einwandfrei gehandelt, zumal die Besatzung noch über große Schießvorräte verfügt habe.“

So sehr wir mit der angeblichen Auffassung der deutschen Militärs darin übereinstimmen, daß die Kapitulation Port Arthurs eine Blamage ersten Ranges gewesen ist, so wenig vermögen wir doch den Satz zu unterschreiben, daß im Kriege jede Menschlichkeit aufhöre und es da nur entweder siegen oder sterben heiße. Die Alternative „entweder siegen oder sterben“ ist geradezu blödsinnig. Sie widerspricht auch vollständig allem bisherigen Kriegsgebrauch. Truppen sollen sich nur dann opfern, wenn irgend eine Aussicht auf Erfolg ist. War in Port Arthur die Aussicht auf Erfolg geschwunden, war dem General Stöffel von Petersburg aus die Mitteilung gemacht worden, daß weder durch Auropatin noch durch Koschdjewski in absehbarer Zeit ein Entsatz zu erwarten sei, so handelte er durchaus korrekt, daß er die Festung übergab. Nur war dann allerdings die Voraussetzung einer solchen Handlung, daß er nicht allerhand Schauererzählungen über die ungeheuerlichen Verluste der Russen, über das Zusammenstürzen der Besatzung auf wenige tausend Mann, über die furchtbare Hungersnot und über das Ausgehen der Munition in die Welt setzte! Nachdem alle diese Märchen durch die japanischen Berichte widerlegt worden sind, erscheint General Stöffel allerdings in dem Lichte eines dreisten Kussneiders, und diese Lusschneidererei, diese lächerliche Unvorsichtigkeit läßt den Fall Port Arthurs allerdings als ungeheuerliche Blamage erscheinen.

Die Korrespondenz fügt übrigens hinzu, daß auch Wilhelm II. selbst auf dem Standpunkt seiner Offiziere stehe. Die Verleihung des Ordens Pour le mérite solle lediglich die heldenhafte Verteidigung der Festung bis zum Moment der Uebergabe belohnen. Die Schlußhandlung Stöffels, die Kapitulation, betrachte er nicht als heldenhafte Handlung. Die Ordensverleihung an Stöffel sei überhaupt nicht erfolgt, wenn sie nicht deshalb notwendig gewesen wäre, weil der Kaiser die Absicht gehabt habe, dem General Rogt den Orden Pour le mérite zu verleihe.

Man muß zugeben, daß diese Deutungen der Ordensverleihung durch Wilhelm II. zum mindesten außerordentlich seltsam klingen. Die Verantwortung für die Nichtigkeit dieser Mitteilungen müssen wir denn auch der Korrespondenz überlassen.

Paris, 19. Januar. Der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien“ berichtet seinem Blatte, daß die einzige aus Rußland eingetroffene Nachricht sehr ernsten Charakters sei, so daß er sie ohne amtliche Bestätigung nicht übermitteln könne. Der Korrespondent beschränkt sich darauf, anzudeuten, daß die Verbindung mit den militärischen Vorgängen nicht in Zusammenhang steht.

Petersburg, 19. Januar. Die Klagen Rußlands wegen der Verletzung der Neutralität durch China sind in einem Memorandum zusammengestellt, gestern den Großfürsten zugestellt worden. Das Memorandum enthält sieben Punkte. 1. Errichtung einer Marinebasis seitens der Japaner auf der Insel Kiao, 2. Transport von Kriegsmaterial und Proviant auf der Kantschuan-Eisenbahn, 3. Lieferung von Kriegsmaterial an Japan seitens chinesischer Werke in Ankan, 4. Einreichung chinesischer Soldaten in die japanische Armee, 5. die Befehlshaber chinesischer Truppen an der Grenze durch von China angestellte japanische Offiziere, 6. Organisation von Schiffschuldbanden zur Beteiligung an Kämpfen gegen die Russen, 7. Verschleppung eines russischen Torpedoboots-Zerstörers, welcher nach Tschiu geschleppt war, durch die Japaner. — In japanischen Kreisen erklärt man, die Regierung habe auf die Note nicht geantwortet und überlege, ob überhaupt eine Antwortung erfolgen solle.

Der Charlottenburger Schulkonflikt.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung kam es am Mittwoch zu Debatten, die angesichts der augenblicklichen schulpolitischen Situation von großer Bedeutung für alle Gemeinden sind. Statt den von der Regierung hingeworbenen Schiedsrichters aufzunehmen, statt das von der Landtagsmehrheit geplante Attentat auf die Volksschule mit der Forderung der völligen Trennung der Schule von der Kirche zu beantworten, ist der Charlottenburger Magistrat, dem von Unangelegten besonders tiefe sozialpolitische Einsicht und besonders ausgeprägtes Selbstgefühl nachgesagt wird, und mit ihm die liberale Bourgeoisie draus und draan, den ersten Schritt zur Auslieferung der Schule an die Kirche zu tun und sich dem Willen der reaktionären Regierung zu fügen.

Vor kaum mehr als Jahresfrist, als die Stadtverordneten-Versammlung zum erstenmal den damals ausgebrochenen Schulkonflikt besprach, herrschte von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken volles Einverständnis darüber, daß man auch nicht um Haarsbreite nachgeben dürfe. Unter lebhaftem Beifall auf allen Seiten des Saales erhob am 28. Oktober 1903 Oberbürgermeister Schusterus Protest gegen das Vorgehen der Regierung, „einmal, weil und nach unserer Auffassung Rechte genommen sind, die uns durch das Gesetz garantiert sind, weil also ein Versuch durch die Befehle gegebener Rechte durch jene Verfügung der kaiserlichen Regierung uns gegenüber stattgehabt hat, und zweitens aus dem Gesichtspunkte, daß wie die Schule frei halten wollen vom Einfluß der Kirche. . . . Wir erhoffen vom Herrn Minister, daß er diese Gerechtigkeit im preussischen Staate nicht verläßt, und wir hoffen ferner, daß er uns nicht wie die Regierung in Potsdam durch Entziehung aller Mitwirkung der Selbstverwaltung an der Entscheidung unserer Schule streifen will deshalb, weil wir in klarer Erkenntnis der dem Staate drohenden Gefahren nicht den Anfang machen wollen damit, daß unsere Schule der Kirche ausgeliefert wird.“

Um was handelte es sich? Der Gemeindevorstand war eine Verfügung des Ministers zugegangen, die mit einem Schläge der Schuldeputation die Rechte nahm, die sie bis dahin innegehabt hatte und sie zu einer Behörde degradierte, die in Bezug auf die inneren Schulverhältnisse lediglich das Recht der „unmittelbareren Instanznahme“ haben sollte. Und aus welchem Grunde erhob der Minister jene Verfügung? Prinzip und allein deshalb, weil der Magistrat sich dem Ansinnen der Regierung, je einen evangelischen und einen

katolischen Geistlichen in die Schuldeputation zu entsenden, aufs entschiedenste widersetzt hatte.

Die Folge des Konfliktes war, daß die Mehrzahl der der Schuldeputation angehörenden Stadtverordneten ihr Amt niederlegten, sie dankten sich, um die Worte eines derselben zu gebrauchen, zu gut, am bloß Häuser laufen zu können und Bleistifte und Papier zu bewilligen, sie wollten sich nicht zu Marionetten herabwürdigenden lassen. Gleichzeitig beschloß der Magistrat, über die ihm von der Regierung zugegangene Dienstausweisung und mehrere andere Verfügungen aus der letzten Zeit, die seiner Ansicht nach in Widerspruch standen mit Artikel 24 der Verfassungsurkunde in Verbindung mit § 3 des Schulaufsichts-Gesetzes vom 11. März 1872 sowie mit der Instruktion vom 26. Juni 1811, Beschwerde beim Minister zu erheben.

Diese Beschwerde ist nicht abgegangen, der Magistrat hat sich vielmehr in Unterhandlungen mit dem Regierungspräsidenten eingelassen, die dahin führten, daß der Charlottenburger Magistrat seine Vergangenheit veräußerte und mit der Regierung auf Kosten der Volksschule und unter Preisgabe des Selbstverwaltungsrechtes einen unruhigen Frieden schloß. Er erklärte sich bereit, einen der in Charlottenburg amtierenden evangelischen Geistlichen in die Schuldeputation aufzunehmen und tauschte dafür neben dem Zugeständnis, daß die Rektoren ihm und der Schuldeputation innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen unterstellt sind und ihre Weisungen innerhalb ihrer Zuständigkeit zu befolgen haben, das Recht zum Erlaß einer von der Regierung zu genehmigenden neuen Geschäftsanweisung für die städtische Schuldeputation ein.

Das Vorgehen des Magistrats fand einen warmen Verteidiger in dem mit dem Referat betrauten liberalen Stadtverordneten Otto, der sich im Prinzip auf dem Boden der Magistratsvorlage stellte und ihre Ueberweisung an eine Kommission beantragte.

Während Herr Otto den Standpunkt der Mehrzahl der Liberalen vertreten hatte, bekämpfte sein Fraktionsgenosse Dr. v. Pöhl als Vertreter der Minderheit mit flammenden Worten die Anträge des Magistrats, die man ohne Kommissionsberatung rundweg ablehnen müsse. Man dürfe den stets eingenommenen Standpunkt, daß die Kirche kein Recht habe, in der Schuldeputation zu sitzen, nicht aufgeben. Dazu komme, daß die Konzeptionen ganz geringfügiger Natur seien und daß die Regierung auch in Zukunft machen könne, was sie wolle. Von dem, was wir feinerzeit, geflüstert auf das Gesetz, verlangt hätten, sei nur ein Bruchteil bewilligt, und es sei auch keine Garantie vorhanden, daß nicht ein anderer Regierungspräsident oder Minister diese Zugeständnisse wieder streiche. Wenn die Regierung sieht, daß Charlottenburg Widerstand leistet, dann werde sie sich doch vielleicht zur Aufstellung anderer Grundzüge bequemen. Ehe man nachgibt, möge man lieber die Schuldeputation auflösen.

Nachdem Stadtv. Sach als Vertreter der Unpolitischen seine Zustimmung zu einer Kommissionsberatung erklärt und wohlwollende Prüfung der Vorlage in Aussicht gestellt hatte, ergriff Stadtv. Duka, ein früheres Mitglied der Schuldeputation, das Wort, um scharf mit dem Minister ins Gericht zu gehen, der der Stadt widerrechtlich Befugnisse entzogen, aber nichts getan habe, sein Unrecht wieder gut zu machen. Er warne vor Ausschubberatung, denn wenn man die Vorlage einem Ausschuss überweise, so passiere man über sein gutes Recht, und das habe die Stadt nicht nötig. Man möge nicht mit dem Prinzip brechen, daß der Geistliche in der Schule nichts zu suchen habe. Es liege kein Grund vor, mit der Regierung einen Handel abzuschließen, in dem und nichts weiter geboten wird, als das Belieben unierer Ohnmacht. Kein Kompromiß!

Die Anschauungen der sozialdemokratischen Fraktion legte Genosse Hirsch dar. Es sei bedauerlich, daß Herr v. Pöhl nur die Minderheit seiner Freunde hinter sich habe. Hätte er im Namen seiner ganzen Fraktion gesprochen, dann brauchte man sich nicht weiter über die Vorlage zu unterhalten, dann könnte man sie heute sofort in den Papierkorb befördern. Daß der Magistrat die Beschwerde nicht abgehandelt, sondern sich in Unterhandlungen mit der Regierung eingelassen habe, sei ein unerhörtes Vorgehen, namentlich wenn man bedenke, daß Verstoß den Kampf mit dem Minister auszusetzen entschlossen sei. Habe der Magistrat vielleicht Furcht, daß sich zu den aus Anlaß der zweihundertjährigen Feier der Stadt geplanten Festen kein Vertreter der Regierung einfinde? (Unruhe.) Dafür, daß in die Schuldeputation ein evangelischer Geistlicher hineinkomme, erhalte die Stadt nur scheinbare Konzessionen. Der Magistrat sei einfach vor der Regierung zu Kneze gekrochen, er gebe das Selbstverwaltungsrecht preis und schließe einen faulen Frieden. Wozu erst Kommissionsberatung? Es handle sich darum, ob wir die Blamoge, die uns der Magistrat zumutet, auf und nehmen oder ob wir Rückgrat bewahren sollen. Darüber müsse sich doch jeder Stadtverordnete klar sein. Wenn die Weisheit unfaulen wolle, so möge sie das offen tun, nicht aber hinter verschlossenen Türen den Roten vor der Regierung machen. Er beantrage, namentlich über den Antrag auf Kommissionsberatung abzu stimmen.

Erst nach dem sozialdemokratischen Redner griff Oberbürgermeister Schusterus in die Debatte ein. Er bestritt, daß der Magistrat vor der Regierung zurückgewichen sei, und sprach die Hoffnung aus, daß man in Zukunft ohne Kampf mit der Regierung ankommen würde. Mit bewegten Worten bat er, die Vorlage in einer Kommission zu beraten und in die dargebotene Hand einzufügen, auch wenn nicht alles erreicht sei, was erwünscht wäre.

In der weiteren Debatte beteiligte sich unter anderen auch Genosse Dr. Vorhard. Er macht dem Magistrat zum Vorwurf, daß er seinen vor einem Jahre festgelegten Standpunkt schon dadurch verlassen habe, daß er überhaupt in Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten sich eingelassen habe. Dadurch habe er zu erkennen gegeben, daß er in dem allgemeinen Kulturkampf, den die Regierung jetzt überall gegen die Schule kämpft, den Platz eines Vorlämpfers verlasse, um nur für Charlottenburg einen allerdings recht faulen Frieden zu erhalten. Der Verlauf der Angelegenheit sei also folgender: 1898 verlangt der Regierungspräsident den Geistlichen für die Schuldeputation und will dafür erweiterte Rechte für diese geben. Dies lehnt die Stadt ab. Nun streift die Regierung nach übereinstimmender Meinung des Magistrats und der Stadtverordneten ungeschicklicherweise, die bisherigen Rechte der städtischen Organe. Und jetzt will sie — ein Teilchen zurückgeben, wenn sie den Geistlichen doch bekommt. Das ist nicht ein Weg, die Selbstverwaltung zu wahren, oder besser gesagt — denn sie besteht noch gar nicht — sie zu erlangen. Nur durch glatte Ablehnung könne der Annahme der Regierung gegenüber eine würdige Stellung in dem gegenwärtigen Kampfe gewahrt werden. — Auch Genosse Dr. Pöhl wandte sich in scharfen Worten gegen die Vorlage. In später Nachtstunde kam es endlich zur Abstimmung. Mit 33 gegen 23 Stimmen wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen. Die verhältnismäßig große Zahl derer, die sang und klanglos die Vorlage verteidigen wollen, berechtigt zu der Hoffnung, daß es noch gelingen wird, die Stadt Charlottenburg davor zu bewahren, daß sie sich selbst blamiert und der Regierung zur Stütze in ihrem reaktionären Kampf gegen die Volksschule und gegen die Selbstverwaltung wird. Freilich ist diese Hoffnung nur schwach. Sollte die Versammlung trotzdem dem Magistratsbeschluss beitreten, so trifft die Verantwortung die sogenannten Liberalen, die wie überall, wo sie zur Macht gelangen, so auch in Charlottenburg, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die schlimmsten Reaktionen sind. Die Annahme der Magistratsvorlage wäre ein charakteristischer und wertvoller Beitrag zu dem Thema vom Verfall des liberalen Vürgerturns.

Soziales.

Der Bremer Landfriedensbruch-Prozess. Vor dem Schwurgericht in Bremen wurde seit Montag ein Landfriedensbruch-Prozess gegen eine Anzahl Maurer und Bauarbeiter

verhandelt. Die Vorgänge, die zu dem Prozeß führten, haben sich während des großen Kampfes im Bremer Baugewerbe abgepielt. Am 26., 27. und 29. Juli v. J. waren bereits Verhandlungen zwischen Streikenden und Unternehmern am Bahnhofe bei dem Empfang von Arbeitswilligen, vorgekommen. Am 29. Juli abends wurde der Bauarbeiter Pilsar im Hotel St. Petersburg von den Unternehmern verprügelt, wobei er eine Kopfverletzung davontrug. Der Bauunternehmer Dornedden und der Baubeamte Garfmeier wurden trotz Annahme schwerer Mißhandlung, sie hatten den am Boden liegenden Pilsar noch getreten und geschlagen, unter Zustimmung mildernden Umstände zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Am 30. Juli kam es dann infolge der Erörterung über den vorstehend geschilderten Fall und aus Anlaß der Unterstufung, welche die Unternehmer beim Abholen von Arbeitswilligen durch die Behörden fanden, zu abermaligen Reibereien, die aber nirgends einen gefährlichen Charakter annahmen. Es griffen Polizeibeamte in Zivil ein und diesen gegenüber soll Widerstand geleistet worden sein.

Am Mittwoch nachmittags haben die Verhandlungen mit einem erheblichen Mißerfolg für den öffentlichen Ankläger geendet. Hatte man ursprünglich das Verfahren wegen „Aufraches“ eingeleitet, im Laufe der Untersuchung aber die Umwandlung in „Landfriedensbruch“ vorgenommen, so mußte sich am Mittwoch gar der Staatsanwalt bequemen, in seinem Klagebegehren anzuerkennen, daß gegen die Angeklagten Berg und Woida (Mitglieder der Streikkommission der Maurer) und den Bauarbeiter Pilsar die Verhandlung so wenig Belastendes ergab, daß Freisprechung erfolgen müsse. Wegen die Angeklagten Bauarbeiter Roddermann und Bremberger hatten dagegen am zweiten Verhandlungstage einige Polizeibeamte ungünstig ausgesagt. Roddermann soll danach schadenfrohe Äußerungen darüber gemacht haben, daß ein Beamter einen Schlag über den Kopf erhalten habe. Auch solle er gerufen haben: „Das ist wohl die Rede für den 16. Juni“. Ferner soll er an der Befreiung eines Arrestanten bei dem Tumult sich beteiligt haben. Ein anderer Beamter will Bremberger in der Bahnhofstraße in dem Augenblick angefaßt haben, als dieser mit erhobenem Hand sich im Gedränge befand. Bremberger sei dann von ihm angekommen, und erst viel später hat der Beamte mit Hilfe eines Bauunternehmers, dem Bremberger bekannt war, des letzteren Persönlichkeiten feststellen lassen. Bremberger bestritt, bei dem fraglichen Vorfall in der Bahnhofstraße gewesen zu sein. Werkwürdig ist, daß der Beamte nicht gesehen haben will, wie Bremberger blutete, während von einem Reife Zeugen bestätigt wurde, daß Bremberger tatsächlich einen Schlag erhalten hat und zwar am Kopf blutete.

Die Geschworenen vernichteten nach zehntägiger Verhandlung die Hauptfrage (Teilnahme an der Zusammenrottung) bezüglich aller vier Angeklagten Berg, Woida, Pilsar und Bremberger. Nur bezüglich Roddermann wurde die Hauptfrage bejaht, dagegen die Nebenfragen (ob Mädelführer, ob Teilnehmer an den Gewalttätigkeiten) verneint. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Roddermann acht Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Kosten fallen zu vier Fünfteln der Staatskasse zur Last.

So hat denn der Versuch, dem gewaltigen wirtschaftlichen Kampfe der Baugewerbe im vorigen Sommer ein trauriges Nachspiel zu verschaffen, nämlich Pilsar gemacht. Zwei Merkmale sind aber aus dem Prozesse scharf hervorzuheben: einmal, daß die Organisationen der Arbeiter mit allen Mitteln darauf bedacht sind, ihre Mitglieder vor jedem Ueberstreiten des gesetzlichen Rahmens in dem notwendigen Kampfe zu bewahren, dann aber, daß die herrschende Gesellschaft in allen Schichten es als selbstverständlich betrachtet, daß die staatlichen Organe in dem wirtschaftlichen Kampfe ihre meiste Hilfe nicht etwa dem wirtschaftlich schwächeren Arbeiter, sondern dem Unternehmertum angedeihen lassen müssen. Die Gütigkeit dieser sonst nicht ganz neuen Tatsache auch für das republikanische Bremen jedem sichtlich offenbart zu haben, ist wenigstens eine gute Seite des sonst verdienstlosen Prozesses.

Die Regelung des Submissionswesens im Kanton Basel gescheitert. Einer der wichtigsten und tausendmal wiederholten Programmpunkte der „Mittelstandslente“ überall ist bekanntlich die Regelung des Submissionswesens. Diese Forderung ist auch vom Gewerbeverein in Basel seit Jahren vertreten worden und so hat im verfloffenen Jahre die Regierung einen bezüglichen Gesetzesentwurf ausgearbeitet und dem Großen Rat vorgelegt. Der Entwurf behandelte die Unternehmern etwas zu bieten, aber auch den Arbeitern und daneben auch den Interessen des Staates gerecht zu werden. In der letzten Sitzung des Großen Rates sollte die Vorlage materiell behandelt werden, allein da machten die Bauunternehmer und Gewerbevereiner Opposition und es gelang ihnen schon bei der ersten Frage, den Entwurf mit 46 gegen 45 Stimmen zu Fall zu bringen. Der Hauptgrund dazu war der Abschnitt betreffend die Arbeiterfürsorge, weiter kam dazu noch die Ablehnung des sogenannten Mittelpreisverfahrens, wozu die Regierung aus Grund der anderwärts damit gemachten Erfahrungen im Interesse des Staates gekommen war. Welche rüchdigen und bornierten Menschen diese großen und kleinen Unternehmer sind, die da austraten, ließen verschiedene rednerische Leistungen erkennen. Der Bispermöller Pfeiffer war empört darüber, daß unser Genosse Frei das Wort „Unternehmertum“ gebraucht hatte. Es sei ihm zu dünn, meinte er, auf diese „Beleidigung“ zu antworten. Gleichzeitig bedauerte er das Fehlen der „Streiktafel“, dieses Wort verstand er also. Der Baumeister Alder offenbarte der Welt, daß er ein ebenso guter Sozialdemokrat wie der Arbeitersekretär Dr. Wollfisch oder der Redakteur Frei sei. Trotzdem bekämpfte er die Vorlage, weil sie den Abschnitt über die Arbeiterfürsorge enthalte. Ein listiger Sozialdemokrat das!

Wir nehmen an, der jetzt verworfene Entwurf wird gelegentlich wieder kommen und dann durchbringen.

Ergen einer Wohlfahrteinrichtung. Die Pensionskasse des Eisenwerkes Herminenhütte in Laband (Oberhessen) befindet sich nach Mitteilungen des „Oberhess. Bänderer“ in Vermögensschwäche. Der Obergerichtsrat Gradin eröffnete in einer Sitzung der Arbeitervertretung, daß die gegenwärtig in den Pensionsstand tretenden Hüttenleute, die Genehmigung der Regierung zu Doppelvoraussetzung, jetzt etwa ein Drittel weniger an Pension beziehen werden. Die Beiträge zur Pensionskasse werden gleichzeitig erhöht. Die Herabsetzung der Pension trifft Hüttenleute, die ihr ganzes Leben, 30—50 Jahre hindurch in schwerer Arbeit auf der Herminenhütte zubracht haben und sich in dem Alter um die Hoffnung auf wohlverdiente Pensionsansprüche betrogen sehen. Geraden unerhört wäre es, wenn die Regierung die Herabsetzung von Pensionen langjähriger Mitglieder genehmigen würde. Sie sollte den Unternehmern oder Altrentnern des Eisenwerkes klar machen, daß es ihre einfachste Pflicht und Schuldigkeit wäre, den Hüttenleuten aus dem eigenen Vermögen zu deden. — So sieht das Wohlfahrtspiel in der Wirklichkeit aus.

Der Musterbürgermeister in Dorfslau (Großherzogtum Sachsen-Weimar), der sich besonders durch sein schnelles Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nach oben beliebt zu machen verstand, ist immer noch im Dienst. Wegen moralischer Verfehlungen und nicht einwandfreier finanzieller Manipulationen hatten die Gemeinderatsmitglieder den Antrag auf Amtsentsetzung gestellt. Die Oberbehörde lehnte denselben ab. Der Bürgermeister dachte um den Spieß um und verklagte die Gemeinderatsmitglieder wegen Beleidigung. Die Angeklagten erbrachten den Wahrheitsbeweis und wurden sämtlich freigesprochen. Wegen des Urteils legte der Bürgermeister als Nebenkläger Verfügung ein. Wegen Anstandslosigkeit hat er jedoch jetzt dieselbe zurückgezogen. — In das gegenwärtige System in Sachsen-Weimar würde es nun prächtig passen, wenn trotzdem dieser Musterbürgermeister in Amt und Würden bliebe.



# Die Tambour-Kaffee-Röst-Werke

Berlin SW., Friedrichstraße 49 a, Ecke Schützenstraße.

**Probierstube**  
arbeiten mit neuem, das Aroma schützendem  
**Röster, Kühler, Filter**

D. Reichspatente ang.  
Verkaufen

Gerösteten Kaffee Pfund 1.00, 1.15, 1.30, 1.50,  
1.70, 1.90, 2.20 M.  
Gemahlene Kaffee Pfund 1.00, 1.15, 1.30, 1.50,  
1.70, 1.90, 2.20 M.  
Kaffee-Extrakte garantiert reiner Bohnen-Kaffee,  
per 1/2 Liter-Flasche: 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 Pf. inkl. Flasche.  
Frisch geröstet, gut gemahlen, schnell filtriert,  
Kommt in den Laden und probiert! 64/18\*

Filliale der Kaffee-Röst-Werke, Emmerich.

## Rudolf Fink Beusselstr. 36, nahe Wicelstrasse.

Beste Bezugsquelle:

**Kaffee, Zucker, Tee, Kakao, Mehl,  
Mülsenfrüchte, Konserven, Backobst,  
Braunschweiger Fleischwaren.**

## Butter-Handlung.

Hauptgeschäft: Turmstr. 10.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel  
sind die allbewährten, vorzüglich schmeckenden

### Spitzwegerichsaft-Bonbons.

Blähermercktes Genuß- und Bänderungsmittel bei veralteten Katarrhen  
der Lunge und der Luftwege. Nur allein erst bei

**Gustav Behm,** Frankfurter Allee 190,  
Ebertstraße 46 und  
Rixdorf, Hermannstraße 46.

## Bade-Anstalten von H. Kalisch Bad Königstadt — Bad Landsberg

Gollnowstrasse 41 Landsbergerstr. 107

verabreichen  
**Dampf- und Russische, Elektrische, Lohannis-,  
\*\*\* Wannen- und alle medizinischen Bäder. \*\*\***

Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1572L\*

### Leihhaus

Berlin, Anhalterstr. 2, Charlottenburg, Friedrichstr. 12.  
Verleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche,  
Kleidungsstücke etc. 17792\*

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 21. Januar 1905:

### STIFTUNGS-FEST

in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses.

#### \*\*\* Künstler-Konzert \*\*\*

ausgeführt vom **Neuen Berliner Tonkünstler-Orchester**, Dirigent Franz Hoffelder, und unter  
Mitwirkung von Frl. Berta Gelpelt, Herrn Emil Severin (Gesang), Herrn Ludwig Wagner (Violine), Herrn  
Musikdirektor Franz Hoffelder (Violoncello). 240/2

#### Nachher Ball und Reigenfahren.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Billetts a 30 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern sowie in den Zahlstellen zu haben.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

### C. Joëls Viktoria-Garten.

11 Kegelbahnen. Köpenicker Landstr. 21. Theaterbühne.

**Jeden Sonntag: Grosser Ball**  
unter Leitung des Tanzmeisters Herrn C. Zinn.

Empfehle meinen renovierten Saal und Garten,  
5000 Personen, für Winter- und Sommer-Geschäfte allen  
Vereinen und Gesellschaften.

**Erklärung!** Personen, die das unwahre Gerücht  
verbreiten, ich hätte mein Geschäft verkauft oder das  
Grundstück würde bebaut, um mich dadurch zu  
schädigen, werde ich gerichtlich belangen. C. Joël.

### Heute: Frische Blut u. Leber- Wurst

in bekannter In-  
deler Qualität.

**Rich. Augustin,** Lindenstr. 69,  
Hofparterre.  
Frühstücks- und Mittagstisch.  
Sitzungsraum. Tel. Amt IV, 8729.

### Lebererschwend

wirkt bei Husten, Heiserkeit,  
Hals-, Brust- u. Lungenleiden,  
Verfärbung, Asthma etc.

### Knötterich-Brüster

Gibt nur mit Marke „Eremit“  
in Paketen a 1,-, 3 Pakete 2.75  
hier frei Haus. Bei 6 Paketen franco  
überall hin. — Eine wesentliche Ver-  
schleimung der Lunge wird er-  
zielt durch den gleichzeitigen Gebrauch  
von Reichels

### Bonbon-Pectoral

aus den wirkungskräftigsten in der  
medizin. Praxis verordneten Spezies  
zusammengesetzt. 1 Pfund 1.20 M.,  
1/2 Pfund 60 Pf.

**Otto Reichel,** Berlin,  
Eisenbahnstr. 4.

### Elegante Masken- Garderobe

empfiehlt zu den  
solidesten Preisen  
**Fr. Panknin**  
Oranienstr. 178,  
2 Treppen rechts.  
Ede Wälderstr.

Bitte genau auf die Haus-  
nummer zu achten. 1693\*

### Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit  
gereinigtem neuem Feder-  
kern bei  
**Gustav Kuntz,** Berlin S., Prinzen-  
str. 46. Preisliste kostenlos. Viele  
Kunsterneuerungen.

### Verhand der Portefeuller und Ledergalanterie-Arbeiter.

Zahlstelle Berlin.  
Am Mittwoch früh 1/2 7 Uhr  
nach langem Leiden unser  
Mitglied, der Portefeuller  
**Albert Kornthal**  
im Alter von 41 Jahren an der  
Schwindlucht.  
Obre seinem Ansehen!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 22. d. Mts., nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jodobi-Kirchhofes,  
in Brigg, Hermannstraße, aus statt.  
109/2 Die Ortsverwaltung.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
lieben Bruders, Schwagers und Onkels  
**Ernst Weidinger**  
sprechen wir allen Verwandten, den  
lieben Freunden, Bekannten und  
Gästen, dem Gastwirthverein hiermit  
unseren herzlichsten Dank aus. 16992

### Die Hinterbliebenen.

### Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein.

Mitglied des Bundes  
„Solidarität“.

Sonntag, den 22. Januar, nach  
Tempelhof (Tivol). Start 1 1/2 Uhr:  
Kreuzberg (Steuerhaus).  
NH. Mittwoch, den 25. d. M.  
abends 1/2 9 Uhr, bei Wille, Brunnen-  
straße 188: Ordentliche General-  
versammlung. (Siehe Sonntags  
Annonce.) 11/5  
B. Vogel, Ruskauerstr. 36, II.

### Am Nettelbeck-Platz, Gerichtstraße 65, auf dem Terrain d. alten Baumschule: **Haase's** umschlossene elektrisch-konzentrische **Stufenbahn.**

Das luxuriöseste Unternehmen auf  
Reisen. Feenhafte Beleuchtung.  
Die schönste und größte Konzert-  
Orgel auf dem Kontinent.

Täglich 20 Mark und mehr  
kann man verdienen durch hochlohn.  
Fabrikation täglicher Maschinenfcl.  
Katalog gratis. 145/15

**Heinr. Heinen, Mülheim,  
Ruhr-Broich.**

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 62/1\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

**E. Möbis,** Uhren, Koppenstr. 82.\*

### Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles  
**Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)  
Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen  
Kolonialwaren-Handlungen. 1732L\*

## Kleine Anzeigen.

### Verkäufe.

**Räumungsverkauf** verfallener  
Häuser, Ausnahmest. Pfandlei-  
haus Weidenweg 19. 138\*

**Bekanntmachung.** Heute und  
folgende Ausnahmest. werden im  
Pfandleihaus Weidenweg 19 Betten,  
Winterpaletts, Gardinen, Aussteuer-  
stücke, Möbelstücke, Tischdecken,  
Regulatoren, Freischwinger, Stepp-  
decken zu Spottpreisen verkauft.  
Branntwein wird hiermit günstigste  
Gelegenheit gegeben. 138\*

**Winterpaletts, Anzüge, Hüfen,  
Bettten, Bettwäsche, Teppiche** etc. Spot-  
tillig Pfandleihaus Köpenickerstr. 7. \*

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme,  
ohne Anzahlung, Woche 1.00. Ge-  
braucht 10.00. Postkarte genügt.  
Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof  
und Alt-Boghan 4, Ede Neue Bahn-  
Postkarte. 1140\*

**Nähmaschinen,** gebraucht,  
Wheeler-Wilson von 8 Mark und  
Langschiff von 10 Mark an. Bell-  
mann, Gollnowstr. 26. 225A\*

**Dwanddecken,** doppelseitig 4.55,  
Berlich Karamant 7.50, Belour-  
dillig 10.50. Teppichhaus Lechore,  
Dramenstraße 158. 2088A\*

**Gardinen, Stores, Tüllbedecken,  
Anventur:** Reste, 1-5 Fenster, enorm  
billig. Gardinen-Verkaufhaus Strau-  
senstraße 35, Dönhofsplatz. 13395\*

**Teppiche!** (sehrhaste) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Bruns, Hadeser  
Markt 4, Sahnhol Börse. 142/12\*

**Bederbetten,** Stand 20 Mark,  
5 Zimmer Möbel Aufgabel halber billig  
Dresdenerstraße 38, vorn II. lin. \*

**Möbelverkauf** in meiner Möbel-  
fabrik Wallstraße 60-61, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich im Lager viele schön,  
gute und verlässliche gemachte Möbel,  
die wie neu sind. Kleiderständer,  
Bettsofa 27.00, Ausziehstuhl 16, Kuchel-  
bettstelle mit Federmatratze und  
Kleiderschrank 36, Tischensofa 50, Bänke-  
sofa 70, Waschtisch 20, Kübel-  
bett 25, ganze Einrichtungen billigst.  
Transport frei. 67/11\*

**Stieppdecken** billigst Hebril Große  
Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*

**Ringschiffchen**, Garantie ge-  
nähert, 25.00, Schloßplatz 2. Ma-  
narienerverlauf. 67/15

**Kanarienvoller,** Nottingen,  
4.00-20.00, Schloßplatz 2. 67/14

**Verkaufe** gute Betten, Portieren,  
Gardinen, Stores, Gasdrone, Teppich,  
Steppdecken, Bettstimmeln, Hoffmann,  
Kannyrstraße 52 (Oranienplatz). 14686

**Schankgeschäft,** gut gehend, volle  
Konzession, Mittagsstisch, mit Orchester,  
zu verkaufen Sälberstraße 117. 12966

**Sobellant,** alte, billig abzugeben  
Vorhagenstraße 16a, Hof, 2. Auf-  
gang III. 111

**Gute,** billige Nähmaschinen kauft  
man beim Redanier Koch, Brenner-  
straße 56. Reparaturen an allen  
Systemen billig. 184\*

**Fahrrad,** spottbillig, Wiener-  
straße 37, Lokal. 14736

### Verschiedenes.

**Patentanwalt** Danmann, Dre-  
nienstraße 57, Nottingen. 14155\*

**Rechtsbureau!** Brunnenstraße  
vierzig Langjähriger Prozeßbeistand,  
Eheklagen, Strafsachen, Alimen-  
tenklagen, Eingabengesuche, Katerlei-  
lung. 13976\*

**Rechtsbureau** (Andreasplatz)  
Grünerweg vierundneunzig. Lang-  
jähriger! Erfolgreichste! 1307\*

**Rechtsbureau!** 11. Katerteilungen,  
Gerichtsklagen, Steuerklagen, Schan-  
kerlaubnis, Willkürklagen, Eheklage-  
klagen, Strafsachen, Unfallklagen, Be-  
leidigungs-, Alimenterklagen, Für-  
sorge- u. Erziehungssachen. Besch.  
Brunnenstraße 97. Langjährig er-  
fahrener Rechtsanw. (bis abends  
neun). 1104\*

**Unfallklagen,** Rechtsbureau Vagner,  
Steglichstraße fünfundsiebzig.

**Vahr** wohnt Brunnenstraße 116.

**Uhren** repariert Wilhelm Hade,  
Taubenstraße 20. 1137\*

**Wer Stoff hat?** Fertige Herren-  
anzüge mit Futterklagen 15.00.  
Wagner, Schneidermeister, Licht-  
bergerstraße 9. Anzugstoffe billig.

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz),  
Kunzestraße achtzehn! Gerichtsbek-  
hand, Eheklagen, Interventionen,  
Strafsachen, Eingabengesuche! Will-  
kürklagen! Katerteilung. 13075\*

**Aufpolierung!** Sofa 5.00, Matratze  
4.00, auch anheim Hause. Bachmann,  
Blumenstraße 35 b. 2023\*

**Veitshaus** Grünberg, Fiedrich-  
straße 221, Ede Ballfamerstraße.

**Pfandleihe,** Pringensstraße 63,  
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1998\*

**Pfandleihe** Markstraße 27. 14006\*

**Marinaball** kauft Juweller, Linden-  
straße 103. 14255\*

### Schlafstellen.

Eine billige Schlafstelle zu ver-  
mieten, Preis 9 Mark Wiete, mit Koffer  
12 Mark, Richardstraße 11, vorn  
2 Treppen. Hoffmann. 1132

### Mietsgesuche.

**Anständiger** jun. Mann sucht  
kleines möbliertes Zimmer von 15 bis  
18 Mark, in westlicher Stadt. Ge-  
fällige Offerten sind an die Adress-  
expedition dieses Blattes Lauffer-  
straße 103. 14255\*

**Kleines,** einfach möbliertes Zimmer  
sucht anständiger junger Mann. Offerten  
mit Preisangabe unter X 99 Post-  
amt 68. 14595

2 Freunde suchen möbliertes Zim-  
mer. Preisangabe erbeten. Offerten  
S. 24 Annoncenbureau Kleine Frank-  
furterstraße 24. 14655

### Arbeitsmarkt.

#### Stellengesuche.

**„Zwemer“**, Gesangschorist,  
Erdingerstraße 57. 1103\*

**Mandolin-Quartett** für Vereine  
und Festlichkeiten bei künstlerischer  
Ausführung empfiehlt sich. Näheres  
bei Wirt, Adersstraße 113. 14345\*

**Kleider- und Wäscheaufbereiter** in  
und außer dem Hause, Handbrücker,  
Strümpfe und Socken aller Art, neu  
und angefertigt, auch geklopft, Häfel-  
arbeiten, Monogrammsitten, Zuni-  
fiederer, Verlässlicher, alles sauber ge-  
arbeitet. Wittfrau Rathsh. NO.,  
Heidenfeldstraße 11, vorn 4 Treppen  
links. 14576

#### Stellengebote.

**Gesanglehrer** Sonnabends ge-  
sucht. Offerten Endlich Postamt 66.

**Goldschmied** Sonnabends verlangt  
Frundes, Alexandrinenstraße 118.

### Vermietungen.

**Tischlerwerkstatt** und Lagerkeller  
sodort, 2 Stuben und Küche, 2 Woh-  
nungen 1 Stube, Küche per 1. April,  
Oken, Jungstraße 43. 1141\*

#### Wohnungen.

**Schreinerstraße** 19. Wohnungen,  
Stube, Küche, Speisekammer, Klosett,  
billig zu vermieten. 11736\*

**Billich** ein- und zweizimmerige  
Wohnungen, vorn und Hof, sodort und  
April Reifestraße 15. 66/1\*

**Billich** ein- und zweizimmerige  
Wohnungen, vorn und Hof, sodort und  
April Dübnerstraße 5. 66/6\*

**Zweizimmerige** Holzwohnungen,  
sodort und April, einzimmerige sodort  
billigst Köpferstraße 6. 66/2\*

**Zinbe,** Küche, alleiniger Korridor,  
Grerzierstraße 3. 2518\*

**Klavierpieler** für Sonnabend,  
Sonntag Frankfurterstraße 133. 140

**Tüchtige** Tischler für Lieferne  
Möbel verlangt Tischler, Teltower-  
straße 53. 14726

**Büchsenmacher,** tüchtigen, Juch  
Krause, Alexanderstraße 35. 14585\*

**Gardianmacher** Goldleistersabrik,  
Wallstraße 24. 14666

**Schreiner** für Metallgehäuse sucht  
Leopold Wegler, Reinholdstraße  
22

**Frauen** finden durch Stellungs-  
ausfragen dauernde und lohnende  
Beschäftigung. Meldungen vormittags  
9-12 Uhr Schützenstraße 21/25, par-  
terre rechts. 67/16

**Frauen** finden durch Stellungs-  
ausfragen dauernde und lohnende  
Beschäftigung. Meldungen vormittags  
9-12 Uhr Schiffbauerdamm 1 im  
Laden. 67/12

**Im Arbeitsmarkt** durch  
Besonderen Druck hervorgehobene  
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

### Rahmenmacher!

Die Firma Gost u. Co., Surflüssen-  
straße 146, ist für Rahmenmacher,  
Tischler, Glaser, Bergolder und Po-  
lierer wegen Differenzen gekündigt.  
77/14 Die Ortsverwaltung.

### Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!

An der Pianofabrik von Bössoner  
befinden sich die Kollegen noch im  
Streit. Der Betrieb ist für sämtliche  
Arbeiter gekündigt.

### Weißensee!

**Adnung! Holzarbeiter!**  
Gekündigt sind folgende **Wissard-  
quens-Fabrik:** 77/2  
Gebrüder Wolf, Gäßlerstr. 52.  
Emil Heine, König-Gaulsee 75.  
Max Fröhlich, Pflanzstr. 11.  
Jung ist frey fernzubalten.

### Die Ortsverwaltung d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Zahlstelle Weihenice.